











Mission Statement

Wir von der NÖ Arbeiterkammer stehen für ...



... denn Gerechtigkeit muss sein.

Inhalt 2|3

Der Kurzbericht	
Eine Institution fit für die Herausforderungen	
des 21. Jahrhunderts (Vorwort)	4
Die Lage der ArbeitnehmerInnen	5
Leistungsübersicht	6
AK-Umlage	7
Finanzübersicht	8
Organisation	9
Jahresrückblick	10
Schwerpunkte	
AKNÖ-Wahl 2014	14
Unsere Politik	16
Unsere Strategie	18
Leben und Arbeiten in Niederösterreich	
Die wirtschaftliche Lage	22
Arbeiten in Niederösterreich	24
Bildung in Niederösterreich	26
KonsumentIn in Niederösterreich	28
Die Leistungsbilanz	
Steuerung über Wirkungsfelder	32
Arbeitsverhältnisse	34
Soziale Sicherheit	38
Bildung	42
Chancen(un)gleichheit	46
Betriebliche und	

KonsumentInnenschutz	52
Wirtschaft	56
Gesundheit	60
Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	64
Kultur, Freizeit und Sport	68
Die Standortentwicklung	
Sichtbare Fortschritte	72
Der Finanzbericht	
Bericht zum Rechnungsabschluss	80
Die Vermögensbilanz in Euro	89
Die Ertragsrechnung in Euro	90
Die Leistungsübersicht in Euro	94
Kontrollbericht des Kontrollausschusses	96
Die Organisation	
Die Struktur	
Die Selbstverwaltung	
Der Vorstand	.102
Die Vollversammlung	103
Die Kammerrätinnen und Kammerräte	104
Die Ausschüsse und Fachausschüsse	107
Das AKNÖ-Büro	.108
Die Einrichtungen der AKNÖ	114
Die Gremien und Institutionen	. 115
Die Adressen	. 116

Kurzbericht 2014

Eine Institution fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Im Jahr 2014 ist die Lage der Beschäftigten in Niederösterreich durchaus kritisch zu sehen. Steigende Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitigen Beschäftigungszuwächsen machen die Umbrüche am Arbeitsmarkt mehr als deutlich. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten wächst in einigen Branchen rasch, andere Branchen leiden unter der nach wie vor schwachen Konjunktur und der fehlenden Wirtschaftsdynamik.

In dieser durchaus schwierigen Situation haben AK und ÖGB eine wichtige, richtige und letztlich überaus erfolgreiche Kampagne zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen und damit auch zur Stärkung der heimischen Kaufkraft gestartet. Wir können stolz darauf sein, dass ein Viertel der Unterschriften für diese Steuerentlastung von niederösterreichischen Beschäftigten geleistet wurde – ein Zeichen dafür, dass wir nicht nur auf die Menschen zugehen, sondern dass sie uns zutrauen, für sie Verbesserungen zu erreichen.

Das Vertrauen ist gerechtfertigt, wenn man den umfangreichen Leistungsbericht der NÖ Arbeiterkammer betrachtet. Mit Beratungen, Vertretungen und Hilfestellungen konnten die Expertinnen und Experten der AK für unsere Mitglieder 76 Millionen Euro auf direktem Weg einbringen. Hinter jedem Euro, der erkämpft wurde, steht eine persönliche Geschichte, einige davon haben wir exemplarisch im Jahresbericht aufgenommen, um den Nutzen unserer Arbeit aufzuzeigen.

Neben unserem Anspruch, täglich für die niederösterreichischen Beschäftigten da zu sein, haben wir 2014 aber zwei weitere große Aufgaben bewältigt. Zum einen wurde im Mai 2014 die AK-Wahl abgehalten. Zum anderen schreitet der Bau der neuen AK-Zentrale in St. Pölten rasch voran. 2014 wurden mehrere Meilensteine erfolgreich erreicht. Im Herbst konnte bereits die Dachgleiche des Bürogebäudes gefeiert werden. Bauzeitplan und Baukosten liegen weiterhin im Plan. Die NÖ Arbeiterkammer beschäftigt sich im Zuge des Neubaus aber auch verstärkt mit neuen Arbeitsformen. Das Bürogebäude wird neue Arbeitsabläufe offensiv unterstützen. Dadurch gewinnt die AK Expertise für die Beratung der Mitglieder, die von den Veränderungen in der Arbeitswelt direkt betroffen sind. Der Neubau der AK-Zentrale ist somit ein sichtbares Zeichen dafür, dass die AK eine Institution ist, die nicht nur fit für das 21. Jahrhundert ist, sondern die künftigen Herausforderungen erfolgreich bewältigen wird.



Direktor Mag. Helmut Guth und Präsident Markus Wieser ziehen die Bilanz des abgelaufenen Jahres 2014.

Markus Wieser

Mag. Helmut Guth

dulla-

Finanzübersicht

4 | 5

Lage der ArbeitnehmerInnen

Wirtschaftliche Entwicklung 2014 - ein weiteres Jahr der Enttäuschungen

Das Jahr 2014 war ein weiteres enttäuschendes Jahr. Das BIP-Wachstum blieb mit 0,3 Prozent sogar hinter dem Euroraum (0,9 Prozent) zurück. Die Konsumausgaben stagnierten. Die Inflationsrate war mit 1,6 Prozent etwas niedriger als 2013. Die Zahl der Arbeitslosen stieg gegenüber 2013 um 11,2 Prozent. In Niederösterreich war der Anstieg mit 9,5 Prozent etwas geringer. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug 2014 sowohl in Österreich als auch Niederösterreich 8,4 Prozent. Für 2015 ist mit einer sehr verhaltenen Aufwärtsdynamik zu rechnen. Erst 2016 könnte eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung in Gang kommen.

Arbeitsmarktdaten Niederösterreich – Durchschnitt 2012 – 2014

	2012	2013	2014
Unselbstständig Beschäftigte	580.128	579.552	582.536
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	6.822	-576	2.984
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	1,2	-0,1	0,5
Vorgemerkte Arbeitslose	44.461	48.950	53.608
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	2.763	4.488	4.658
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	6,6	10,1	9,5
Arbeitslosenquote in Prozent	7,1	7,8	8,4

Entwicklung Arbeitslosigkeit in NÖ 2010 bis 2014 (Arbeitslosenquote in %)



Arbeiten in Niederösterreich

Die NiederösterreicherInnen leisteten 2014 rund 54 Millionen Überstunden. Fast 20 Prozent der Überstunden blieben unbezahlt. Gleichzeitig schrumpften die Löhne und Gehälter der NiederösterreicherInnen netto real weiter und die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen hat sich wieder weiter geöffnet. Ein Grund: die hohe Teilzeitquote bei Frauen. Von den 175.000 Teilzeitbeschäftigten in Niederösterreich sind 85 Prozent Frauen.

Bildung in Niederösterreich

Die Schul- und Bildungsreformen wurden 2014 mit geringerem Tempo fortgesetzt. Bei der Einführung eines zweiten Kindergartenjahres oder der Verbesserung der Sprachförderung kam man über Absichtserklärungen nicht hinaus. Diskussionen gab es rund um laufende Projekte wie die Einführung der Zentralmatura, die Qualitätssicherung im Pflichtschulbereich, das inklusive Schulsystem, die neue Schuleingangsphase und den Ausbau ganztägiger Schulformen. Die Lehrstellensituation in Niederösterreich ist nach wie vor sehr unerfreulich. Die betriebliche Lehrstellenlücke ist Ende 2014 auf 2.457 fehlende Lehrstellen angewachsen.

KonsumentIn in Niederösterreich

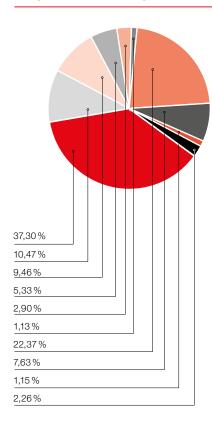
Am 13. Juni 2014 wurde in Österreich die EU-Verbraucherrechterichtlinie umgesetzt. Das führte zu Änderungen für KonsumentInnen, z. B. bei Internet- und Telefonbestellungen, im Versandhandel und bei Haustürgeschäften. Die Kosten für Handy, mobiles Telefonieren und mobiles Surfen sind massiv gestiegen. Trotz Kostensenkungen belasteten die Energiepreise die KonsumentInnen weiter stark. Und Österreichs Banken lassen sich einfache Dienstleistungen für ihre Kundinnen und Kunden fürstlich entlohnen. Die Gebühren wurden 2014 stark erhöht.

Rund 175.000 Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen arbeiten Teilzeit. 85 Prozent davon sind Frauen.

Leistungsübersicht

Der Kammerumlage von knapp 61 Millionen Euro standen 2014 rund 76,1 Millionen Euro gegenüber, die für die Mitglieder auf direktem Weg erbracht wurden. Die größten Summen wurden mit 49,1 Millionen Euro im Arbeitsrecht, mit 14,5 Millionen Euro im Steuerrecht, mit 10,5 Millionen Euro im Sozialrecht und mit 1,4 Millionen im KonsumentInnenschutz gesichert.

Ausgaben laut Leistungsbericht



- Arbeits- und Sozialrechtsschutz
- Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenschutz
- Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich
- Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
- Zuwendungen
 - Selbstverwaltung
- Verwendung für Bau und Investition
- Verwendung von Rückstellungen
- Kosten der Umlageneinhebung
- Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer

Leistungen 2014 im Überblick

	Anzahl
Beratungen und Interventionen im Bereich Arbeitsverhältnisse	129.848
Vertretungen vor Gericht und Behörden im Bereich Arbeitsverhältnisse	6.719
Beratungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	28.658
Vertretungen vor Gericht und Behörden im	
Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	940
Beratungen im Bereich Bildung	5.111
Beratungen im Bereich KonsumentInnenschutz	56.671
Interventionen im Bereich KonsumentInnenschutz	1.935
Beratungen im Bereich Wirtschaft	31.257
Beratungen im Bereich Gesundheit	553
Kundenkontakte im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	219.798
Gesetzesbegutachtungen alle Bereiche	343

Gesicherte Beträge/direkte Unterstützungsleistungen im Überblick

	in Euro
im Bereich Arbeitsverhältnisse	49.113.374
im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung	10.506.196
im Bereich KonsumentInnenschutz	1.412.244
im Bereich Bildung	270.625
im Bereich Wirtschaft	14.551.407
im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen	84.725
im Bereich Kultur, Freizeit und Sport	137.079

Ausgaben laut Leistungsbericht (gerundet)

	in Euro
Arbeits- und Sozialrechtsschutz	29.432.490
Wirtschaft, Umwelt- und KonsumentInnenschutz	8.259.442
Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich	7.464.133
Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	4.208.835
Zuwendungen	2.290.483
Selbstverwaltung	893.477
Verwendung für Bau und Investition	17.649.986
Verwendung von Rückstellungen	6.017.571
Kosten der Umlageneinhebung	910.749
Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte der BAK	1.781.683

6 | 7

Die AK-Umlage: durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag: 6,29 Euro netto

Diese Aufstellung zeigt, was mit dem Geld geschieht.

2,35 Euro für Rechtsschutz	In arbeits- und sozialrechtlichen Fragen bekommt man erstklassige Beratung. Die AK geht für ArbeitnehmerInnen auch vor Gericht. Bei Problemen am Arbeitsplatz ist der AKNÖ-Rechtsschutz der persönliche "Airbag" für den Arbeitsalltag.
0,34 Euro für Informationen und Publikationen	Wissen ist Macht. Die AKNÖ bietet zahlreiche Infobroschüren an. In der Servicezeitung "treffpunkt" finden sich viele Tipps zum Thema "Geldsparen" sowie zur Arbeitswelt. Und im Internet sowie am Handy informiert die AKNÖ überall und jederzeit.
1,41 Euro für Investitionen	Die 23 AKNÖ-Bezirks- und -Servicestellen werden damit zu modernen Beratungszentren ausgebaut. In St. Pölten entsteht bis 2016 ein modernes ArbeitnehmerInnen-Zentrum.
0,07 Euro für Selbstverwaltung	Die Aufwendungen, welche die Tätigkeit der gewählten Funktionärlnnen und damit die Demokratie in der AK ermöglichen, kosten jeden Beschäftigten 0,07 Euro pro Monat.
0,07 Euro für Umlageneinhebung	Die AK-Umlage wird mit den Sozialversicherungsbeiträgen eingehoben. Das spart Zeit und Geld, muss aber den Sozialversicherungsträgern abgegolten werden.
0,66 Euro für KonsumentInnen- schutz und wirtschaft- liche Expertisen	Die AKNÖ-KonsumentenschützerInnen helfen den Beschäftigten, im Alltag Recht zu bekommen. Unseriöse Geschäfte werden aufgedeckt, Preisvergleiche und kritische Tests sichern den Mitgliedern das wohlverdiente Geld. PendlerInnen profitieren von den Verkehrsberatungen der AKNÖ. Die Steuerexpertinnen und -experten helfen bei der Arbeitnehmerveranlagung. Die Studien der AKNÖ-Wirtschaftsexpertinnen und -experten sind oft Basis für politische Entscheidungen im Land. Betriebsrätinnen und Betriebsräte profitieren besonders von den Bilanzanalysen der AK-Fachleute.
0,77 Euro für berufliche Bildungsaktivitäten, Förderungen und Zuwendungen	Die AKNÖ unterstützt die Beschäftigten mit dem AKNÖ-Bildungsbonus und finanziert Förderungen für ArbeitnehmerInnen. Zudem bietet sie neben der BetriebsRätInnen-AKademie (BRAK) eine interessenpolitische Akademie (intAK) sowie einen Aufbaulehrgang für Betriebsrätinnen und Betriebsräte internationaler Herkunft (ALBA) an. Das verbessert ihre Chancen in Österreich und Europa.
0,48 Euro Rückstellungen für zukünftige Leistungen	Auch die AK muss für die Zukunft vorsorgen, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Damit auch in Zeiten einer schlechteren Konjunktur die Leistungen der AKNÖ aufrechterhalten werden können.
0,14 Euro an die Bundesarbeits- kammer für länderüber- greifende Leistungen	Gemeinsam finanzieren die neun Arbeiterkammern Studien und Weiterbildungseinrichtungen. Zum Vorteil für alle Arbeitnehmerlnnen. Die Bundesarbeitskammer ist keine eigene Einrichtung, sie bedient sich des Büros der AK Wien. Das unterscheidet die AK auch z. B. von der Wirtschaftskammer.

Bilanz 2014

Aktiva in Eur			
Anlagevermögen	77.537.538,91		
Umlaufvermögen	11.622.662,56		
Aktive Rechnungsabgrenzung	1.072.868,14		
Bilanzsumme 90.233.069			
Passiva in Eu			
Kapital	59.553.741,88		
Rücklagen	5.554.886,10		
Rückstellungen	22.106.476,08		
Verbindlichkeiten	3.017.965,55		
Bilanzsumme	90.233.069,61		

Die "CURA" Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H. Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft stellte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich am 23. April 2015 nach pflichtgemäßer Prüfung aller Bücher und Schriften einen positiven Prüfungsvermerk aus. **Buchführung und Rechnungsabschluss** entsprechen den Bestimmungen des § 69 Abs. 2 Arbeiterkammergesetz 1992 und der Haushaltsordnung. Aufgrund dieser positiven Prüfung und der Stellungnahme des Kontrollausschusses zum Prüfbericht wurde der Rechnungsabschluss am 8. Mai 2015 durch die Vollversammlung angenommen.

Die Finanzübersicht

Im Jahr 2014 verfügte die NÖ Arbeiterkammer über Einnahmen von rund 64 Millionen Euro, davon kamen rund 61 Millionen aus der AK-Umlage. Damit gab es im Vergleich zum Vorjahr eine positive Entwicklung bei der Kammerumlage. Der Aufwand sank im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 um rund 3,7 Millionen Euro.

Vergleichsrechnung 2014

		Voranschlag	Jahresabschluss	Abweichung
1.	Kammerumlagen	59.600.000,00	60.949.224,52	1.349.224,52
2.	Sonstige Erträge	2.175.800,00	2.243.024,69	67.224,69
3.	Zinsensaldo	435.000,00	464.600,03	29.600,03
4.	Auflösung von Rücklagen			
	und Rückstellungen	365.500,00	365.500,00	0,00
Su	mme Erträge	62.576.300,00	64.022.349,24	1.446.049,24
5.	Sachaufwand	12.006.900,00	10.683.880,55	-1.323.019,45
6.	Betriebs- und Verwaltungsaufwand	7.696.200,00	6.847.700,18	-848.499,82
7.	Kosten der Selbstverwaltung	936.400,00	893.477,19	-42.922,81
8.	Personalaufwand	34.474.500,00	33.993.854,49	-480.645,51
9.	Zuführung zu Rücklagen und			
	Rückstellungen	4.776.300,00	8.911.004,88	4.134.704,88
10.	Kosten der Umlageneinhebung	906.000,00	910.749,16	4.749,16
11.	Kostenbeitrag für die Führung der			
	Bürogeschäfte der BAK	1.780.000,00	1.781.682,79	1.682,79
Su	mme Aufwendungen	62.576.300,00	64.022.349,24	1.446.049,24

Ertragsrechnung 2014

		RA 31.12.2014	RA 31.12.2013	Veränderung
1.	Kammerumlagen	60.949.224,52	59.389.426,27	1.559.798,25
2.	Sonstige Erträge	2.243.024,69	7.932.450,47	-5.689.425,78
3.	Zinsensaldo	464.600,03	442.059,95	22.540,08
4.	Auflösung von Rücklagen und			
	Rückstellungen	365.500,00	0,00	365.500,00
Su	mme Erträge	64.022.349,24	67.763.936,69	-3.741.587,45
5.	Sachaufwand	10.683.880,55	10.360.759,93	323.120,62
6.	Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.847.700,18	6.823.986,93	23.713,25
7.	Kosten der Selbstverwaltung	893.477,19	883.633,62	9.843,57
8.	Personalaufwand	33.993.854,49	32.607.579,91	1.386.274,58
9.	Zuführung zu Rücklagen und			
	Rückstellungen	8.911.004,88	14.472.081,77	-5.561.076,89
10	. Kosten der Umlageneinhebung	910.749,16	886.234,39	24.514,77
11.	Kostenbeitrag für die Führung der			
	Bürogeschäfte der BAK	1.781.682,79	1.729.660,14	52.022,65
Su	mme Aufwendungen	64.022.349,24	67.763.936,69	-3.741.587,45

8 | 9

Die Organisation

Die AKNÖ vertritt als gesetzliche Interessenvertretung die Anliegen von rund 500.000 Beschäftigten in Niederösterreich. Alle fünf Jahre bestimmen die ArbeitnehmerInnen den Kurs der AK, indem sie mit ihrer Stimme 110 Kammerrätinnen und Kammerräte in die Vollversammlung, das ArbeitnehmerInnenparlament, wählen.

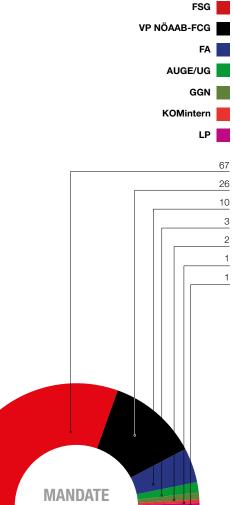


Die Kammerrätinnen und Kammerräte kennen als Betriebsrätinnen und Betriebsräte, PersonalvertreterInnen oder engagierte GewerkschafterInnen die Arbeitswelt genau. Aus der Vollversammlung werden Präsident, Präsidium, Vorstand und Kontrollausschuss gewählt. Sie sind für die politischen Grundsatzbeschlüsse zuständig. In ihrer politischen Arbeit werden die Kammerrätinnen und Kammerräte durch die Grundlagenarbeit der AKNÖ-Fachleute unterstützt. Sie bringen dabei ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein. Die Arbeiterkammer kooperiert außerdem eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen. Allen ist ein Ziel gemeinsam: eine bessere und sichere Arbeitswelt.

Auf Basis der Arbeiterkammerwahl im Jahr 2014 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 67 Mandate, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (Volkspartei NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über zehn Sitze.

Darüber hinaus sind die AUGE/UG mit drei Mandaten, die Grünen GewerkschafterInnen NÖ (GGN) mit zwei Mandaten und die Liste KOMintern sowie die LISTE PERSPEKTI-VE – Ing. Yusuf Avci (LP) mit jeweils einem Mandat vertreten.

Mandate



Jahresrückblick 2014

Jänner

21. Jänner

Stichtag für die Wahlberechtigung bei der AK-Wahl in Niederösterreich und Beginn des Veranlagungszeitraums für WählerInnen

30. Jänner

AKNÖ-Konsumentenschutzbilanz 2013: 1,3 Millionen Euro wurden für die niederösterreichischen KonsumentInnen gesichert!

Februar

17. Februar

Verein "Pro Konsument": AKNÖ und Land NÖ ziehen die Bilanz ihrer Arbeit im Jahr 2013: 18.000 Personen wurden vom Verein "Pro Konsument" beraten und unterstützt.

ÜBER 3 MILLIONEN STIMMEN FORDERN: WENIGER STEUERN AUF ARBEIT Für eine rasche Lohnsteuersenhung: goe atbellerkammer all GERCHTINGER MUSS SEN

März

6. März

Feierliche Grundsteinlegung für das neue ArbeitnehmerInnen-Zentrum der AKNÖ in St. Pölten.

21. März

Erfolg für die AKNÖ: Nach Kritik der AKNÖ wird der Pendlerrechner des Finanzministeriums geändert.

24. März

Tag der Weiterbildung in Amstetten: 400 Menschen kommen zu dieser Bildungsmesse von AKNÖ und ihren Partnern.

26. März

50-Jahr-Jubiläum der AKNÖ-Bezirksstelle Amstetten am heutigen Standort in der Wiener Straße.

Juli

12. Juli

Splash Hard am Ratzersdorfer See in St. Pölten: Beim großen Open-Air-Sommerevent von AKNÖ und ÖGJ hatten 1.500 Jugendliche ihren Spaß.

15. Juli

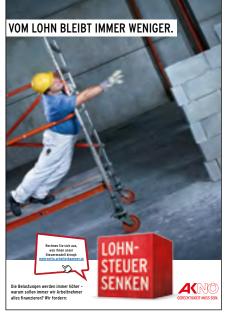
Neuer Rekord bei AKNÖ-Steuerückholaktion: Für über 15.500 Mitglieder wurden 13,5 Millionen Euro an Gutschriften erzielt.



August

9. August

Über 1.100 BesucherInnen kamen zum AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Schwarzenau.



September

2. September

AKNÖ präsentiert Studie zur Teilzeitarbeit: 175.000 Menschen in NÖ arbeiten Teilzeit. 85 Prozent davon sind Frauen.

4./5. September

Das IX. Dialogforum Hirschwang von AKNÖ und ÖGB befasste sich mit dem Thema "Arbeitswelt zwischen optimistischen Erwartungen und prekären Realitäten".

7. September

Über 1.200 BesucherInnen beim AKNÖ/ ÖGB-Familienfest in Wiener Neustadt.

20. bis 25. September

AKNÖ-Jugendmesse "Zukunft.Arbeit. Leben" im VAZ St. Pölten. Über 5.100 BesucherInnen kamen zur Messe.

30. September

Landesweiter Aktionstag "Lohnsteuer runter" von AKNÖ und ÖGB.

stungsübersicht AK-Umlage Finanzübersicht Jahresrückblick

10 | 11

April

4. April

Verleihung des Josef-Staudinger-Preises 2014 an sechs Lehrlinge.

9./10. April

Kfz-Sicherheitstage der AKNÖ und WK NÖ im Fischapark in Wr. Neustadt und im Traisenpark in St. Pölten mit kostenlosen Sicherheitschecks für AutofahrerInnen.

10. April

Tag der Weiterbildung in Wr. Neustadt. 300 BesucherInnen informierten sich bei dieser Erwachsenenbildungsmesse der AKNÖ und ihrer Partnerorganisationen über Bildungsangebote.

29. April

12. Vollversammlung/XIV. Funktionsperiode in der AKNÖ-Zentrale in Wien.

Mai

6. Mai bis 19. Mai

AK-Wahl 2014 in Niederösterreich: Neun Listen traten zur Wahl an. Wahlberechtigt waren 432.428 ArbeitnehmerInnen. Die Wahlbeteiligung lag bei 40,91 Prozent. Stärkste Fraktion wurde die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) mit 58,96 Prozent der Stimmen (67 Mandate).



Juni

17. Juni

1. Vollversammlung/XV. Funktionsperiode in St. Pölten. Konstituierung der AKNÖ-Vollversammlung. AKNÖ-Präsident Markus Wieser von Bundesminister Hundstorfer angelobt.

23. Juni

AKNÖ/ÖGB-Familienfest in Dürnkrut. Ein perfekter Sommertag lockte am Sonntag 1.500 BesucherInnen zum Fest.

Oktober

5. Oktober

Erfolgreicher Abschluss der AKNÖ/ ÖGB-Familienfeste mit einem BesucherInnenrekord: 1.700 Menschen kamen zum Fest in Wieselburg.

9. Oktober

Tag der Weiterbildung in St. Pölten. Es kamen über 400 BesucherInnen zu dieser Erwachsenenbildungsmesse der AKNÖ und ihrer Partnerorganisationen.

15. Oktober

Gleichenfeier beim neuen ArbeitnehmerInnen-Zentrum der AKNÖ in St. Pölten.

16. Oktober

Verleihung des 9. AKNÖ-Wissenschaftspreises 2014 in Wiener Neustadt. Ausgezeichnet wurden insgesamt zehn JungakademikerInnen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zur Arbeitswelt.

November

5. bis 8. November

AKNÖ-Jugendmesse "Zukunft. Arbeit. Leben" in der Thermenhalle Bad Vöslau. An den insgesamt vier Messetagen in Bad Vöslau besuchten 3.000 SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen aus dem Süden Niederösterreichs die Veranstaltung.

11. November

2. AKNÖ-Vollversammlung/XV. Funktionsperiode in Stockerau.

20. November

AKNÖ-Einkommensanalyse für 2013 zeigt: Die Netto-Reallöhne in Niederösterreich stagnieren weiter.

Dezember

30. Dezember

In seiner Neujahrsbotschaft fordert AKNÖ-Präsident Markus Wieser eine rasche Umsetzung der Lohnsteuerreform, damit vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen wieder mehr Geld zur Verfügung haben.







AKNÖ-Wahl 2014

Die Mitglieder haben gewählt

432.428 ArbeitnehmerInnen waren bei der AK-Wahl 2014 wahlberechtigt

2014 fanden in den neun Arbeiterkammern wieder die gesetzlich vorgeschriebenen AK-Wahlen statt. Alle fünf Jahre haben so die ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre VertreterInnen, die Kammerrätinnen und Kammerräte, in die einzelnen Vollversammlungen zu wählen. In Niederösterreich fand die AK-Wahl von 6. bis 19. Mai 2014 statt. Insgesamt waren dabei 432.428 Mitglieder wahlberechtigt. Das waren um 9.005 Personen mehr als bei der AK-Wahl im Jahr 2009.

Wahl im Betrieb, im öffentlichen Wahllokal oder per Briefwahl möglich

Für 51 Prozent der Wahlberechtigten wurde in mehr als 7.000 Betrieben bzw. Betriebsstätten die Möglichkeit geschaffen direkt am Arbeitsplatz oder in unmittelbarer Nähe davon ihre Stimme abzugeben. Das entspricht auch dem AK-Verständnis von Mitgliedernähe. Überall dort, wo Betriebswahlsprengel nicht möglich oder zweckmäßig waren, konnten die Wahlberechtigten ihre Stimme in einem der 24 öffentlichen Wahllokale oder per Briefwahl abgeben. Die öffentlichen Wahllokale befanden sich in allen AKNÖ-Bezirks- und -Servicestellen in Niederösterreich sowie in der AKNÖ-Zentrale in Wien.

Zur Bewerbung der Briefwahl kam Entertainer Peter Rapp zum Einsatz. In den 21 AKNÖ-Bezirksstellen und auf 27 niederösterreichischen Bahnhöfen wurden 56 Sonderbriefkästen mit einem lebensgroßen Peter-Rapp-Abbild zusätzlich zu bestehenden Briefkästen aufgestellt.

Neun wahlwerbende Gruppen traten an

Zur AK-Wahl 2014 in Niederösterreich traten insgesamt neun wahlwerbende Gruppen an: AKNÖ-Präsident Markus Wieser Macht euch stark – Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG), Volkspartei NÖAAB-FCG (NÖAAB-FCG), Freiheitliche Arbeitnehmer (FA), Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Grüne GewerkschafterInnen NÖ (GGN), Bündnis Mosaik – TÜRK-IS-BIRLIGI (BM), Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern), Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB) und die LISTE PERSPEKTIVE – Ing. Yusuf Avci (LP).

Die Ergebnisse in Niederösterreich im Detail

Bei der Wahl wurden in Niederösterreich insgesamt 176.917 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 40,91 Prozent. Die FSG konnte ihre absolute Mehrheit verteidigen und ist nach der Wahl mit 67 (-2) von 110 Mandaten in der AKNÖ-Vollversammlung vertreten. Die Volkspartei NÖAAB-FCG erreichte 26 Mandate (+/-0), die Freiheitlichen Arbeitnehmer 10 Mandate (+1), die AUGE/UG drei Mandate (+1), die Grünen GewerkschafterInnen NÖ zwei Mandate (+/- 0), die Liste KOMintern ein Mandat und die LISTE PERSPEKTIVE – Ing. Yusuf Avci (LP) ein Mandat. Mit den beiden letztgenannten Listen sind im neuen ArbeitnehmerInnenparlament zwei neue Gruppierungen vertreten, vier von den Listen haben Fraktionsstatus. Dafür sind mit der Liste Dirnberger, die diesmal nicht zur AK-Wahl antrat, und dem Bündnis Mosaik zwei Listen nicht mehr vertreten, die der vorigen Vollversammlung angehört hatten.



Alle Hände voll zu tun hatten die Kammer-MitarbeiterInnen bei der Auszählung der Stimmzettel.



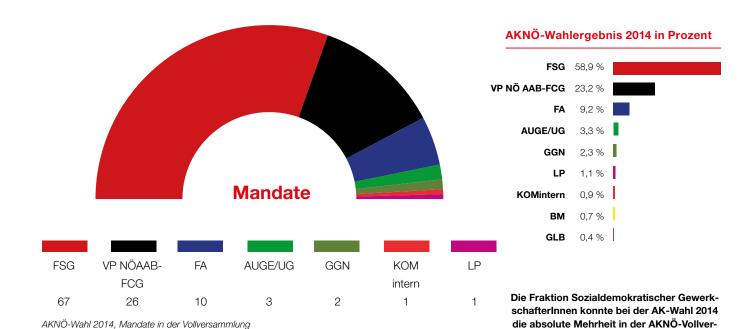
Der Entertainer Peter Rapp unterstützte die Werbekampagne für die AK-Wahl in Niederösterreich.



AKNÖ-Präsident Markus Wieser (FSG) wurde bei der AK-Wahl 2014 in Niederösterreich in seinem Amt bestätigt.

sammlung verteidigen.





Das österreichweite Ergebnis

Insgesamt haben 2014 in allen Bundesländern von 2.808.862 Wahlberechtigten 1.117.028 AK-Mitglieder an der Wahl teilgenommen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 39,77 Prozent. Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG) stellen nach der AK-Wahl im Burgenland, in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien die absolute Mehrheit, die Christlichen Gewerkschafter (ÖAAB-FCG) in Tirol und Vorarlberg. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) sowie die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG) konnten leichte Zugewinne verzeichnen.

Von den 1.092.182 gültigen Stimmen entfielen auf Sozialdemokratische Gewerkschafterlnnen (FSG) 57,16 Prozent (2009: 55,81 Prozent), auf Christliche Gewerkschafter (ÖAAB-FCG) 21,03 Prozent (2009: 24,94 Prozent), auf Freiheitliche Arbeitnehmer (FA) 9,68 Prozent (2009: 8,71 Prozent), auf Alternative und Grüne Gewerkschafterlnnen/Unabhängige Gewerkschafterlnnen (AUGE/UG) 6,01 Prozent (2009: 4,68 Prozent) und auf den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) 1,35 Prozent (2009: 0,87 Prozent). Knapp fünf Prozent entfielen auf Listen, die nur in einzelnen Bundesländern antraten.

Die 67 Mandate in der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer, die von den Länder-kammern beschickt werden, teilen sich wie folgt auf: FSG: 49 Mandate (+2), ÖAAB-FCG: 13 Mandate (-3), Freiheitliche Arbeitnehmer (FA): 4 Mandate (+1), AUGE/UG: 1 Mandat (+/-0). Zum Präsidenten der Bundesarbeitskammer wurde der Präsident der AK Wien, Rudi Kaske (FSG), gewählt. Seine Stellvertreterin und seine Stellvertreter sind Brigitte Adler (AKNÖ, FSG), Günther Goach (AK Kärnten, FSG), Johann Kalliauer (AK OÖ, FSG) und Erwin Zangerl (AK Tirol, ÖAAB).

Unsere Politik

Wir bleiben dabei: Gerechtigkeit muss sein!

2014 hat die AK gemeinsam mit dem ÖGB eine Kampagne zur Senkung der Lohnsteuer erfolgreich umgesetzt. Das Ergebnis: Ab 2016 werden alle ArbeitnehmerInnen von der Lohnsteuersenkung profitieren.



2014 haben die Kammerrätinnen und Kammerräte 65 Anträge und Resolutionen zur Verbesserung der Lage der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen behandelt.

Gerechtigkeit durch Fairness, Interessenausgleich und sozialpartnerschaftliche Kompromisse hat unser Land in seiner Vergangenheit ausgezeichnet, das soll auch in Zukunft wieder so sein. Schieflagen zuungunsten der arbeitenden Menschen - wie etwa beim Steuersystem bedrohen die gesellschaftliche Stabilität. VertreterInnen des Neoliberalismus sind bestrebt, die Lage der ArbeitnehmerInnen sowohl rechtlich als auch wirtschaftlich zu verschlechtern. In dieser durchaus schwierigen Situation haben AK und ÖGB 2014 eine überaus erfolgreiche (Unterschiften-)Kampagne zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen und damit auch Stärkung der heimischen Kaufkraft gestartet und erfolgreich durchgeführt. Dabei wurde rund ein Viertel der über 882.000 Unterschriften für diese Steuerentlastung von niederösterreichischen Beschäftigten geleistet - ein starkes Zeichen dafür, dass die Menschen der AK und dem ÖGB zutrauen, für sie Verbesserungen einzufordern und auch zu erreichen. AK und ÖGB werden nun gemeinsam darauf achten, dass die geforderte Lohnsteuersenkung und die Gegenfinanzierung in der angekündigten Form umgesetzt werden. Mit der Lohnsteuerreform werden die Beschäftigten spürbar und nachhaltig entlastet. Die Reform der Grunderwerbsteuer, die Erhöhung der Immobilienertragssteuer und der Kapitalertragssteuer für Dividenden werden wichtige Schritte zu mehr Steuergerechtigkeit sein. Trotzdem werden Arbeiterkammer und ÖGB weiterhin Druck auf die Regierung machen, damit auch die großen Vermögen einen höheren Beitrag zu den öffentlichen Finanzen und zum Sozialstaat leisten.

Die AKNÖ sieht es als ihre Hauptaufgabe, dass die Interessen der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen immer konsequent im Mittelpunkt stehen. Der Schwerpunkt unserer interessenpolitischen Arbeit liegt natürlich auf unserem Bundesland, das vor allem durch regional unterschiedliche Entwicklungen geprägt ist. In diesem Bewusstsein haben die 110 Kammerrätinnen und Kammerräte nach der konstituierenden Vollversammlung und der 2. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 11. November 2014 in Stockerau 65 Anträge und Resolutionen zur Verbesserung der Lage der ArbeitnehmerInnen behandelt. 40 Anträge und Resolutionen wurden von den Kammerrätinnen und Kammerräten beschlossen, viele einstimmig. 21 wurden geschäftsordnungsmäßig den zuständigen Ausschüssen oder dem Vorstand der AKNÖ zugewiesen. Lediglich vier Anträge und Resolutionen fanden keine Mehrheit.

Wir stehen für ein faires Arbeitsrecht.

Ein Mindestlohn von 1.500 Euro für alle ArbeitnehmerInnen, eine verpflichtende Arbeits- und Entgeltbestätigung und keine Einschränkung der Rechte von Betriebsrätinnen und Betriebsräten – die AKNÖ setzt sich für mehr Fairness am Arbeitsplatz ein. Die Forderung der Unternehmen nach einer generellen Ausdehnung der Normalarbeitszeit auf zwölf Stunden und die weitere Verlagerung von Arbeitszeitregelungen auf die betriebliche Ebene lehnen wir ab.

Wir wollen gesunde Arbeitsplätze.

Dass ArbeitnehmerInnen möglichst lange gesund arbeiten können, ist ein großes Ziel der interessenpolitischen Arbeit der AKNÖ. Dazu ist es notwendig, ältere ArbeitnehmerInnen

16 | 17

durch alter(n)sgerechte Arbeitsplätze, die Förderung von Umschulungen, Weiterbildungen, aber auch Vorsorgeuntersuchungen länger in den Betrieben zu halten. Das von der Bundesregierung geplante Bonus-Malus-System für ältere ArbeitnehmerInnen muss umgehend umgesetzt werden, damit die Unternehmen ihrer Verantwortung tatsächlich nachkommen.

Wir stehen für eine neue Industriepolitik.

Die Industrie ist in Niederösterreich für fast ein Fünftel der Wertschöpfung verantwortlich. Damit verbunden sind gut bezahlte Arbeitsplätze, die wirtschafts- und sozialpolitisch erstrebenswert sind. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für eine arbeitnehmerfreundliche und ökologisch verträgliche Entwicklung des Industriestandortes geschaffen werden.

Wir brauchen beste Kinderbetreuung und Bildung.

Eine optimale Kinderbetreuung in ganz Niederösterreich sowie ein kostenloses zweites Kindergartenjahr für alle Kinder - das sind wesentliche Forderungen der AKNÖ für die kommenden Jahre. Das österreichische Schulsystem und das Studieren sollen sozial gerechter werden. In der Lehrlingsausbildung setzt sich die AKNÖ für eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems ein.

Wir fordern leistbaren Wohnraum für alle.

Leistbarer Wohnraum muss allen Menschen, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, zur Verfügung stehen. Deshalb sind die Wiedereinführung der Zweckwidmung bei der Wohnbauförderung und die Einführung eines unabhängigen Wohnbaufonds notwendig. Die derzeitige Förderstruktur, die stark auf die Objektförderung setzt, sollte beibehalten werden.

Wir verlangen leistbaren Verkehr.

Niederösterreich ist das Land der PendlerInnen. Ein funktionierendes öffentliches Verkehrsangebot ist wichtig für die Beschäftigten. Deshalb fordert die AKNÖ ein Grundangebot des öffentlichen Verkehrs, das sich an den Mobilitätsbedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientiert. Außerdem verlangt die AKNÖ vom Land NÖ, dass Alleinstehende nicht bei der Pendlerhilfe benachteiligt werden und diese Hilfe auf die Entfernungsvoraussetzung der Pendlerpauschale angeglichen wird.

Wir setzen uns für ein soziales Europa ein.

Mehr Gerechtigkeit auf europäischer Ebene ist notwendig. Wir wollen eine EU, in der ein Gleichgewicht von Marktfreiheiten und ArbeitnehmerInnenrechten herrscht. Deshalb lehnen wir die Pläne der EU-Kommission für den Investorenschutz im Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ab. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen dürfen nicht den Interessen der Konzerne geopfert werden.

Unsere Strategie

Wir sind demokratisch legitimiert.

Bei der AK-Wahl 2014 haben die Mitglieder den Kurs der AKNÖ demokratisch legitimiert.

In einer sich schnell wandelnden Welt handelt die NÖ Arbeiterkammer auf Grundlage der Beschlüsse der 110 Kammerrätinnen und Kammerräte umfassenden AKNÖ-Vollversammlung. Mit der alle fünf Jahre stattfindenden AK-Wahl wählen die ArbeitnehmerInnen ihre VertreterInnen in die Vollversammlung und bestimmen so den Kurs ihrer Interessenvertretung mit. Mit der Wahl verleihen sie der AKNÖ das notwendige politische Gewicht, um wachsam, aktiv und zielstrebig die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Deswegen waren für die AKNÖ eine organisatorisch untadelige und optimale Abwicklung der AK-Wahl 2014 und der bestmögliche Zugang der Mitglieder zu dieser Wahl von essenzieller Bedeutung für die demokratische Legitimität und die Akzeptanz der AKNÖ-Selbstverwaltung.

Wir leisten einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit.

In Österreich zeichnet sich angesichts der letzten Wahlen eine weitere Zersplitterung der politischen Landschaft ab, die dringend notwendige Lösungen in der Wirtschafts-, Steuer-, Bildungs- und Sozialpolitik noch mehr erschweren wird. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene herrscht weiterhin eine Schieflage zuungunsten der Mehrheit der unselbstständig Erwerbstätigen. Unser Ziel ist es, bei der Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages und bei der Förderung von Zukunftschancen diese Schieflage zu beseitigen und gleichzeitig wirkungsvolle individuelle Hilfsleistungen für einzelne ArbeitnehmerInnen und Beschäftigtengruppen zu erbringen.

Wir stellen die Mitglieder in den Vordergrund.

Die AKNÖ thematisiert nicht nur über Grundlagenarbeit und Expertisen die Bedürfnisse und Anliegen der Mitglieder. Sie ist und bleibt DIE verlässliche Anlaufstelle für alle in Niederösterreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Ungeachtet dessen erfordern es die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen, dass die AKNÖ in den kommenden Jahren den Problemen einiger Gruppen mehr Aufmerksamkeit widmet. Etwa, wenn es darum geht, sich dafür einzusetzen, dass junge Menschen eine Chance auf Integration in eine faire Arbeitswelt und auf Mitwirkung in einer sozial ausgleichenden Gesellschaft erhalten. Diese Aktivitäten werden ab 2015 unter der Marke "AK Young" verstärkt. Der AK geht es auch darum, sich für Menschen einzusetzen, die aufgrund persönlicher Umstände, wie etwa Betreuungspflichten, von Armut bedroht sind und den Menschen eine Stimme zu geben und zu helfen, die Gefahr laufen, dass ihre Rechte auf faire Entlohnung und Arbeitsverhältnisse in einer globalisierten Welt ausgehöhlt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Stellung und Fähigkeiten der Betriebsrätinnen und Betriebsräte und PersonalvertreterInnen deutlich zu stärken.

Die Sorgen, Bedürfnisse und Anliegen der niederösterreichischen Beschäftigten stehen bei der AKNÖ an erster Stelle.

Wir erbringen hochwertige Dienstleistungen.

Die Leistungen der AKNÖ stehen laufend unter öffentlicher Beobachtung. Gleichzeitig genießt die NÖ Arbeiterkammer eine sehr große Wertschätzung in der Bevölkerung. Die für die Mitglieder erbrachten Leistungsangebote sind ein wesentliches Mittel, um die Glaubwürdigkeit

18 | 19

und die Wertschätzung der AKNÖ abzusichern und Vertrauen zu schaffen. Wirksamkeitskontrollen, Qualitätssicherung und ständige Modernisierung aller Beratungs-, Rechtsschutz-, Ausbildungs- und Fördermaßnahmen werden das auch in Zukunft sicherstellen.

Wir stehen für glaubwürdige Interessenpolitik.

Mit unseren traditionell hochwertigen Analysen, die wir aus der Beratungspraxis schöpfen, und den Studien der AKNÖ-Expertinnen und -Experten legen wir die Basis für unsere Interessenpolitik. So sind eine wirkungsvolle Information der Öffentlichkeit und ein glaubwürdiger Beitrag zur Umsetzung unserer Positionen durch Politik und Gesetzgeber möglich.

Hochwertige Analysen der AKNÖ-Expertinnen und -Experten sichern die Glaubwürdigkeit der Interessenvertretung.

Wir bauen Netzwerke auf und nutzen sie.

Die Durchsetzung der Mitgliederinteressen in Kooperation mit den Gewerkschaften, Betriebsräten, Personalvertretungen, aber auch anderen Partnerorganisationen, z. B. aus der Wissenschaft, ist uns von der AKNÖ ein wichtiges Anliegen. Nur so lässt sich die interessenpolitische Wirkung für alle Partnerorganisationen und die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen deutlich erhöhen.

Wir entwickeln unsere Standortstrategie weiter.

Nach erfolgreicher Festigung der Präsenz der AKNÖ in allen Bezirken Niederösterreichs ist die Übersiedlung der AKNÖ-Zentrale von Wien in die Landeshauptstadt St. Pölten der Kernpunkt unserer künftigen Standortstrategie und -entwicklung. Diese Maßnahmen dienen der optimalen Umsetzung unserer Ansprüche und Ziele bei der Vertretung der Mitgliederinteressen. Mit dem Umzug der Zentrale der NÖ Arbeiterkammer Anfang 2016 entsteht in St. Pölten ein großes ArbeitnehmerInnen-Zentrum. Die künftige stärkere Präsenz in der Landeshauptstadt wird auch vermehrt für soziale, kulturelle und politische Impulse genutzt werden.

Wir setzen klare Prioritäten bei den Finanzen.

Für 2015 ist ein Budget von 64,7 Millionen Euro eingeplant. In Anbetracht der weiterhin verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung setzen wir bei den Finanzen und beim Mitteleinsatz höchstes Augenmerk auf Effektivität und Effizienz. Der Ausgabenschwerpunkt liegt beim Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht, wofür 47,3 Prozent der Mittel aufgewendet werden sollen.

Über 47 Prozent des AKNÖ-Budgets sind für Rechtsschutz im Arbeitsund Sozialrecht vorgesehen.

Wir meistern Unerwartetes.

Das ist unser Anspruch. Als moderne Interessenvertretung sind wir offen gegenüber neuen, effizienten und sozialen Arbeitsstrukturen. Verantwortungsvolle Führung, die Weiterentwicklung von Führungskompetenzen und Fähigkeiten unserer MitarbeiterInnen sowie wirkungsvoller und wirtschaftlicher Ressourceneinsatz erlauben es uns, künftige Herausforderungen besser zu bewältigen und bei gesellschaftspolitischen Änderungen schnell und flexibel zu agieren. Das macht uns auch im Wandel stabil!





Leben und Arbeiten in NÖ

Die wirtschaftliche Lage im Jahr 2014

2014 - ein weiteres Jahr der Enttäuschungen

Das Jahr 2014 war vom Standpunkt der Wirtschaftsentwicklung aus ein weiteres enttäuschendes Jahr. Positive Impulse von der Weltwirtschaft blieben aus. Die österreichische Wirtschaft stagniert nun schon seit Mitte 2012. Im vergangenen Jahr war das BIP-Wachstum mit 0,3 Prozent sogar hinter dem Euroraum (0,9 Prozent) zurückgeblieben. Insbesondere die Exporte und die Investitionstätigkeit entwickelten sich sehr schwach. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung verschlechterten sich die Konjunkturdaten im 2. Halbjahr 2014. Dieses geringe Wachstum war für die privaten Haushalte in mehrfacher Hinsicht spürbar. Erstens vermehrte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um über 32.000, die Arbeitslosenquote erhöhte sich um fast einen Prozentpunkt. Zweitens stieg der reale Pro-Kopf-Verdienst in Österreich im Jahr 2014 nur um 0,6 Prozent. Damit liegt Österreich im letzten Viertel der EU-Mitgliedsstaaten. Im Vergleich dazu: In Deutschland stieg das Pro-Kopf-Einkommen um 1,6 Prozent, im Euroraum um 0,9 Prozent, in der Gesamt-EU um ein Prozent.



Wegen der schlechten Einkommensentwicklung ist der Konsum 2014 real nur um 0,2 Prozent gestiegen.

Konsumausgaben stagnieren

Angesichts einer eher enttäuschenden Einkommensentwicklung und der erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit waren die privaten Haushalte 2014 in ihren Konsumausgaben weiter sehr zurückhaltend. Insgesamt veränderte sich der reale Konsum 2014 praktisch nicht (+0,2 Prozent).
Trotz der schlechten Entwicklung im Jahr 2014 halten Einkommen und Produktion im internationalen Vergleich ein außerordentlich hohes Niveau. Laut Berechnungen der Europäischen
Kommission belegt Österreich die fünfte Stelle beim BIP pro Kopf unter allen EU-Ländern. Nur
Luxemburg, Irland, die Niederlande und Schweden haben Österreich übertroffen.

Weiterhin niedrige Inflation

Die Inflationsrate lag im Jahr 2014 mit 1,6 Prozent auf niedrigerem Niveau als 2013. Die "gefühlte" Inflation war jedoch weit höher. Dies wird durch die Inflation für Waren des täglichen Bedarfs untermauert: Diese betrug 2,8 Prozent. Der wöchentliche Einkauf hingegen wurde gegenüber dem Vorjahr nur um rund ein Prozent teurer. Das ist vor allem eine Folge des Rückgangs der Treibstoffpreise.

Arbeitsmarktdaten Niederösterreich - Durchschnitt 2012 - 2014

	2012	2013	2014
Unselbstständig Beschäftigte	580.128	579.552	582.536
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	6.822	-576	2.984
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	1,2	-0,1	0,5
Vorgemerkte Arbeitslose	44.461	48.950	53.608
Veränderung gegenüber dem Vorjahr absolut	2.763	4.488	4.658
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	6,6	10,1	9,5
Arbeitslosenquote in Prozent	7,1	7,8	8,4

22 | 23

Arbeitslosigkeit stieg 2014 weiter an

Die Arbeitslosigkeit war im Jahr 2014 höher als im Vorjahr, das Angebot an Arbeitskräften nahm stärker zu als die Nachfrage. Die Zahl der Arbeitslosen stieg österreichweit gegenüber 2013 um 11,2 Prozent. In Niederösterreich war der Anstieg mit 9,5 Prozent etwas geringer. Wesentlich größer war die Zunahme bei den über 50-Jährigen: 18,0 Prozent in Österreich, 17,2 Prozent in Niederösterreich. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug 2014 bundesweit 8,4 Prozent (2013: 7,6 Prozent). In Niederösterreich war die Arbeitslosenrate im Jahr 2014 gleich hoch wie im Österreich-Schnitt. Die Beschäftigung hingegen stieg leicht um 0,6 Prozent auf 3,503.404 Personen an. In Niederösterreich erhöhte sich die Beschäftigung im Durchschnitt um 0,5 Prozent auf 582.536. Die Zahl der offenen Stellen ging in Österreich leicht zurück (-0,2 Prozent). In Niederösterreich stieg hingegen das Jobangebot um 12,9 Prozent an.

In Niederösterreich stieg 2014 die Beschäftigung an. Die Arbeitslosenrate nahm ebenfalls signifikant zu.

Wirtschaftlicher Ausblick für 2015 und 2016

Auch für das Jahr 2015 ist nur mit einer sehr verhaltenen Aufwärtsdynamik zu rechnen. Erst 2016 könnte eine günstigere Entwicklung in Gang kommen. Neben der anziehenden Weltwirtschaft sollten sowohl die Euro-Schwäche wie auch die niedrigeren Rohstoffpreise der heimischen Wirtschaft mehr Schwung verleihen. Trotz der leichten Wachstumsbeschleunigung sollte der Preisdruck etwas abnehmen. Nach einer Teuerungsrate von 1,7 Prozent im Jahr 2014 dürfte die Inflation 2015 auf 1,3 Prozent und 2016 auf 1,5 Prozent zurückgehen. Neben einem mäßigen Wachstum des Konsums der privaten Haushalte wird auch die Investitionstätigkeit etwas zunehmen. Die Exporte dürften kaum einen Wachstumsbeitrag leisten – trotz günstigerer Wechselkurse (Euro-Schwäche).

Wirtschaftsprognosen für Österreich 2015/16

	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt (BIP) real	0,3	0,5	1,3
Privater Konsum real	0,2	1,0	1,0
Verbraucherpreise	1,6	1,3	1,5
Arbeitslosenquote in %	8,4	9,1	9,4
Unselbstständig Beschäftigte	0,6	0,1	0,7

Da die österreichische Wirtschaft trotz der verhaltenen Entwicklung beschäftigungsintensiv ist, kann von weiter leicht steigenden Zahlen bei den unselbstständig Beschäftigten von +0,05 Prozent für 2015 bzw. +0,7 Prozent für 2016 ausgegangen werden. Diese Entwicklung wird vom Dienstleistungsbereich getragen. Aufgrund der Ausweitung des Beschäftigtenangebots wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten beiden Jahren weiterhin zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird 2015 voraussichtlich auf 9,1 Prozent und 2016 auf 9,4 Prozent ansteigen. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird sich aber zumindest nicht weiterverschlechtern. Ausgehend von einem Defizit beim BIP 2014 von 2,8 Prozent wird das Budgetdefizit 2015 2,2 Prozent und 2016 1,9 Prozent betragen.

Entwicklung Arbeitslosigkeit in NÖ 2010 bis 2014 (Arbeitslosenquote in %)







Rund 54 Millionen Überstunden leisten die NiederösterreicherInnen. Das schlägt sich auch auf die Gesundheit und Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen nieder.

Brutto-Medianeinkommen in NÖ in Euro

	2013
Männer	2.298
Arbeiter	2.093
Angestellte	3.038
Frauen	1.520
Arbeiterinnen	1.251
Angestellte	1.740
Gesamt	1.979
ArbeiterInnen	1.851
Angestellte	2.192

Arbeiten in Niederösterreich

Die Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahren laufend zugenommen. Angesichts dieser Zahlen würde man meinen, es gäbe nicht genug Arbeit. Doch die Überstundenstatistik zeigt etwas anderes. Jede und jeder fünfte österreichische Arbeitnehmerln leistet Überstunden. Insgesamt kommen fast 700.000 Beschäftigte auf rund 269 Millionen Überstunden im Jahr 2014. Rund ein Fünftel der Überstunden geht dabei auf das Konto der niederösterreichischen Arbeitnehmerlnnen. Fast 20 Prozent der Überstunden bleiben unbezahlt. Überstunden kosten zudem Tausende Arbeitsplätze und schlagen sich auch negativ auf die Zufriedenheit und die Gesundheit der Beschäftigten nieder.

Realeinkommen weiterhin im Sinkflug

Die 2014 durchgeführte AKNÖ-Einkommensanalyse für 2013 zeigt: Die Löhne und Gehälter der NiederösterreicherInnen schrumpften netto real weiter, denn Lohnsteuer und Inflation schluckten die Einkommenszuwächse. Damit befinden sich die Netto-Realeinkommen der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen seit 2010 im Sinkflug. 2013 stieg das Brutto-Medianeinkommen der unselbstständig Beschäftigten in Niederösterreich zwar um 48 Euro auf 1.979 Euro. Niederösterreich liegt damit im Bundesländervergleich aber nur an fünfter Stelle. Nach Berücksichtigung der Inflation, der Einkommensteuer und Sozialversicherung ergibt sich für 2013 dennoch real ein Minus von einem Euro netto.

Schere zwischen Männern und Frauen wird wieder größer

Das Brutto-Medianeinkommen der Frauen verbesserte sich in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu den Männereinkommen nur langsam. In Niederösterreich betrug es 2013 mit 1.520 Euro um 33,9 Prozent weniger als jenes der Männer. Die Schere zwischen Männern und Frauen ist aber 2013 wieder größer geworden. Ein wesentlicher Grund für die großen Unterschiede ist die hohe Teilzeitquote bei Frauen von rund 45 Prozent. Bereits 175.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher arbeiten Teilzeit. Rund 85 Prozent davon sind Frauen. Zum Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen tragen auch Karenzzeiten und der geringere Verdienst in typischen Frauenbranchen, wie Handel, Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen, bei.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterhin schwierig

Die Betreuungsquote für Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren ist in Niederösterreich mit 95,5 Prozent gut. Blickt man auf Kinder unter 2,5 Jahren, sieht die Lage jedoch anders aus. In zehn Bezirken in Niederösterreich gibt es überhaupt keine Kinderkrippen. In den meisten dieser Bezirke gibt es wenigstens sogenannte altersgemischte Einrichtungen, wo ebenfalls kleinere Kinder betreut werden. Die Sperrzeiten machen ebenfalls Probleme: Am späteren Nachmittag wird es für berufstätige Eltern schwierig, da der Großteil der Kindergärten am Nachmittag zusperrt. Außerdem hat nach wie vor der Großteil der Kindergärten länger als fünf Wochen im Jahr geschlossen. Das führt dazu, dass nicht einmal sechs Prozent aller einjährigen Kinder einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung haben. Bundesweit sind es 16 Prozent. Besser sieht es für Kinder ab zweieinhalb Jahren aus, da ist die Betreuungsquote in Niederösterreich deutlich höher als im Bundesschnitt.

Wirtschaftliche Lage Arbeiten in NÖ Bildung in NÖ KonsumentIn in NÖ

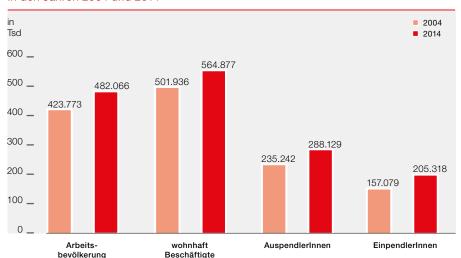
24 | 25

Pendeln - immer mehr ArbeitnehmerInnen verlassen den Wohnbezirk

In Niederösterreich zu leben heißt für viele ArbeitnehmerInnen, zur Arbeit pendeln zu müssen. Die für die AKNÖ-PendlerInnenanalyse 2014 erhobenen Daten zeigen: Mehr als die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen pendelt in einen anderen Bezirk zum Arbeitsplatz aus – die Hälfte davon nach Wien. Jeweils rund ein Viertel hat einen Arbeitsplatz in der Gemeinde beziehungsweise im Wohnbezirk. Das ist bei den Betroffenen nicht nur mit höheren Kosten für öffentliche und private Verkehrsmittel verbunden, sondern wirkt sich auch negativ auf die Arbeitszufriedenheit aus. Wer 30 Minuten oder länger zum Arbeitsplatz benötigt, ist deutlich unzufriedener mit seiner Arbeitssituation als jemand, der 15 Minuten oder weniger Wegzeit hat. Das zeigt der Arbeitsklima-Index für Niederösterreich.

Pendeln in NÖ: Vergleich der vier Kenngrößen

in den Jahren 2004 und 2014

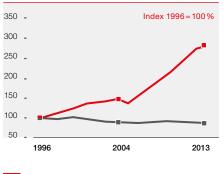


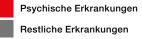
Gesundheit – psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch

Die Krankenstandsstatistik verzeichnet für Niederösterreich mit 14,6 Tagen die meisten Krankenstandstage aller Bundesländer gefolgt von Oberösterreich mit 13,8, Wien mit 13,5, Kärnten mit 12,6 und der Steiermark mit 12,5 Tagen. Die Versicherten im Burgenland (12,0), in Tirol (11,9) und in Vorarlberg (11,4) verzeichneten weniger Krankenstände als die Beschäftigten im Durchschnitt der Bundesländer, der bei 13,1 Tagen lag. In Salzburg waren die Versicherten der Gebietskrankenkasse im Schnitt nur 10,8 Tage im Jahr krankgeschrieben. Bemerkenswert ist der Aufwärtstrend bei psychischen Erkrankungen. Seit Mitte der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Krankenstandstage aufgrund psychischer Erkrankungen verdreifacht. Depressionen, Stress und Angstkrankheiten zählen zu den gesundheitlichen Problemen, die am häufigsten von Beschäftigten im Zusammenhang mit Berufstätigkeit genannt werden. Psychische Erkrankungen sind bei Männern die zweithäufigste und bei Frauen die häufigste Ursache für Invaliditätspensionen. Dagegen ist die Entwicklung bei Arbeitsunfällen rückläufig und hat den tiefsten Wert seit 1974 erreicht.

Psychische Erkrankungen 1996–2013Prozentuelle Entwicklung der

Krankenstandstage pro Kopf





Bildung in Niederösterreich

Die Schul- und Bildungsreformen wurden auch 2014 fortgesetzt, wenn auch mit geringerem Tempo. Bei einigen Themen, wie der Einführung eines zweiten Kindergartenjahres oder der Verbesserung der Sprachförderung, kam man leider über Absichtserklärungen nicht hinaus. Das Hauptaugenmerk in der Diskussion lag, neben der Umsetzung laufender Projekte wie z. B. der Einführung der Zentralmatura oder der Qualitätssicherung im Pflichtschulbereich, auf folgenden Schwerpunkten: inklusives Schulsystem, neue Schuleingangsphase und Ausbau ganztägiger Schulformen.

Inklusives Schulsystem statt Diskriminierung

Im Jahr 2014 flammte die Diskussion, wie SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen im österreichischen Schulsystem bestmöglich gefördert werden können, wieder auf. Auslöser dafür war die hohe Anzahl der SchülerInnen in den allgemeinen Sonderschulen und den sonderpädagogischen Zentren. Zugleich war aus dem Bildungsministerium zu hören, dass Sonderschulen bis 2020 die Ausnahme werden sollen und zukünftig auf ein inklusives Schulsystem, das alle SchülerInnen nach ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen fördert, umgestellt werden wird. Neben unklaren Kriterien bei der Zuschreibung des sonderpädagogischen Förderbedarfs spielt bei diesem Vorhaben insbesondere die von Österreich bereits im Jahr 2008 ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention gegen die Diskriminierung von behinderten Menschen eine Rolle. Die AKNÖ setzt sich deshalb für ein sozial faires und leistungsstarkes Schulsystem ein und fordert die Abschaffung der Sonderschulen bei gleichzeitiger Vorbereitung des Regelschulwesens auf die Umstellung hin zu einem inklusiven Schulsystem.

Neue Schuleingangsphase

Im Rahmen eines Pilotprojekts des Bildungsministeriums sollen Volksschulen und Kindergärten näher zusammenrücken und der Wechsel für die Kinder harmonischer und professioneller gestaltet werden. Bislang verwehrte der Datenschutz, dass Kindergarten- und Volksschulpädagoginnen sowie -pädagogen wechselseitig in die jeweils anderen Institutionen kommen, um die Kinder kennenzulernen bzw. sie weiterzubegleiten. 2014 starteten bundesweit 35 Partnerschulen und Kindergärten – davon sechs in NÖ – mit der Zusammenarbeit. Ab dem Schuljahr 2016/17 soll das Projekt flächendeckend in NÖ umgesetzt werden. Die AKNÖ unterstützt diesen Schritt, da bislang die Eindrücke und Erfahrungen der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen nicht an die VolksschullehrerInnen weitergegeben werden konnten.

Der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule soll harmonischer werden.

Ausbau ganztägiger Schulformen

Im Jahr 2014 wurden die ganztägigen Schulplätze weiterausgebaut. Bis zum Schuljahr 2018/19 sollen österreichweit insgesamt 200.000 Plätze in ganztägigen Schulformen geschaffen werden. Das entspricht etwa einem Drittel aller Schulplätze. Die AKNÖ setzt hier insbesondere auf die verschränkte Form der ganztägigen Schule. In ihr wechseln einander Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen über den Tag ab. Somit wird dem Lernrhythmus von SchülerInnen eher entsprochen als bei einem geblockten Unterrichtsteil am Vormittag mit beaufsichtigter Erledigung der Hausaufgaben am Nachmittag. Gerade bei den verschränkten Schulformen gibt es in Niederösterreich noch enormen Aufholbedarf.

Wirtschaftliche Lage Arbeiten in NÖ Bildung in NÖ Konsumentln in NÖ

26 | 27

Bildungsstandards - Bildung der Eltern weiterhin ausschlaggebend

Die Ergebnisse der Bildungsstandards für Mathematik in der 4. Klasse Volksschule und Englisch in der 4. Klasse Neue Mittelschule/Hauptschule und AHS-Unterstufe zeigten erneut, dass die Chancengerechtigkeit und die Sicherung der Grundkompetenzen zentrale Themen der Bildungspolitik sind. Bildungserfolge stehen im engen Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Hintergrund – Migrationshintergrund verschärft die Situation. Eine kompensatorische Mittelzuteilung, Sprachförderung und ein Übergangsmanagement vom Kindergarten in die Volksschule sollen dazu beitragen, das Schulsystem insgesamt leistungsfähiger und gerechter zu machen. Die AKNÖ fordert daher eine rasche Umsetzung dieser Projekte.



Die Lehrstellensituation in Niederösterreich ist leider nach wie vor sehr unerfreulich. Trotz der geburtenschwachen Jahrgänge ist die Lehrstellenlücke weiterhin groß. In den letzten 32 Monaten gab es nur zwölfmal einen Anstieg bei der Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Lehrstellen zu verzeichnen. In den restlichen 20 Monaten ging die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen zurück. Die betriebliche Lehrstellenlücke ist bei steigender Zahl von ÜBA-TeilnehmerInnen mit Dezember 2014 auf 2.457 angestiegen. Die Maßnahmen der Bundesregierung ermöglichten über 1.500 Jugendlichen, die keine betriebliche Lehrstelle gefunden hatten, in einer überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme eine Ausbildung. Darüber hinaus sind im Jahr 2014 vier Jobwerkstätten in den Ballungszentren Niederösterreichs eingerichtet worden.

"Initiative Erwachsenenbildung" verlängert

Die im Jahr 2012 gestartete und für drei Jahre (2012–2014) befristete "Initiative Erwachsenenbildung" (§15a-Vereinbarung) wurde 2014 um weitere drei Jahre (2015–2017) verlängert. Mit dieser Initiative wird das kostenlose Nachholen des Pflichtschulabschlusses ermöglicht und außerdem werden Kurse zur Basisbildung bzw. zur Alphabetisierung gefördert. Durch die Initiative können die beruflichen Chancen der teilnehmenden Personen verbessert werden. Ziel der Initiative ist es, den Anteil an geringqualifizierten Menschen im erwerbsfähigen Alter zu senken. In der ersten Förderperiode wurden österreichweit 54,6 Millionen Euro investiert und fast 20.000 Menschen erreicht.

Anerkennung erworbener Kompetenzen

Informelles Lernen und nicht formal erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten gewinnen europaweit eine immer größere Bedeutung. Einerseits müssen im Ausland erworbene Abschlüsse in Österreich anerkannt werden, andererseits gilt es, informell erworbene Kompetenzen sichtbar und für die berufliche Laufbahn verwertbar zu machen. Nostrifizierung und Validierung spielen daher auf politischer Ebene eine große Rolle. Die EU hat dazu den Europäischen Qualifikationsrahmen geschaffen, den die Mitgliedsstaaten derzeit in unterschiedlicher Art und Weise national umsetzen. Hier gilt es, alle erworbenen Fähigkeiten sichtbar und vor allem europaweit vergleichbar zu machen. Österreichweit wurden überdies Anlaufstellen geschaffen, die Menschen mit Migrationshintergrund helfen sollen, ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse in Österreich anerkennen zu lassen.



Die Lehrstellenlücke in Niederösterreich ist auch 2014 größer geworden.

Alle erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen sollen europaweit besser vergleichbar werden.

KonsumentIn in Niederösterreich

Seit 2002 ist der Verein "Pro Konsument", eine Kooperation von AKNÖ mit dem Land NÖ, bei Konsumentenfragen die Anlaufstelle für alle NiederösterreicherInnen. Unter dem Titel "Konsumentenschutz für alle" helfen dabei die AKNÖ-Expertinnen und -Experten auch Nichtmitgliedern weiter. 2014 wurde die Kooperation um ein weiteres Jahr verlängert. Die Schwerpunkte der Beratung von "Pro Konsument" lagen auch 2014 in den Bereichen Telekommunikation (Handy, Internet usw.), Finanzdienstleistungen, Bauen und Wohnen sowie Werbefahrten.

Zahlreiche Verbesserungen für Konsumentinnen bei Geschäften am Telefon und im Onlinehandel.

EU-Verbraucherrechterichtlinie wurde umgesetzt

Am 13. Juni 2014 wurde in Österreich die EU-Verbraucherrechterichtlinie umgesetzt. Das führte zu zahlreichen Änderungen für Konsumentlnnen. Beispielsweise gilt für Bestellungen im Internet, per Telefon, im Versandhandel und bei Haustürgeschäften nun einheitlich eine Rücktrittsfrist von 14 Kalendertagen. Unterlässt es ein Unternehmen, die Kundschaft auf das Rücktrittsrecht hinzuweisen, so verlängert sich die Frist um zwölf Monate. Wenn Unternehmen Personen anrufen, um ihnen am Telefon eine Dienstleistung zu verkaufen, dann muss ein dabei zustande gekommener Vertrag nachträglich schriftlich von beiden Parteien bestätigt werden. Unternehmen müssen besser über Lieferbedingungen, Garantiebedingungen und Zusatzkosten informieren - und zwar klar und verständlich vor Vertragsabschluss. Bei Bestellungen im Internet muss die Kundin bzw. der Kunde bestätigen können, dass damit eine Zahlungsverpflichtung verbunden ist. Das muss mit einem Button "zahlungspflichtig bestellen" (oder vergleichbar) geschehen. Vereinbarungen über Zusatzleistungen, wie etwa für Stornoversicherungen, müssen künftig ausdrücklich von den Konsumentlnnen getroffen werden. Das gilt auch fürs Internet, wo in der Vergangenheit Unternehmen derartige Zusatzleistungen oft voreingestellt hatten, sodass die Kundinnen und Kunden diese unbewusst mitbestellten. Wer eine Ware zurückschickt, weil sie nicht gefällt oder passt, muss nun jedoch die Kosten dafür selbst tragen, sofern das Unternehmen die Konsumentln darüber informiert hat.

Roaming ist seit 1. Juli 2014 wieder günstiger. Aktive Telefonate dürfen innerhalb des Eurotarifs maximal 0,228 Euro, passive Telefonate 0,06 Euro und der Versand von SMS höchstens 0,072 Euro pro SMS kosten. Beim Datenroaming dürfen nicht mehr als 0,24 Euro pro Megabyte verrechnet werden. Des Weiteren können seit 1. Juli 2014 Handynutzerlnnen für ihren Auslandsaufenthalt einen alternativen Mobilfunkanbieter wählen, unabhängig von ihrem Mobilfunkvertrag für das österreichische Netz und ohne ihre Nummer wechseln zu müssen.



Bildung in NÖ

Konsumentln in NÖ

Wirtschaftliche Lage Arbeiten in NÖ

28 | 29

Strom wird ökologischer - auf Kosten der KonsumentInnen

Trotz Kostensenkungen belasteten die Energiepreise die KonsumentInnen auch 2014 überdurchschnittlich stark. Der Ausbau des Ökostroms erfolgt auf Kosten der KonsumentInnen. Durch eine Verordnung des Wirtschaftsministers wurde die Ökostrompauschale ab 2015 von 11 Euro auf 33 Euro pro Jahr erhöht. Ein durchschnittlicher Haushalt wird also in Zukunft rund hundert Euro jährlich an Ökostromkosten zahlen. Erfreulich ist: Speziell für einkommensschwächere Haushalte konnte die AKNÖ gemeinsam mit der EVN eine Sonderaktion ins Leben rufen. GIS-befreite Haushalte erhalten im Versorgungsgebiet der EVN einmalig 1.500 Bonuspunkte, die sie in ein "EVN Effizienzpaket" umwandeln können. Die jährliche Kosteneinsparung durch den Einsatz dieses Paketes beträgt bis zu 126 Euro.



Die Handykosten sind 2014 in Österreich deutlich gestiegen. Mobiles Telefonieren und mobiles Surfen sind um bis zu 78 Prozent teurer geworden. Das dürfte eine Folge des geringeren Wettbewerbs zwischen den Anbietern durch die Fusion von Drei und Orange sein. Vor allem vertragsgebundene Kundinnen und Kunden zahlen drauf. Anmeldegebühren, Servicepauschale und der monatliche Tarif gehen ordentlich ins Geld. Insbesondere Angebote mit vermeintlich günstigeren oder gar kostenlosen Geräten sollten sich KonsumentInnen genau ansehen. Häufig verursachen diese Angebote aufgrund der hohen monatlichen Grundgebühren enorme Kosten. Immer mehr KonsumentInnen klagen über Probleme mit WAP-Billing. Darunter versteht man die Verrechnung von Internetdiensten über das Handy. Die Bezahlung wird von Nutzerlnnen oft unbemerkt in Gang gesetzt, indem sie über Gratis-Apps oder Werbebanner auf spezielle Seiten gelotst werden, die die Rufnummer des Handys registrieren. Oft reicht ein unachtsamer Klick aus, um ein Abo abzuschließen.

Hohe Bankspesen für Dienstleistungen per Knopfdruck

Österreichs Banken lassen sich einfache Dienstleistungen für ihre Kundinnen und Kunden fürstlich entlohnen. Wer eine Bestätigung der Restschuld seines Kredites benötigt, die Versicherungssumme einer Ablebensversicherung an die Höhe des offenen Kredites anpassen will oder seinen Kredit vorzeitig zurückzahlen möchte, muss zwischen 47 und 300 Euro zahlen. Selbst das Kopieren von Unterlagen lassen sich die Banken gut bezahlen. Das kostet bis zu 18 Euro – für eine Minute Arbeit. Außerdem wurden diese Gebühren zum Teil stark erhöht.



Energie ist für Privathaushalte trotz Preissenkungen noch immer viel zu teuer.

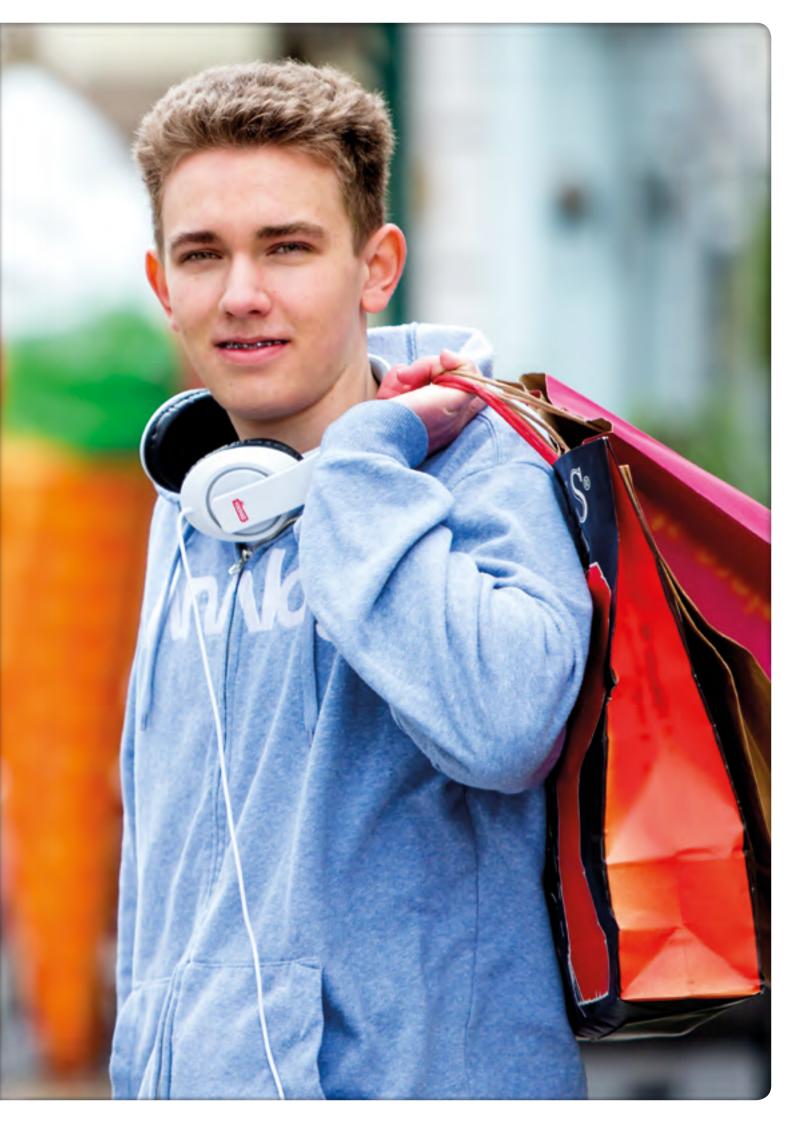


Leistungsbericht

AKNO

Egal ob ich Fragen zur Lehre mit Matura zu meinen Rechten und Pflichten als Lehrling oder zu meinem Handyvertrag habe – bei der AKNÖ bekomme ich alle Infos, die ich brauche.

Peter Schelkshorn, Lehrling



Die AKNÖ-Leistungsbilanz

Steuerung über Wirkungsfelder

Dezentrale Organisation und wirkungsvolle Leistungen

Für die AKNÖ ist Mitgliedernähe nicht nur ein Schlagwort! Sie ist ein Kerngedanke unserer Arbeit. Deshalb werden unsere Leistungen, wie etwa Dienstleistungen, aber auch zu einem beträchtlichen Teil die Interessenvertretung, dezentral erbracht. Dies ist möglich, weil die AKNÖ über eine Organisation mit 21 Bezirksstellen und zwei Servicestellen verfügt. Diese sind in vier Verbünden zusammengefasst, was eine effiziente Leistungserbringung sicherstellt. Damit können die AKNÖ-Fachleute den Beschäftigten in ganz Niederösterreich bei den großen und kleinen Sorgen am Arbeitsplatz helfen. Dafür sorgen insgesamt über 400 MitarbeiterInnen in den Bezirks- und Servicestellen, der AKNÖ-Zentrale in Wien sowie dem Logistikzentrum in Vösendorf.

Ausrichtung nach Themenfeldern

Laut AK-Gesetz hat die Arbeiterkammer "die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern". Um diesen Auftrag optimal zu erfüllen, organisiert die AKNÖ seit 2011 die Interessenvertretung sowie das komplette Leistungsangebot um eine Wirkungsfeldstruktur herum. Das heißt, die AKNÖ richtet ihre Arbeit für die Beschäftigten an verschiedenen Themenbereichen – Wirkungsfeldern – aus.

Kernbereich "Arbeitsverhältnisse"

Dieser Themenbereich umfasst die arbeitsrechtliche Beratung und den Rechtsschutz für alle ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich, weiters Grundlagenarbeit der AK-Expertinnen und -Experten zur Absicherung und Weiterentwicklung des ArbeitnehmerInnenbegriffs. Aufklärungs-, Medienarbeit und interessenpolitische Arbeit sollen die Position der ArbeitnehmerInnen absichern und im politischen Prozess stärken. Hier verfügt die AKNÖ über die höchstentwickelte Expertise und kann die Interessen ihrer Mitglieder am effektivsten vertreten.

Strategische Schlüsselbereiche

Weitere strategische Schlüsselbereiche der Tätigkeit der AKNÖ sind die Themenbereiche "soziale Sicherheit und Absicherung", "Bildung", "Chancen(un)gleichheit, "betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung", "KonsumentInnenschutz" und "Wirtschaft". Im Zen-

Arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz sind die Kernkompetenzen der AKNÖ.



Mitgliedernähe: Die Dienstleistungen und die Interessenvertretung werden von über 400 MitarbeiterInnen in der AKNÖ-Zentrale und in den 21 Bezirksstellen in ganz Niederösterreich sichergestellt.

Steuerung über Wirkungsfelder Arbeitsverhältnisse

Arbeitsverhältnisse Soziale Sicherheit Bildung Chancen(un)gleichheit

32 | 33

trum stehen dabei die Gestaltung eines zeitgemäßen Wohlfahrtsstaates mit einem modernen, durchlässigen Bildungssystem und mit gerechten Entlohnungssystemen und der Schutz der KonsumentInnen vor rechtswidrigen Geschäftspraktiken. Hier arbeitet die NÖ Arbeiterkammer mit Partnern zusammen, um politische Prozesse zu gestalten und Entscheidungen mitzubestimmen.

Ergänzungsbereiche

Die Themen (Wirkungsfelder) "Gesundheit", "Gesellschaft, Politik, öffentliche Leistungen" sowie "Freizeit, Kultur, Sport" runden das Arbeitsfeld der AKNÖ ab.

AK-Umlage sichert Unabhängigkeit und Stärke

Das AK-Gesetz sieht vor, dass jedes Mitglied jeden Monat 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens bis zur Höchstbemessungsgrundlage in der Sozialversicherung an AK-Umlage zahlt. Die Finanzierung ausschließlich durch ihre Mitglieder garantiert Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit der AKNÖ als Interessenvertretung der Arbeitnehmerlnnen. Insgesamt hat die AKNÖ im Jahr 2014 rund 61 Millionen Euro an Umlagebeiträgen erhalten. Im Verhältnis zur Kammerumlage sprechen die Beträge, die für die Mitglieder gesichert wurden, eine deutliche Sprache. So konnten im Jahr 2014 für die Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht, im Lehrlingsschutz, im KonsumentInnenschutz und auch im Rahmen der AKNÖ-Steuerrückholaktion über 76,1 Millionen Euro auf direktem Weg erbracht werden. Vom mittleren niederösterreichischen Einkommen von 1.979 Euro brutto gerechnet, beträgt die AK-Umlage derzeit 6,29 Euro netto.



Die AK-Umlage sichert kompetente Beratung für die Mitglieder der NÖ Arbeiterkammer.

Leistungsbilanz in zehn Wirkungsfeldern

Die Leistungsbilanz der AKNÖ ist nach den oben genannten zehn Wirkungsfeldern aufgegliedert. Sie zeigt, welche Leistungen wir innerhalb der verschiedenen Themenbereiche für die ArbeitnehmerInnen erbracht haben. Dass unsere Bilanz nicht nur aus Zahlen, Daten und Fakten besteht, sondern aus vielen einzelnen Geschichten von ArbeitnehmerInnen und AKNÖ-Beschäftigten, zeigen die Kurzgeschichten, die am Anfang jedes Themenkapitels stehen. Sie dokumentieren den Arbeitsalltag der AKNÖ-Fachleute anhand von Fallbeispielen und Veranstaltungen des vergangenen Jahres.



Jede/-r niederösterreichische Beschäftigte zahlt im Schnitt 6,29 Euro netto an AK-Umlage.

Unrecht am Arbeitsplatz: 300 unbezahlte Überstunden!

Das ist einer Niederösterreicherin aus dem Bezirk Wiener Neustadt passiert. Sie wandte sich an die AKNÖ. Die AKNÖ-Expertinnen und -Experten halfen ihr, zu ihrem Recht zu kommen.



Der Einsatz des Teams der AKNÖ-Bezirksstelle Wr. Neustadt hat sich ausgezahlt. Der betroffenen Arbeitnehmerin wurden letztendlich 300 Überstunden vom Arbeitgeber ausbezahlt.

Eingestellt als "Mädchen für alles"

Ausgenutzt und für dumm verkauft. Das ist der Niederösterreicherin Cecilia Petria passiert. Sie war für zwei Monate in einem Landgasthof im Bezirk Wiener Neustadt beschäftigt. Dort war die Frau praktisch das "Mädchen für alles". In der Früh musste sie etwa bis neun Uhr das Haus geputzt haben und dann das Gasthaus öffnen. "Wenn nichts los war, musste ich Lager und Kühlhaus putzen." Auch die Zimmer des Landgasthofs wurden von ihr gereinigt und der Parkplatz (!) wurde gekehrt. Und als ob das nicht genug gewesen wäre, musste Frau Petria bis in den späten Abend dann im Gast-

haus kellnern. Pausen waren kaum bis gar nicht möglich, weil so viel zu tun war.

Im Schnitt acht Überstunden täglich!

"Es war purer Stress. Ich habe aufgehört, weil ich es einfach nicht mehr ausgehalten habe", schildert Frau Petria. In diesen zwei Monaten leistete die Frau mehr als 300 Überstunden! Das waren zwischen sieben und acht Überstunden pro Arbeitstag gewesen! Der versprochene Lohn dagegen kam sehr schleppend, und von einer Bezahlung der Überstunden wollte der Chef erst recht nichts wissen. Daraufhin ging Cecilia Petria zur NÖ Arbeiterkammer. "Ich habe mir gedacht, alles lass ich mir nicht gefallen!", so Frau Petria.

AK klagte Geld ein

"Wir haben in einem formellen Schreiben die Überstunden beim Arbeitgeber eingefordert", erklärt Mag. Thomas Kaindl, Leiter der AKNÖ-Bezirksstelle in Wiener Neustadt. Als sich der Ex-Chef wieder weigerte, klagte die NÖ Arbeiterkammer.

Wertvolle Arbeitszeitaufzeichnungen

Frau Petria hatte sich die Arbeitszeiten aufgeschrieben und konnte sie so besser nachweisen. Der ehemalige Chef reagierte darauf und einigte sich mit ihr auf einen außergerichtlichen Vergleich. "Inzwischen ist das Geld überwiesen worden", ist Cecilia Petria erleichtert.



Rasche Hilfe für ArbeitnehmerInnen



Für die NÖ Arbeiterkammer steht unbürokratische Hilfe in Arbeitsrechtsfragen an erster Stelle. Die Expertinnen und Experten der 23 Bezirks- und Servicestellen in ganz Niederösterreich stellen gemeinsam mit den Rechtsschutzbüros der AKNÖ sicher, dass die Mitglieder rasch zu ihrem Recht kommen. Alleine durch Beratungen und Interventionen wurden 2014 rund 5,2 Millionen Euro für die Mitglieder eingebracht. Dazu kommen noch 6,7 Millionen Euro, die durch die Vertretung vor Gericht erkämpft wurden. Und für über 4.760 Betroffene konnten nach Insolvenzen knapp 37 Millionen Euro gesichert werden. Mehr Infos unter: noe.arbeiterkammer.at/beratung

Steuerung über Wirkungsfelder **Arbeitsverhältnisse** Soziale Sicherheit

Bildung
Chancen(un)gleichheit

Arbeitsverhältnisse

34 | 35

Arbeitsverhältnisse - das Kerngeschäft der AKNÖ

Die Mitglieder können sich auf die Hilfe der AKNÖ verlassen. Das spiegeln die Beratungszahlen auch 2014 wider. Wie wichtig der Rechtsschutz der AK für die Mitglieder ist, konnte man an der Zunahme der Zahlungen durch Dienstgeber gerade noch rechtzeitig vor Einbringung einer Klage erkennen. Der Druck, der durch eine mögliche AKNÖ-Vertretung der ArbeitnehmerInnen vor Gericht erzeugt wird, führt immer häufiger zu einer Zahlung seitens der Firmen, um Prozesskosten und langwierige Verfahren zu vermeiden. Auffällig ist, dass die Mitglieder zunehmend die Neuen Medien für Beratungsleistungen der AKNÖ in Anspruch nehmen.

Schwerpunkte

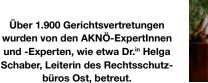
Der öffentliche Dienst in Niederösterreich – das ist ein Thema, mit dem sich die AKNÖ in zunehmenden Maß beschäftigt. Einerseits nehmen Anfragen von MitarbeiterInnen aus dem öffentlichen Dienst zu, andererseits hat auch die AKNÖ im Rahmen der Vollversammlung und von Gesetzesbegutachtungen die umfassenden Änderungen im Beamtendienstrecht und Vertragsbedienstetenrecht von Land NÖ und Gemeinden beurteilt. Dabei wurde nicht an grundsätzlicher Kritik gespart. Allerdings wurden auch positive Aspekte herausgestrichen: So kritisierte die AKNÖ lange die Bestimmungen für Landesbedienstete bezüglich der Rückforderung von Aus- und Weiterbildungskosten, weil sie nicht den Regeln der EU entsprachen und keine Aliquotierung vorsahen. Es musste bei einem Kostenersatz von über 2.500 Euro der gesamte Betrag zurückbezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, wie lange nach der Ausbildung weitergearbeitet wurde. Das wurde nunmehr endlich geändert. Ebenso wurde bei Beamten und Vertragsbediensteten Pflegeteilzeit eingeführt. Dagegen wurden Änderungen im Urlaubsrecht aufgrund einer Entscheidung des EuGH von der AKNÖ sehr kritisch gesehen, da Vertragsbedienstete dadurch in manchen Situationen zur alten Gesetzeslage benachteiligt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt stellten die Verfallsfristen in Kollektiv- und Dienstverträgen dar. Unzählige dieser Verträge legen nämlich abweichend zur dreijährigen Verjährungsfrist des ABGB kürzere Fristen fest – häufig drei Monate. Hier haben die DienstnehmerInnen auch bei aufrechtem Dienstverhältnis Entgeltansprüche, wie Überstunden oder Zuschläge, innerhalb dieser Fristen beim Dienstgeber einzufordern, da ansonsten diese Ansprüche verfallen und nicht mehr eingeklagt werden können. Zunehmend haben DienstnehmerInnen aber Angst um ihren Arbeitsplatz, sodass sie ihre offenen Forderungen nicht geltend machen und somit um ihre finanziellen Ansprüche umfallen.



Neben dem traditionellen Beratungsgespräch nutzen die AKNÖ-Mitglieder zunehmend die Neuen Medien für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen der AKNÖ.

Der öffentliche Dienst und die umfassenden Änderungen im Beamten- und vor allem Vertragsbedienstetenrecht beschäftigten zunehmend die AKNÖ-Expertinnen und -Experten.





Im Jahr 2014 nahm die Zahl der wegen Insolvenzen vertretenen Mitglieder um 7,5 Prozent zu. Für 4.760 ArbeitnehmerInnen wurden dabei über 37 Mio. Euro gesichert.

Leistungsbilanz im Wirkungsfeld Arbeitsverhältnisse

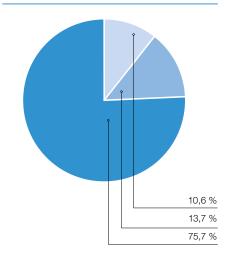
Stabile Beratungszahlen im Arbeits- und Sozialrecht zeigen jedes Jahr, dass unsere Mitglieder wissen, wo sie kompetenten Rat und verständnisvolle Hilfe erhalten können. So haben die AKNÖ-Fachleute in der AKNÖ-Zentrale und den 21 Bezirksstellen im Jahr 2014 über 125.300 Personen beraten und für über 4.400 ArbeitnehmerInnen Ansprüche mittels Intervention eingefordert. Dabei wurden insgesamt 5,2 Millionen Euro für die Mitglieder gesichert.

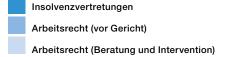
Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich Arbeitsverhältnisse

	Fälle 2014
Beratungen für ArbeitnehmerInnen	125.385
Interventionen für ArbeitnehmerInnen	4.463
Vertretungen von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	6.719
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	17

Darüber hinaus erstritt die NÖ Arbeiterkammer für 1.959 ArbeitnehmerInnen vor dem Arbeitsund Sozialgericht über 6,7 Millionen Euro an ausstehenden Ansprüchen. Weitere 4.760 ArbeitnehmerInnen wurden im Rahmen von Insolvenzbetreuungen beim Insolvenzentgeltfonds und beim Konkursgericht vertreten. Dabei konnten rund 37,2 Millionen Euro für die Beschäftigten gesichert werden. Nach einem Minus im letzten Jahr mussten heuer wieder mehr ArbeitnehmerInnen aus insolventen Betrieben vertreten werden. Insgesamt stieg die Zahl der im Rahmen von Insolvenzen betreuten ArbeitnehmerInnen um 7,5 Prozent. Kein Wunder, waren doch von den Insolvenzen beispielsweise Betriebe wie die Grundmann Beschlagtechnik GmbH, das Reisebüro-Unternehmen Gullivers Reisen oder die Holland Blumen GmbH betroffen, die sehr viele MitarbeiterInnen beschäftigten.

Aufteilung gesicherte Beträge





Für ArbeitnehmerInnen gesicherte Beträge im Bereich Arbeitsverhältnisse

Be	trag in Euro
Beratung und Intervention im Arbeitsrecht, Lehrlings- und Jugendschutz	5.192.213
Vertretung von ArbeitnehmerInnen vor Gericht	6.726.466
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Insolvenzangelegenheiten	37.194.695

Zusammengerechnet ergeben die durch Beratungen, Interventionen und Vertretungen vor Behörden und Gerichten für die ArbeitnehmerInnen eingebrachten Beträge eine Höhe von über 49,1 Millionen Euro. Geld, das den ArbeitnehmerInnen zustand und das sie mithilfe der AKNÖ zum Teil gegen den Widerstand der Dienstgeber erstreiten mussten.

Neben der persönlichen Beratung und dem Rechtsschutz bietet die AKNÖ ihren Mitgliedern ein breites Portfolio an arbeits- und sozialrechtlichen Informationen sowohl im Bereich der klassischen Printprodukte als auch im Internet an. Sehr positiv dabei ist, dass auch 2014 wieder die Bestellungen und Downloads der verschiedenen Broschüren und Folder um fast drei Prozent gestiegen ist. Neben den klassischen Informationsbroschüren bietet darüber hinaus die AKNÖ-Website zahlreiche Hilfen zur Selbsthilfe, wie etwa Musterbriefe, die es den Mitgliedern erlauben, selbst aktiv zu werden, um ihre Ansprüche zu sichern.

Steuerung über Wirkungsfelder Arbeitsverhältnisse Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit Bildung Chancen(un)gleichheit

36 | 37

Interessenvertretung

Die Expertinnen und Experten in der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht haben im Wirkungsfeld Arbeitsverhältnisse insgesamt 17 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt. Eine wichtige Gesetzesänderung gab es dabei 2014 mit der Änderung des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes (AVRAG). So wird der Strafrahmen bei Nichtbereithalten der Lohnunterlagen angehoben, ArbeitnehmerInnen erhalten endlich Informationen über einen ihr Arbeitsverhältnis betreffenden Strafbescheid, und zudem wurde die Einschränkung des Montageprivilegs auf das Geschäftsfeld des "klassischen" Anlagebaus durchgesetzt. Die Ausweitung der Lohnkontrollen im BUAK-Bereich auf das nach Gesetz, Verordnung oder Kollektivvertrag zustehende Entgelt unter Beachtung der jeweiligen Einstufungskriterien sowie auf den Überlassungslohn und die Sonderzahlungen ist sehr wichtig, aber leider wurde keine Ausweitung der Kontrolle auf alle Lohnbestandteile für alle Branchen festgelegt. Für die Umsetzung aller Maßnahmen aus dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz ist es notwendig, dass ausreichend Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden können. Hier fordert die AKNÖ eine Aufstockung des Kontrollpersonals. Die Umsetzung der Entsenderichtlinie der EU sollte nun rasch erfolgen. In diesem Zusammenhang erachtet die AKNÖ die Auftraggeberhaftung für Arbeitslöhne und die Ausweitung der Straftatbestände für notwendig.

Die "Arbeitsrechtliche Tagung" der AKNÖ beschäftigte sich 2014 ebenfalls mit dieser Thematik, da die AK-Expertinnen und Experten in der Beratung häufig erleben, dass Arbeitnehmerlnnen nicht einmal wissen, wer ihr Dienstgeber ist. Das liegt daran, dass die Kette von Subunternehmern speziell im Baubereich oft sehr verschachtelt und kaum durchschaubar ist. Die Durchsetzung der berechtigten Ansprüche gestaltet sich demgemäß als schwierig bis unmöglich, da kein Dienstgeber greifbar ist.

Ausblick auf 2015

Aufgrund des Koalitionsabkommens wird ein Gesetzespaket das Arbeitsrecht betreffend erwartet. Dieses wird voraussichtlich die Umsetzung des vereinbarten Bonus-Malus-Systems bei der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen, die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, die Möglichkeit des 12-Stunden-Arbeitstages unter gewissen Umständen bei Gleitzeit und die Verlängerung der Probezeit auf drei Monate umfassen. Hier wird die AKNÖ bei Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfs die Begutachtung durchführen und als ArbeitnehmerInnenvertretung die möglichen Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen kritisch hinterfragen und bewerten.

2015 werden die Expertinnen und Experten die im Regierungsprogramm vorgesehenen Gesetzesvorhaben im Rahmen der Begutachtungsverfahren sehr genau prüfen und bewerten.



Die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping zum Schutz der ArbeitnehmerInnen und die Sicherstellung gerechter Entlohnung sind wesentliche Schwerpunkte der interessenpolitischen Tätigkeit der AKNÖ.

Hartnäckigkeit zahlt sich aus!

Wer hierzulande seine Ansprüche geltend machen will, muss fristgerecht Anträge stellen. Das kann Betroffene überfordern. Die AK-Expertinnen und -Experten leisten hier wertvolle Unterstützung.



Katharina Strutz (Mitte) und Hildegard Riedl (r.) wandten sich an die AKNÖ-Bezirksstelle in Mistelbach. Dort wurde ihnen geholfen. Katharina Strutz hatte ihrer Meinung nach genug Versicherungsjahre, um in die vorzeitige Alterspension zu gehen. Doch die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) sah eine Lücke von 27 Monaten. Erst wenn sie die fehlenden Beitragsmonate um über 4.000 Euro nachkaufe, könne ihrem Antrag stattgegeben werden: "Eigentlich wollte ich mich bei der Arbeiterkammer in Mistelbach wegen etwas anderem erkundigen. Dabei kamen wir auf die Pension zu sprechen. Bezirksstellenleiter Rudolf Westermayer und seine Kollegin Martina Pollak überzeugten mich, dass ich es noch einmal versuchen sollte. Ich selbst habe nicht daran geglaubt." Prompt folgte ein positiver Bescheid der PVA.

"Wie Weihnachten, Ostern und mein Geburtstag zusammen"

Der Grund für den positiven Bescheid: Die ehemalige Näherin und Handelsangestellte

hatte in den betreffenden 27 Monaten am familieneigenen Bauernhof gearbeitet und war in diesem Zeitraum automatisch bei ihrem Vater mitversichert. "Für mich war der letzte Brief von der Pensionsversicherungsanstalt wie Weihnachten, Ostern und mein Geburtstag zusammen", freut sich Katharina Strutz über den nunmehr positiven Bescheid.

Keine Nummer

Ganz ähnlich klingt die Geschichte von Hildegard Riedl. Selbst gezeichnet von schwerer Krankheit, wurden auch noch ihre Eltern pflegebedürftig. Nach mehreren gescheiterten Anträgen auf die Berufsunfähigkeitspension wollte sie schon das Handtuch werfen. "Beim Bundessozialamt riet man mir zur Beratung bei der Arbeiterkammer. Anderswo knallen sie dir einen Zettel in die Hand, du kommst dir vor wie eine Nummer", schildert Riedl ihre Erfahrungen. Dank des Einsatzes der Niederösterreichischen Arbeiterkammer konnte sich Frau Riedl nicht nur über die Gewährung der Berufsunfähigkeitspension, sondern auch noch über einen rückwirkenden Anspruch auf Pflegegeld freuen.

Fristen beachten

"Wichtig ist es, sich beim geringsten Zweifel an uns zu wenden, und zwar so schnell wie möglich, um eventuelle knappe Fristen nicht zu versäumen. Natürlich geht nicht jeder Antrag durch, aber man sollte es versuchen", sagt der AKNÖ-Bezirksstellenleiter Rudolf Westermayer.



Pensionsrecht: AKNÖ hilft

Im Jahr 2014 sind wesentliche Neuerungen im Pensionsrecht in Kraft getreten: Rehabilitationsgeld oder Umschulungsgeld statt Invaliditätspension, Kontoerstgutschrift statt Parallelrechnung. Da schwirrt einem der Kopf schnell vor lauter neuen Begriffen. Die AKNÖ-SozialrechtsexpertInnen und -experten helfen hier rasch und kompetent weiter und informieren die Mitglieder über die herrschende Rechtslage.

Soziale Sicherheit

Bildung
Chancen(un)gleichheit

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

Soziale Sicherheit und Absicherung

38 | 39

Schwerpunkte

Eines der wichtigsten Themen, mit dem sich die NÖ Arbeiterkammer im Jahr 2014 im Bereich der sozialen Sicherheit auseinandergesetzt hat, waren die Neuerungen im Pensionsrecht. Einerseits gab es Änderungen bei den Bestimmungen zur Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension. Andererseits hat die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Anfang Juni 2014 mit dem Versand der Kontoerstgutschriften für das Pensionskonto an die Versicherten begonnen. Es verwundert deshalb nicht, dass dieses Thema angesichts der Betroffenheit eines Großteils der NiederösterreicherInnen auf der Tagesordnung stand und es auch eine Fülle von Informationsveranstaltungen gab. So hat die AKNÖ in Kooperation mit der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) zum Thema "Pensionskonto und Kontoerstgutschrift" niederösterreichweit in allen vier Vierteln Informationsveranstaltungen angeboten, die gut besucht und ein großer Erfolg waren.

Große Verunsicherung herrschte bei den AK-Mitgliedern, aber auch Funktionärinnen und Funktionären beim Thema "Invalidität neu" und bei der Abschaffung der befristeten Invaliditätsund Berufsunfähigkeitspensionen. Deshalb hat die AKNÖ vor einem breiten Publikum Aufklärungsarbeit geleistet. Bei Betriebsrätekursen, Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsveranstaltungen und internen Veranstaltungen, wie z. B. der neu geschaffenen KOMPEX, wurde umfangreich geschult. Zudem war die AKNÖ Veranstalter eines österreichweiten Treffens von AK-Fachleuten, wo intensiv über verfahrensrechtliche Probleme des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2012 und Erfahrungen aus dem Case-Management diskutiert wurde.

Im Jahr 2014 fand die traditionelle Sozialrechtstagung in Krems statt. Die gemeinsame Veranstaltung von AKNÖ und WK NÖ, die alle zwei Jahre stattfindet, hat sich unter anderem mit dem Thema "Invalidität im Wandel" und dem "europäisch koordinierenden Sozialrecht", vorgetragen von Professoren der Universitäten Wien und Salzburg, beschäftigt.

Dienstleistungen

Durch die "Invalidität neu", die Abschaffung der befristeten Invaliditätspensionen, die Einführung des Pensionskontos mit Kontoerstgutschrift, aber auch durch die Einführung der Bundesverwaltungsgerichte mit neuem Rechtszug gab es im Bereich der Dienstleistung große

Das Thema "Invalidität neu" hat viele Mitglieder, aber auch FunktionärInnen verunsichert. Die AKNÖ leistete Informations- und Aufklärungsarbeit.



AKNÖ-Sozialrechtsexperte Mag. Josef Fraunbaum (I.) ist einer von vielen AKNÖ-Fachleuten, auf die sich die Mitglieder, wie hier Herr Jovanovic (r.), verlassen können, wenn es hart auf hart kommt.



Im "Sozialstatistischen Handbuch" finden Interessierte alle wesentlichen Fakten und Daten aus dem Sozialbereich. Es kann im Internet unter noe.arbeiterkammer.at heruntergeladen werden.

Herausforderungen für die AKNÖ-MitarbeiterInnen. Vor allem die Einführung der Bundesverwaltungsgerichte ist für die AK-Expertinnen und Experten von besonderer Bedeutung: Einerseits werden seitens der AKNÖ fachkundige LaienrichterInnen als BeisitzerInnen in die Senate entsandt. Anderseits werden dort aber unter Umständen auch von der AKNÖ für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten nach erfolgter Beratung qualifizierte Rechtsmittel, vor allem gegen Bescheide des AMS, eingebracht.

Beratungs- und Vertretungsleistungen im Bereich soziale Sicherheit und Absicherung

	Fälle 2014
Beratung von ArbeitnehmerInnen	28.658
Vertretung von ArbeitnehmerInnen bei Gerichten und Behörden	940
Interessenpolitische Vertretung (Gesetzesbegutachtungen)	21

Was die Beratungstätigkeit der AKNÖ bei sozialrechtlichen Angelegenheiten angeht, zeigt sich eine über die Jahre relativ konstante Anzahl der Beratungen und Rechtsschutzanträge. So wurden 2014 rund 28.700 Personen beraten und 940 von der AKNÖ vor Behörden und Gerichten vertreten. Auffällig ist, dass es auch verstärkt Anfragen per E-Mail gibt und die Beantwortung von E-Mail-Anfragen unserer Mitglieder im Steigen begriffen ist. Hier konnte eine Steigerung von 15 Prozent auf über 500 Anfragen verzeichnet werden. Durch die Beratungen sowie Vertretungen vor Gerichten und Behörden konnten für die ArbeitnehmerInnen über 10,5 Millionen Euro an Ansprüchen gesichert werden.

Interessenvertretung

2014 haben die AKNÖ-Expertinnen und -Experten insgesamt 21 Gesetzesbegutachtungen im Bereich des Sozialrechts durchgeführt, darunter auch die Bewertung des Bundespflegegeldgesetzes und des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes. Ein Kernstück der interessenpolitischen Arbeit im Bereich soziale Sicherheit ist für die AKNÖ die Armutsbekämpfung in Niederösterreich. 2014 trat die AKNÖ auf Beschluss des Vorstandes dem niederösterreichischen Armutsnetzwerk bei, um beim Kampf gegen die Armut effektiv mitwirken zu können. Die hohe Zahl an armen und armutsgefährdeten Niederösterreicherlnnen, viele davon sogenannte "Working Poor", haben die AKNÖ veranlasst, die Interessen dieser Gruppe verstärkt wahrzunehmen. Ein wesentlicher Teil der Aktivitäten betraf den intensiven interessenpolitischen Einsatz für BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung beim dafür zustän-



Im Jahr 2014 hat die AKNÖ-Sozialrechtsexpertin Dr.ⁱⁿ Uschi Janesch gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen 28.700 ArbeitnehmerInnen beraten und ihnen geholfen.

Soziale Sicherheit

Bildung

Chancen(un)gleichheit Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

40 | 41

digen Landesgesetzgeber. So ist es auf Initiative der AKNÖ und durch enge Kooperation mit Caritas, Lebenshilfe und anderen sozialen Einrichtungen gelungen, einige Missstände im niederösterreichischen Mindestsicherungsrecht zu beseitigen, insbesondere bei Menschen mit Behinderung die unrechtmäßig erfolgte Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe auf die Mindestsicherung. Beim Thema Armutsbekämpfung geht es der AKNÖ vor allem darum, Menschen zu sensibilisieren, weshalb intensive Öffentlichkeitsarbeit mit Zahlen und Fakten zum Thema Armutsbekämpfung, Armutsgefährdung, Mindestsicherung betrieben und wichtige Forderungen zur Neuverhandlung des Art. 15a B-VG (Vereinbarung zur Mindestsicherung) herausgearbeitet wurden. Als wesentliche Forderung sei die Neuregelung der Wohnkosten in Niederösterreich, ähnlich wie in Vorarlberg oder Wien, genannt.

Auch die Diskussion mit den Funktionärlnnen ist eine wichtige Grundlage für sozialpolitische Arbeit. Der Ausschuss für Sozialpolitik und Arbeitsrecht tagte im Berichtsjahr fünf Mal. Es wurden dort Referentlnnen eingeladen, wie die Geschäftsführerin der ELGA ("Elektronischen Gesundheitsakte"), damit sich die Funktionärlnnen einen objektiven Eindruck über die Vorund Nachteile der ELGA verschaffen konnten. Im Ausschuss wurden auch Anträge an die Vollversammlung, das Arbeitnehmerlnnenparlament, der AKNÖ beschlossen. Ein Antrag beinhaltete die Ablehnung der geplanten Verschlechterungen im Pflegegeldgesetz, gegen die sich der Ausschuss einstimmig ausgesprochen hatte.

Sozialpolitisch relevant sind neben vielen Broschüren vor allem zwei Nachschlagewerke, die in der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht verfasst wurden: einerseits der "Ratgeber Sozialrecht" – ein beliebtes Nachschlagewerk und Lehrbuch rund um die Sozialversicherung, andererseits das online abrufbare "Sozialstatistische Handbuch für Niederösterreich", dem alle wesentlichen Fakten und Daten aus dem Sozialbereich zu entnehmen sind.

Ausblick auf 2015

Menschen mit Behinderung werden auch 2015 ein sozialpolitisches Kernthema in der AKNÖ sein. So wird es eine neu überarbeitete Informationsbroschüre geben. Darüber hinaus werden laufend die Schwächen des Behinderteneinstellungsgesetzes aufgezeigt werden. Im Frühjahr 2015 wird die Enquete "Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz" mit VertreterInnen der Behindertenorganisationen und Betroffenen, insbesonde ArbeitsassistentInnen, stattfinden. Für den Herbst ist die Präsentation der Ergebnisse der von der AKNÖ mitgetragenen Studie "Leben an der Grenze" geplant.



Die Mindestsicherung ist wichtiger Bestandteil der Armutsbekämpfung und für immer mehr Menschen das letzte Auffangnetz. Die AKNÖ betrieb 2014 intensive Öffentlichkeitsarbeit, um Politik und Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren.

Auf Initiative der AKNÖ ist es 2014 gelungen, Missstände im niederösterreichischen Mindestsicherungsrecht zu beseitigen, wie z. B. die unrechtmäßige Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe auf die Mindestsicherung bei Menschen mit Behinderung.



AKNÖ-Schulbetreuung: Service für SchülerInnen und Lehrkräfte

Arbeitsrecht für junge ArbeitnehmerInnen, Bewerbungstrainings, Berufsorientierung oder Planspiele – mit vielen Angeboten unterstützt die AKNÖ SchülerInnen bei ihrem Einstieg in die Arbeitswelt.



Planspiele und Bewerbungstrainings finden zumeist in den Bezirksstellen der AKNÖ statt und werden von ausgebildeten TrainerInnen durchgeführt.

Das erste Bewerbungsgespräch ist für viele Jugendliche eine große Herausforderung. "Kein Wunder, wissen sie doch noch nicht aus eigener Erfahrung, was bei so einem Gespräch auf sie zukommt. Darum bieten wir den Schulen und SchülerInnen seit 2006 kostenlose Bewerbungstrainings an", so AKNÖ-Experte Günter Kastner. In halbtägigen Workshops lernen die Jugendlichen unter Anleitung von zwei ausgebildeten BewerbungstrainerInnen ihre persönlichen Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen kennen und erarbeiten die wichtigsten Voraussetzungen, um am Arbeits- und Lehrstellenmarkt erfolgreich zu sein. Die Nachfrage seitens der Schulen ist groß. Konnte im Schuljahr 2006/2007 noch mit 73 Terminen das Auslangen gefunden werden, so wurden 2014 dank gestiegener Nachfrage bereits 150 Bewerbungstrainings in ganz Niederösterreich abgehalten.

Informationen direkt in den Klassen

Um Jugendlichen den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern, halten pädagogisch geschulte AKNÖ-MitarbeiterInnen direkt in den Schulen Vorträge. Dabei erhalten die Jugendlichen Informationen über die Lehre, das Arbeitsrecht und darüber, worauf sie bei Praktikum, Ferialjob und Volontariat achten müssen. Zudem bietet die AKNÖ Vorträge zur VerbraucherInnenbildung an. "Seit 2011 haben wir über 700 Vorträge in fast allen Schultypen und -stufen in ganz Niederösterreich durchgeführt und rund 15.000 Jugendliche informiert", so Kastner. Darüber hinaus bietet die AKNÖ kostenlos Planspiele an, die den SchülerInnen helfen, komplexe wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorgänge zu verstehen. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch die jährlich in St. Pölten und Bad Vöslau stattfindenden Berufsinfomessen "Zukunft.Arbeit. Leben", die 2014 über 8.100 Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte besuchten.

Info und Ausbildung von Lehrkräften

"Berufsorientierungslehrerinnen und -lehrer im Unterricht zu unterstützen, ist ein wesentliches Anliegen der AKNÖ," so Günter Kastner. Die AKNÖ gestaltet mit dem Landesschulrat für Niederösterreich, der WKNÖ und dem AMS Teile der Aus- und Weiterbildung für die Lehrkräfte mit, stellt ihnen Unterrichtsmaterialien zur Verfügung und informiert sie mit einem elektronischen Newsletter über aktuelle Angebote, gesetzliche Änderungen oder interessante Projekte und Publikationen.



Service für SchülerInnen und Lehrkräfte

- 150 Bewerbungstrainings pro Jahr
- Vorträge für Schulklassen zu Themen wie Arbeitsrecht, Praktika, Lehre, VerbraucherInnenschutz etc.
- Jugend- und Berufsinfomesse "Zukunft.Arbeit.Leben"
- Planspiele zu "Wirtschaft", "Sozialpartnerschaft" und "Globalisierung"
- Kooperation mit Landesschulrat, WK und AMS bei LehrerInnenfortbildung
- Unterrichtsmaterialien f
 ür Lehrkr
 äfte

42 | 43

Chancen(un)gleichheit Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

Bildung

Schwerpunkte

In den letzten Jahren ist es zu einigen Verbesserungen im Bereich der schulischen Berufsund Bildungswegorientierung gekommen. So wurde durch die Einführung des eigenen Unterrichtsgegenstandes "Berufsorientierung (BO)" in der Neuen Mittelschule (NMS) eine langjährige Forderung der Sozialpartner zumindest teilweise umgesetzt. Dennoch wird Berufsorientierung in der Schule nach wie vor oft stiefmütterlich behandelt. Daher blieb dieses Thema auch 2014 im Fokus der AKNÖ, die mit Referaten und Bewerbungstrainings in Schulen, den Berufsorientierungsmessen "Zukunft.Arbeit.Leben" und mit der Beteiligung an der LehrerInnenfortbildung wichtige Beiträge dazu leistet. Als zweiter Schwerpunkt kristallisierte sich die Bildungsberatung heraus. Telefonische Bildungsinformation, die regionalen "Tage der Weiterbildung" und die muttersprachliche Bildungsberatung wurden verstärkt nachgefragt.

Das Thema Berufsorientierung blieb auch 2014 im Fokus der AKNÖ-Aktivitäten.

Dienstleistungen

Der große Informationsbedarf in Sachen Weiterbildung zeigte sich bei der AKNÖ-Bildungsberatung und den AKNÖ-Bildungsmessen. 2014 ließen sich über 5.100 Personen von der AKNÖ in Bildungsfragen beraten. Zu den beiden Jugend- und Bildungsmessen "Zukunft. Arbeit.Leben" Ende September 2014 in St. Pölten und Anfang November 2014 in Bad Vöslau kamen 8.100 SchülerInnen mit Lehrkräften und Eltern, um sich einen Überblick über die Berufswelt und Weiterbildungsmöglichkeiten nach der Pflichtschule zu verschaffen. Im Bereich der Erwachsenenbildung wurden gemeinsam mit regionalen Bildungsanbietern drei "Tage der Weiterbildung" in Amstetten, Wr. Neustadt und St. Pölten veranstaltet. Weiterbildungswillige konnten sich dort über Bildungsangebote und Förderungen informieren und kostenlose Bewerbungscoachings sowie Bildungsberatungen in Anspruch nehmen.



	Anzahl	
Bildungsberatungen	5.111	
Bildungsförderungen – Bildungsbonus, Sozialfonds Bildung (Fälle)	2.866	
Bewerbungstrainings, Planspiele, Referate, Schulbetreuung (TeilnehmerInnen	14.959	
Jugendmesse "Zukunft. Arbeit. Leben." (BesucherInnen)	8.068	
Mitwirkung bei Lehrabschlussprüfungen	8.077	
Veranstaltungen (BesucherInnen)	13.399	
Gesetzesbegutachtungen	27	



Handwerk ausprobieren, seine Talente und sein Geschick testen. Das geht bei den großen AKNÖ-Jugend- und Bildungsmessen "Zukunft.Arbeit.Leben", die 2014 über 8.100 BesucherInnen verzeichneten.



Bei den "Tagen der Weiterbildung" informiert die AKNÖ gemeinsam mit Partnerorganisationen über Bildungsangebote und Förderungen im Bereich der Erwachsenenbildung.



Die Broschüre "Fit für den Start" hilft beim Einstieg in ein FH-Studium. Sie wurde im Herbst 2014 an Fachhochschulen in Niederösterreich verteilt.

Am häufigsten wurde 2014 der
Bildungsbonus-klassisch für Sprachkurse
eingelöst, gefolgt von EDV-Kursen und Gesundheitskursen. Wie in den vorangegangenen Jahren waren auch 2014 wieder mehr als
zwei Drittel der EinlöserInnen weiblich. Im
Rahmen des Bildungsbonus-spezial entfielen
die mit Abstand meisten Förderfälle auf die
Berufsreifeprüfung.

Die AKNÖ lud zudem Eltern mit Migrationshintergrund zu vier Informationsveranstaltungen in Vereinen in Niederösterreich ein. Ziel war es, den Eltern eine aktivere Teilhabe am Bildungsprozess ihrer Kinder zu ermöglichen, sich über Bildungsthemen auszutauschen und das Wissen darüber zu vertiefen. Insgesamt nahmen dabei 235 Personen teil.

Angebote für SchülerInnen, Lehrlinge und StudentInnen stellen neben Bildungsberatung und Förderungen für ArbeitnehmerInnen einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt im Service-Bereich dar. Dazu gehörten 2014 neben Planspielen, Bewerbungstrainings und Informationsvorträgen an Schulen vier Veranstaltungen des Jugendtheaters "Hot Jobs", an denen 1.200 SchülerInnen aus Niederösterreich kostenlos teilnahmen.

2014 wurde der 9. AKNÖ-Wissenschaftspreis an zehn JungakademikerInnen für ihre Abschlussarbeiten vergeben. Zusätzlich hat die AKNÖ sieben Abschlussarbeiten aus dem Bildungsbereich finanziell gefördert. Für FH-StudienanfängerInnen wurde die Broschüre "Fit für den Start" entwickelt und im Herbst 2014 an niederösterreichischen Fachhochschulen verteilt. Des Weiteren wurde mit Studierenden der FH Wr. Neustadt ein Projekt umgesetzt, um die Kommunikation mit Jugendlichen und Studierenden zu verbessern.

Direkte Unterstützungsleistungen im Bereich Bildung

В	etrag in Euro
AKNÖ-Bildungsbonus-klassisch	106.042
AKNÖ-Bildungsbonus-spezial	161.243
Sozialfonds Bildung	3.340

Bei den AKNÖ-Bildungsförderungen gab es 2014 Änderungen. Der Bildungsbonus-klassisch wurde um 20 auf maximal 120 Euro erhöht. Für Eltern in Karenz erhöhte sich der Betrag von 150 auf 170 Euro und Mitglieder mit einem AMS-Bezug erhalten nunmehr 100 Prozent der Kurskosten bis maximal 220 Euro erstattet. Beim Bildungsbonus-spezial erhalten Mitglieder, die die Berufsreifeprüfung absolvieren, je Modul anstatt 100 nun 120 Euro der Kosten für die Vorbereitungskurse refundiert. Zudem wurden beim Bildungsbonus-spezial neue Schwerpunkte gesetzt: Vorbereitungskurse zur außerordentlichen Lehrabschlussprüfung werden nun ebenso wie Vorbereitungskurse für den Besuch einer FH bzw. eines Kollegs/Aufbaulehrgangs mit 50 Prozent der Kosten bis zu 400 Euro gefördert. Sowohl der Bildungsbonus-klassisch als auch der Bildungsbonus-spezial wurden evaluiert. Erfreulich war dabei, dass für 43 Prozent der Befragten der Bildungsbonus-klassisch ausschlaggebend für ihren Kursbesuch war. Außerdem konnte eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Organisation und den Einlösemöglichkeiten festgestellt werden. Insgesamt wurden im Jahr 2014 Bildungsförderungen in Höhe von rund 270.000 Euro an AKNÖ-Mitglieder ausbezahlt.

Interessenvertretung

Das österreichische Schulwesen selektiert sehr stark. Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten/Familien haben deutlich schlechtere Chancen auf höhere Bildung als Kinder mit finanziell, sozial und kulturell stark ausgeprägtem familiären Hintergrund. Damit sich das ändert, fordert die AKNÖ weiterhin die flächendeckende Einführung

Bildung
Chancen(un)gleichheit

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

44 | 45

der verschränkten kostenlosen Ganztagsschule und eine auf sozialen Indikatoren beruhende Ressourcenzuweisung im Schulwesen. Zudem ist es notwendig, Jugendliche vor und bei der Entscheidung "Wohin nach der Pflichtschule?" professionell und qualitativ hochwertig über die weiteren Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren. Die AKNÖ setzt sich deshalb für den Ausbau und die Verbesserung der schulischen Berufsorientierung ein.

Entscheidung über ihre berufliche Ausbildung professionell und qualitativ hochwertig unterstützt werden.

Jugendliche müssen vor und bei der

Neben dem interessenpolitischen Einsatz haben die Bildungsexpertinnen und -experten der AKNÖ 27 Begutachtungen durchgeführt. Unter anderem wurde zu folgenden Vorhaben und Gesetzen Stellung bezogen: dem Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplan, den Reformen im Hochschulgesetz und der HochschülerInnenwahlordnung, der Novelle des Studienförderungsgesetzes und der Novelle des Universitätsgesetzes.

Im Rahmen der Qualitätssicherung in der Lehrausbildung wurden bei einem Sozialpartnergipfel zum Thema "Lehre" gemeinsame Ausbilderforen, das Qualifizierungsprojekt "Du kannst was", Datenbanken für Lehrabschlussvorbereitungskurse sowie Lern- und Begabungsförderung vereinbart. Zusätzlich wurde eine gemeinsame Befragung von AKNÖ und WKNÖ zum Thema "Image der Lehre" durchgeführt. Beim zweiten "Tag der NÖ Lehrlingsausbildung" der AKNÖ in der Firma Geberit in St. Pölten setzten sich Fachleute, InteressenvertreterInnen, Jugendliche und Bundesminister Rudolf Hundstorfer sowie rund 100 LehrlingsausbilderInnen mit dem Thema "Jugendliche zwischen Problemfall und Hoffnungsträger" auseinander.

In der Grundlagenarbeit konnte die erste AKNÖ-Studie im Weiterbildungsbereich abgeschlossen werden: "Lernen von Erwachsenen. Fokus Niederösterreich" wurde vom öibf im April 2014 fertiggestellt und präsentiert. Im Herbst startete die Folge-Studie – eine Repräsentativ-Erhebung zu beruflicher Weiterbildung in NÖ, die von IFES und öibf durchgeführt wird.

Ausblick auf 2015

2015 wird die digitale AK-Bibliothek mit mehr als 20.000 auf PCs, E-Readern, Tablets und Smartphones lesbaren E-Books allen Mitgliedern und NiederösterreicherInnen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im Schuljahr 2015/16 wird die AKNÖ wieder eine Schulkostenerhebung unter niederösterreichischen Eltern durchführen. Zudem ist ein weiterer Ausbau der Schulbetreuungsaktivitäten im Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen geplant. Gemeinsam mit zwei Schulen wird außerdem ein innovatives Pilotprojekt zur politischen Bildung gestartet.

Beim BMBF- und ESF-geförderten Projekt zur Bildungsberatung in Niederösterreich wird die AKNÖ gemeinsam mit dem Forum Erwachsenenbildung Niederösterreich Aufgaben bei der Netzwerkkoordination übernehmen sowie die bisherigen Beratungsdienstleistungen und die Veranstaltungsorganisation ("Tage der Weiterbildung") weiterführen. Ab 2016 soll die AKNÖ-Bildungsberatung – mit dem Ziel, benachteiligte Personengruppen (Frauen, Migrantlnnen, ältere und niedrigqualifizierte Arbeitnehmerlnnen) an der betrieblichen Weiterbildung partizipieren zu lassen – speziell in Betrieben angeboten werden. Im Bereich der Grundlagenarbeit ist die Fertigstellung der Studie "Berufliche Weiterbildung in Niederösterreich" geplant.



Thema des zweiten "Tages der NÖ Lehrlingsausbildung" der AKNÖ in der Firma Geberit in St. Pölten war "Jugendliche zwischen Problemfall und Hoffnungsträger".

Beruf und Familie: Nur Frauensache?

Unter dem Motto "Möglichkeiten zur besseren FAIReinbarkeit" diskutierten am 23. Jänner 2014 bei einer Fachtagung in St. Pölten ArbeitnehmervertreterInnen, PolitikerInnen, Expertinnen und Experten, um Lösungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt zu finden.



Bei der Fachtagung "Beruf & Familie: Nur Frauensache?" diskutierten Expertinnen und Experten mit WissenschaftlerInnen und Publikum. Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, mehr Väter in Karenz und eine familienfreundliche Kultur in der Arbeitswelt – das sind die wesentlichen Ergebnisse der Fachtagung im City-Hotel St. Pölten, an der neben zahlreichen Fachleuten und ArbeitnehmervertreterInnen auch Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek teilnahm. Für sie ist klar: "Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt zu einer höheren Lebensqualität bei." Und auch AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler betonte: "Alle Eltern müssen zumindest die Wahlmöglichkeit haben, ihre Kinder in eine Betreuungseinrichtung zu geben." Dass fehlende Betreuungsmöglichkeiten zunehmend als Last gesehen werden,

darin sieht Silvia Lechner-Stingl, Leiterin der Abteilung Frauenpolitik in der AKNÖ, ein großes Problem. "Es ist eine gemeinsame Verantwortung, Chancengleichheit zu schaffen. Und dieser Verantwortung müssen wir uns bewusst werden", appelliert die Expertin.

Vorzeigeregion Skandinavien

Der Soziologe Steven Saxonberg stellt in seinem Vortrag Best-Practice-Beispiele vor. Schweden sei nach wie vor ein Vorzeigeland, was die Umsetzung von politischen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. "Dass zur Kindererziehung beide Elternteile gehören, ist mittlerweile in der Gesellschaft verankert. In Schweden wundern sich alle, wenn ein Vater nur zwei Monate in Karenz geht", stellt Saxonberg fest.

Familienfreundliches Arbeitsklima

Aber auch in Österreich scheint allmählich ein Sinneswandel stattzufinden. Immer mehr Unternehmen setzen auf ein familienfreundliches Arbeitsklima und wollen aktiv an einer Verbesserung arbeiten. Das ist auch gut fürs Image. So hat sich die Familie und Beruf Management GmbH darauf spezialisiert, Unternehmen auf familienfreundliches Arbeitsklima zu prüfen. "Belohnt werden diese Vorbilder dann mit einem Gütesiegel", erklärt Jan Ledóchowski von der Familie und Beruf GmbH. Und das lässt sich auch bei der Bewerbung der Unternehmen gut einsetzen.

Frauen arbeiten überwiegend Teilzeit



 Nach dem Mikrozensus der Statistik Austria würden 42 Prozent dieser Frauen mehr arbeiten wollen, können dies aber aufgrund mangelnder Betreuungsalternativen nicht.



Soziale Sicherheit Bildung

Chancen(un)gleichhei

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung KonsumentInnenschutz

Chancen(un)gleichheit

46 | 47

Schwerpunkte

Frauen, Migrantlnnen, Menschen mit Behinderung – gleiche Rechte zu haben bedeutet nicht immer, gleiche Chancen zu haben. So liegt es etwa in unserer Gesellschaft meist an den Frauen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Ohne flächendeckende leistbare Kinderbetreuungsangebote auch für Kleinkinder oder eine ordentliche Pflegeinfrastruktur ist es für Frauen schwer, frei zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Deswegen arbeiten sie zum Großteil auf Teilzeitbasis, was sich negativ auf ihre (finanzielle) Selbstständigkeit und ihre Pensionen auswirkt. Umso mehr gilt es, Benachteiligungen aufzuzeigen und Lösungsansätze zu finden, damit Diskriminierungen verhindert werden.

Dienstleistung

Neben dem Thema "Beruf und Familie" wurden gemeinsam mit dem ÖGB NÖ psychische und psychosomatische Krankheiten am Arbeitsplatz thematisiert. Darüber hinaus wurden im März gemeinsam mit dem AMS NÖ die WiedereinsteigerInnentage "Wo[man] & Work" veranstaltet, wo Expertinnen und Experten des AMS, der AKNÖ und Frauenberatungsstellen die BesucherInnen zu Fragen des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Babypause berieten. Bei den Jugendmessen "Zukunft.Arbeit.Leben" im Herbst in St. Pölten und Bad Vöslau wurden von den AKNÖ-Expertinnen und -Experten Mädchen motiviert, technische Lehrberufe zu ergreifen. Im November 2014 wurden mit dem AMS, dem BFI und der NÖGKK Beratungstage für AlleinerzieherInnen in der AKNÖ St. Pölten abgehalten. Neben Frauen haben Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen in unserer Gesellschaft. Das zeigt sich auch im Beratungsalltag der AKNÖ. Mehr als ein Viertel der Beratungen werden von Mitgliedern mit nicht deutscher Muttersprache in Anspruch genommen. Daneben unterstützt die AKNÖ Menschen mit Behinderung beim Kündigungsverfahren vor dem Bundessozialamt und mit einer Broschüre zum Thema Gleichbehandlung.

Interessenvertretung

Die AKNÖ zeigte mit ihrer Kinderbetreuungsanalyse 2014 auf, dass es noch immer zu wenige Betreuungsplätze für Kleinkinder und wenige Kinder in Nachmittagsbetreuung gibt. Erstmals wurden auch die Situation der Tagesmütter und Bildungsaspekte der Kinderbetreuungseinrichtungen thematisiert. Weiters wurden die Novellen zum Familienlastenausgleichsgesetz und die neue Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung begutachtet. Anliegen und spezifische Probleme von Mitgliedern mit Migrationshintergrund wurden im Integrationsfachausschuss der AKNÖ bearbeitet, um gemeinsam mit dem Kammerbüro für diese Gruppe unterstützende Maßnahmen zu entwickeln.

Ausblick auf 2015

Die Forderungen nach der Einführung des Papamonats in der Privatwirtschaft und nach dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebots bleiben aufrecht. Zur Frage, wie mehr Männer für Kinderbetreuungsberufe gewonnen werden können, wird es eine Fachtagung geben, ebenso zur Frage der Arbeitszeitverteilung. 2015 erscheint erstmals ein "Frauenpolitisches Jahrbuch" zur Lage der Frauen in Niederösterreich. Zudem ist ein Wiedereinstiegsmonitoring geplant. Die Beratungstage für Alleinerziehende werden weitergeführt. Mit NGOs und Vereinen wird wieder eine Enquete zum Thema "Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz" veranstaltet.



Neu 2014: Die Broschüre "Hilfe für Frauen"

Am häufigsten erfolgen Beratungsleistungen für Mitglieder aus Ex-Jugoslawien, gefolgt von türkischen KollegInnen. Stark steigend sind auch die Beratungsleistungen für Menschen aus Ungarn, Rumänien und Polen.

ALBA: Lehrgang für Betriebsrätinnen und Betriebsräte internationaler Herkunft

Die ersten Teilnehmer haben im Frühjahr 2014 den Aufbaulehrgang für betriebsrätliche Arbeit, kurz ALBA, erfolgreich beendet. Sie zeigten sich vom AKNÖ-Angebot begeistert.



ALBA-Absolventen der ersten Stunde tankten Selbstvertrauen: Betriebsräte Erdal Paschinger und Ali Cicek.

Die Zahl von Betriebsrätinnen und Betriebsräten internationaler Herkunft, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen, wächst ständig. Deswegen wurde im Jahr 2013 von der Abteilung für BetriebsrätInnenund FunktionärInnenausbildung der AKNÖ ein neuer, modular organisierter Lehrgang für diese BetriebsrätInnen ins Leben gerufen. Die Überwindung von Sprachbarrieren und der Ausbau von Fachkenntnissen waren die erklärten Ziele des ALBA-Lehrgangs.

Wortschatz ausgebaut

Dass das angekommen ist, bestätigen auch die Absolventen. "Wir haben vor allem un-

seren Wortschatz ausgebaut", erklärt etwa ALBA-Absolvent Ali Cicek. Seit über einem Jahrzehnt ist er Betriebsrat im St. Pöltner Spar-Zustelllager und daher auch einer der Erfahrensten unter den frisch gebackenen ALBA-Absolventen. Die Basis für das Gelingen des in Österreich einzigartigen Lehrgangs sieht Cicek im homogenen Verhältnis zwischen Teilnehmern und ReferentInnen: "Je länger der Kurs dauerte, desto mehr Dynamik kam rein. Es gab viel Interaktion, auch in der Muttersprache unter den Teilnehmern. Für mich ist überhaupt eine der wichtigsten Erfahrungen aus diesem Lehrgang, dass wir jetzt viel mehr nachfragen, wenn wir etwas nicht verstehen. Das war früher leider nicht immer so."

Lust auf mehr

Für Erdal Paschinger war der ALBA-Lehrgang der NÖ Arbeiterkammer die erste Schulung dieser Art überhaupt. Seit über einem Jahr wirkt er im Betriebsrat eines niederösterreichischen Paketdienstes mit. "Sowohl sprachlich als auch fachlich habe ich sehr viel gelernt, auch wie ich in meiner Funktion mit den Leuten umgehe." Vor allem habe er sehr viel Selbstvertrauen getankt: "Das ist notwendig, wenn ich den Kolleginnen und Kollegen helfen soll." Der ALBA-Lehrgang machte Paschinger aber auch Lust auf mehr: "Ich will mich weiterentwickeln und künftig auch weitere gewerkschaftliche Schulungen und Kurse besuchen."

Steckbrief ALBA





KonsumentInnenschutz

Soziale Sicherheit Bildung

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

48 49

Schwerpunkte

Im Bereich der überbetrieblichen und betrieblichen Interessenvertretung hat die AKNÖ 2014 verstärkt in die Ausbildung von FunktionärInnen und Betriebsrätinnen und Betriebsräte investiert und hier neue Angebote etabliert. Es zeigte sich dabei auch, dass ein großes Bedürfnis nach Informationen aus erster Hand zu fachlichen und interessenpolitischen Themen vorliegt.

Dienstleistungen

Bei 41 regionalen Betriebsratskursen "Wissen.Information.Diskussion" (W.I.D.) wurden mit 1.041 Betriebsrätinnen und Betriebsräten fast doppelt so viele wie noch 2013 mit Informationen – besonders zu den Themen "Pensionskonto" und "Steuergerechtigkeit" – versorgt.

Gleichzeitig waren die Seminare der im Herbst 2014 gestarteten Akademie für InteressenvertreterInnen (intAK) der AKNÖ in Kooperation mit ÖGB NÖ und Fachgewerkschaften mit 96 TeilnehmerInnen sehr gut besucht. Mit der intAK können sich AKNÖ- und GewerkschaftsfunktionärInnen mit dem notwendigen Rüstzeug für laufende und künftige Aufgaben in der komplexen Welt der Interessenpolitik ausstatten. Im Vordergrund steht dabei, ArbeitnehmervertreterInnen auf ihre Funktionen in Gremien öffentlicher Institutionen, wie zum Beispiel Arbeitsmarktservice (AMS) oder Niederösterreichische Gebietskrankenkasse (NÖGKK), vorzubereiten und sie bei der Weiterentwicklung ihrer persönlichen Potenziale zu unterstützen. Der nach wie vor starke Andrang auf die Spitzenausbildung der AKNÖ, die BetriebsRätInnenAKademie (BRAK), beweist, dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte ihre Fertigkeiten optimieren, ihre Persönlichkeit stärken, ihre interessenpolitischen Möglichkeiten erweitern wollen

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

	Anzahl
Betriebsbetreuungen	2908
BetriebsrätInnenberatung (pers./schriftl.)	338
Überprüfungen von Betriebsratsfonds	1045
BetriebsrätInnen-Consulting – Bilanzanalysen	164
Betriebsbegehungen (ArbeitnehmerInnenschutz)	16
Beratungen (ArbeitnehmerInnenschutz)	1076
Untersuchungen von ArbeitnehmerInnen im Gesundheits-Truck	3.279
Veranstaltungen der Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	24



Im Bereich der überbetrieblichen und betrieblichen Interessenvertretung hat die AKNÖ 2014 verstärkt in die Ausbildung von FunktionärInnen und BetriebsrätInnen investiert.



LEHRGANGE/AKADEMIEN DER AKNO

- BRAK: BetriebsRätInnenAKademie
- intAK: Akademie für Interessenvertreteringen
- SIGE: Sicherheits- und Gesundheitsakademie
- ALBA: Aufbaulehrgang für betriebsrätliche Arbeit
- KOMPAK: Kompetenzakademie



Von der Zeitung BR-News gab es 2014 sechs Ausgaben mit einer Auflage von über 40.000 Exemplaren. und zudem eine breite fachliche Qualifikation brauchen, um ihr Mitbestimmungspotenzial im Sinne der Kolleginnen und Kollegen optimal ausschöpfen zu können. 2014 konnten 60 TeilnehmerInnen bei zwei BRAK- und einem KOMPAK-Follow-up begrüßt werden.

Das Angebot an Rufseminaren und Coachings wurde 2014 neu implementiert und erfreut sich steigender Beliebtheit. Das Ziel liegt in der maßgeschneiderten fachlichen und interessenpolitischen Weiterbildung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten und FunktionärInnen.

Sicherheit und Gesundheit sind Topthemen in den Betrieben: 1.064 Personen haben die 24 Seminare und Kurse der AKNÖ-Sicherheits- und -Gesundheitsakademie (SIGE) besucht. Im Bereich des ArbeitnehmerInnenschutzes wurden darüber hinaus 16 Betriebsbegehungen durchgeführt und 1.076 persönliche Beratungen durchgeführt. Dass die persönliche Gesundheit bei den niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen eine große Rolle spielt, zeigte einmal mehr der Gesundheits-Truck von AKNÖ und AMZ Mödling. Fast 3.300 ArbeitnehmerInnen nutzten die Möglichkeit, dank des Gesundheits-Trucks direkt im Betrieb einen Gesundheits-Check durchzuführen.

Die Unterstützung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte bei ihrer Arbeit zählt zu den wichtigsten Aufgaben der verschiedenen AKNÖ-Fachabteilungen. Ein wesentliches Instrument bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Betriebes durch Betriebsrätinnen und Betriebsräte ist die AKNÖ-Jahresabschlussanalyse. 2014 konnten für 164 Betriebsratskörperschaften solche Analysen durchgeführt werden. Darüber hinaus haben die AKNÖ-Expertinnen und -Experten 2014 insgesamt 1.045 Betriebsratsfonds einer Revision unterzogen.

Ein wichtiges Informationsangebot der NÖ Arbeiterkammer ist auch die Zeitschrift BR-News. Diese wird sechsmal im Jahr an die Betriebsrätinnen und Betriebsräte versendet und informiert nicht nur über neue – für die Arbeit der Betriebsrätlnnen relevante – Gesetze, sondern auch über aktuelle politische Entwicklungen und Standpunkte der AKNÖ. 2014 betrug die Gesamtauflage der Zeitschrift rund 40.500 Exemplare.

Interessenvertretung

Von der BRAK über die Lehrgänge bis hin zu den Betriebsratskursen sind sämtliche Ausbildungen ein wichtiges Instrument, um Betriebsrätinnen und Betriebsräte und überbetrieb-



Soziale Sicherheit Bildung

Chancen(un)gleichneit

KonsumentInnenschutz

50 | 51

lich tätige ArbeitnehmervertreterInnen bei ihrer interessenpolitischen Arbeit zu unterstützen. Betriebsrätinnen und Betriebsräte, ArbeitnehmervertreterInnen in öffentlichen Institutionen, FunktionärInnen der NÖ Arbeiterkammer, des ÖGB NÖ oder der Fachgewerkschaften haben vor allem ein Ziel: erfolgreich die Interessen ihrer KollegInnen zu vertreten. Und diesem Ziel ist das ganze Bildungsspektrum der NÖ Arbeiterkammer verpflichtet. Dabei wird immer darauf geachtet, dass Informationen und Wissen aus erster Hand kommen, wie etwa von AKNÖ-Präsident Markus Wieser bei vielen Diskussionen, von Fachleuten der Sozialversicherungsträger bei intAK-Seminaren, von ArbeitsinspektorInnen im Zuge von Veranstaltungen der Sicherheits- und Gesundheitsakademie oder von vielen AKNÖ-Fachleuten.

Der Einsatz der niederösterreichischen Betriebsrätinnen und Betriebsräte erfolgt nicht unbedingt immer im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Mit dem BR-Preis werden diese Leistungen vor den Vorhang geholt und auch öffentlich bekannt gemacht. Die NÖ Arbeiterkammer verlieh deshalb am 10. November 2014 im Veranstaltungszentrum Z2000 in Stockerau den Preis an fünf Betriebsrätinnen und Betriebsräte bzw. Betriebsratskörperschaften. Außerdem wurde Karl Sauer, Zentralbetriebsrat i. R. der Firma Wienerberger AG, von AKNÖ-Präsident Markus Wieser und ÖGB-Präsident Erich Foglar mit einem Preis für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Er war 28 Jahre lang als Betriebsrat in seinem Betrieb im Einsatz.

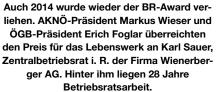
Ausblick auf 2015

Im Jahr 2015 wird das AKNÖ-Ausbildungsprogramm weiter an die Bedürfnisse und Anforderungen der verschiedenen Gruppen von InteressenvertreterInnen angepasst. So wird etwa die Sicherheits- und Gesundheitsakademie ausgebaut, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die betriebliche Gesundheitsförderung gelegt wird. Die Grundausbildung für Sicherheitsvertrauenspersonen wird in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem bfi Niederösterreich angeboten.

Im Sinne der "Bildung vor Ort" werden auch die Betriebsratskurse "Wissen.Information.Diskussion" im Jahr 2015 in allen Regionen Niederösterreichs ausgeweitet.

Bei der Akademie für InteressenvertreterInnen (intAK) werden zudem regelmäßige Schulungen für LaienrichterInnen angeboten, das Angebot an Fachseminaren zu den Sozialversicherungsträgern wird verstärkt und erstmals wird eine Jugendakademie ausgeschrieben.

2015 wird im Rahmen der Sicherheits- und Gesundheitsakademie ein besonderer Schwerpunkt auf betriebliche Gesundheitsförderung gelegt.





In-App-Käufe: Das große Geschäft mit "GRATIS"

Onlinespiele für Smartphones und Tablets haben Hochsaison. So lustig kostenlose Apps sein mögen, sie können einem auch eine Menge Ärger einbrocken, weiß AKNÖ-Experte Michael Dunkl.



AKNÖ-Konsumentenschutzexperte Michael Dunkl kennt die Kostenfallen in Apps.

An "Candy Crush Saga", "Empire: Four Kingdoms" oder "Clash of Clans" kommt kaum noch jemand vorbei. Die Spiele sind besonders für Kinder attraktiv, da sie einfach per App heruntergeladen werden können und kostenlos sind. Allerdings können sie auch schnell zur Kostenfalle werden. Gerade bei Spielen besteht die Möglichkeit, in der Anwendung selbst ein Guthaben oder Punkte zu kaufen. Das nennt man "In-App-Käufe".

Kosten kommen später dazu

"Die Spiele bringen die Konsumentinnen und Konsumenten dazu, Geld auszugeben. Man muss "Werkzeuge" kaufen, um ins nächste

Level aufzusteigen und weiterspielen zu können. So kommt man schnell auf eine ordentliche Geldsumme, die von der Kreditkarte abgezogen wird. Das kann bis zu 90 Euro pro Transaktion kosten", erklärt AKNÖ-Konsumentenschützer Michael Dunkl. Auf Anhieb ist es nicht klar, dass echtes Geld verlangt wird. Das Wort "gratis" erweckt den Eindruck, dass ohnehin alles kostenlos ist. An die 10 Milliarden Euro geben Nutzerlnnen laut Schätzungen der Europäischen Kommission für In-App-Käufe aus. Ein anderes Problem stellen Werbebanner in kostenlosen Apps dar. Gratis-App-NutzerInnen werden häufig über Werbebanner zu speziellen Seiten weitergeleitet, die sich als Abo-Fallen entpuppen. Betroffene berichten, dass nach offenbar unachtsamen Klicken auf unseriösen Anbieterseiten auf der Handyrechnung Beträge für nicht bewusst in Anspruch genommene Abo-Dienste aufscheinen – abgerechnet über so genanntes WAP-Billing.

In-App deaktivieren

Die AKNÖ unterstützt die Forderung der Europäischen Kommission, VerbraucherInnen nicht in die Irre zu führen und bei Käufen immer die Zustimmung von Erwachsenen zu verlangen. "Am besten ist, man deaktiviert In-App-Käufe am Handy und schaltet diese nur im Bedarfsfall frei. Man kann sie auch mit einem PIN-Code versehen. Unbedingt sollen solche Fälle auch bei den Anbietern gemeldet werden", rät Dunkl.



Tipps für den Umgang mit Apps

- Vor der App-Installation die Bewertungen (z. B. im App-Shop) durchlesen
- Nur Apps aus den offiziellen App-Shops installieren
- Zugriffsberechtigungen der App kontrollieren
- Werbelinks in (kostenlosen) Apps nicht anklicken
- App-Käufe und In-App-Käufe nur nach Eingabe eines PIN-Codes
- Drittanbieterdienste (z. B. Abos) für das Smartphone sperren lassen
- Nicht mehr benötigte Apps löschen



KonsumentInnenschutz

52 | 53

Schwerpunkte

Aus konsumentenrechtlicher Sicht bereiteten 2014 die Themen Wohnen und Finanzdienstleistungen den niederösterreichischen KonsumentInnen die größten Probleme. Hier erfolgten auch die meisten Beratungen für die Mitglieder.

Dienstleistungen

1.412.244 Euro hat die AKNÖ-Konsumentenberatung für Niederösterreichs Konsumentlnnen im Vorjahr gesichert. Das ist eine Steigerung von neun Prozent gegenüber dem Jahr 2013. Neben den insgesamt über 56.600 Beratungen mussten die AKNÖ-Expertinnen und -Experten auch für über 1.930 NiederösterreicherInnen bei Firmen intervenieren, weil diese nicht bereit waren, auf berechtigte Anliegen der KonsumentInnen zu reagieren. In acht Fällen unterstützte die AKNÖ ihre Mitglieder vor Gericht.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich KonsumentInnenschutz

	Anzahl
Beratungen im KonsumentInnenschutz (inkl. Wohnrecht)	56.671
Interventionen im KonsumentInnenschutz (inkl. Kreditverträgen)	1.935
Rechtshilfe für KonsumentInnen	8
Sitzungen der Schlichtungsstellen	25
Gesetzesbegutachtungen	17
Preiserhebungen	21
Versicherungsvergleiche für Mitglieder	1.697
Beratungen bei Messen (vier Veranstaltungen)	1.270

Wegen überhöhter Handyrechnungen und Kosten für Datendienste sowie ungebetener Werbeanrufe wandten sich 2.986 Menschen an die AKNÖ. Seit 2012 hat die Kostenbeschränkungsverordnung zu einer Verringerung der Anfragen zum Thema Kosten für Datendienste geführt. Telefonie, SMS/MMS sind durch diese Regelung nicht erfasst. Hier gibt es weiterhin zahlreiche Anfragen. Beim Thema Internet gibt es einen Rückgang von über 5.000 Anfragen im Jahr 2010 auf nunmehr 2.046 Anfragen: Der Rückgang der Anfragen zeigt, dass die Präventionsarbeit greift. Die AK hat mit Musterverfahren gegen unseriöse Website-Anbieter dazu beigetragen, die klassische Internetabzocke einzudämmen. Des Weiteren plagten die KonsumentInnen vor allem Probleme mit bezahlter Ware, die nicht geliefert wurde, Probleme beim Rücktritt vom Onlinekauf, aber auch Abo-Fallen, die sich in Gratis-Apps für Smartphones oder Tablets verstecken.

Der überwiegende Teil der Fälle wird außergerichtlich gelöst, damit das AKNÖ-Mitglied schnell zu seinem Recht kommt. Ergänzend dazu setzt die AKNÖ auf Aufklärungsarbeit und Kooperationen mit anderen Organisationen und Institutionen, um VerbraucherInnen über Gefahren und Risiken zu informieren.



Im Jahr 2014 haben AKNÖ-Experte Mag. (FH) Manfred Neubauer und seine Kolleginnen und Kollegen fast 56.700 Beratungen durchgeführt. Baumängel, nicht eingehaltene Vereinbarungen, überschrittene Fristen seitens der Baufirmen waren die häufigsten Probleme von "Häuslbauern". Mit 1.834 Anfragen ist dabei das Thema Bauen und Sanieren für die AKNÖ-KonsumentenberaterInnen ein Dauerbrenner.

Außerdem ließen sich 1.106 KonsumentInnen zu Fragen rund ums Heizen und Energie beraten und helfen. 6.278 KonsumentInnen erkundigten sich zudem über Mietzinsvorschreibungen bzw. -erhöhungen sowie über Probleme rund um Schimmel und mangelhafte Heizungen, Baumängel, Umbauten oder auch Betriebskosten.

Insgesamt erkundigten sich im Vorjahr 3.864 KonsumentInnen wegen laufender Bankgeschäfte. Der Hauptteil der Anfragen drehte sich um Kredite und Veranlagungen. Ein Problem, mit dem die KonsumentInnen in jüngster Zeit konfrontiert wurden, sind unseriöse Anbote für Finanzanlagen oder vermeintlich günstige Kredite, die sich später jedoch als teure Finanzberatungsverträge erweisen. Außerdem sorgten weiterhin Fremdwährungskredite und ihre Folgen bei vielen NiederösterreicherInnen für Kopfzerbrechen. Besonders sind in diesem Zusammenhang die an endfällige Kredite gebundenen Tilgungsträger das brennende Problem.

746 KonsumentInnen erkundigten sich zum Thema private Pensionsvorsorge. Sie beschäftigte vor allem die immer noch schwache Performance der fondsgebundenen Lebensversicherungen. Weiters kritisieren AKNÖ-KonsumentenberaterInnen, dass es derzeit keine Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge gibt.

Die Frage nach der günstigsten Haftpflicht- oder Kfz-Versicherung wurde von der AKNÖ-Konsumentenberatung über 1.600-mal beantwortet. 491 KonsumentInnen holten sich Rat rund um den Autokauf und 1.090 wandten sich an die AKNÖ, weil es Probleme bei der Reparatur ihres Autos gab.

Interventionen bei Reiseveranstaltern hatten 2014 aufgrund einiger Reisebürokonkurse wieder Saison. Die meisten der insgesamt 1.464 Anfragen drehten sich jedoch um Pauschalurlaube und Flugreisen. Die Beschwerden betrafen Probleme mit der Unterbringung, wie etwa abgewohnte und ungepflegte Hotels, Schimmel im Bad und WC oder auch Differenzen zwischen Prospektangebot und tatsächlichem Angebot vor Ort. Rund 20 Prozent aller Anfragen drehten sich um Probleme mit Fluglinien und Reisestornos.



Insgesamt führten die Expertinnen und Experten der AKNÖ 2014 über 1.600 Versicherungsvergleiche für Motorrad und Auto durch.



Reisebürokonkurse erforderten 2014 wieder Interventionen durch die KonsumentenschützerInnen der AKNÖ.

Bildung

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

KonsumentInnenschutz

54 | 55

Gesicherte Beträge im Bereich KonsumentInnenschutz

Bet	rag in Euro
Interventionen im KonsumentInnenschutz (inkl. Kreditverträgen)	1.208.604
Versicherungsvergleiche	203.640

Interessenvertretung

In Bereich der Interessenvertretung haben die AKNÖ-KonsumentenschützerInnen insgesamt 17 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt. Im Zusammenhang mit dem Thema Mietrechtsreform konnte die AK einen Erfolg verbuchen. Mit einer neuen Thermenregelung konnte geklärt werden, dass VermieterInnen für beschädigte Thermen aufkommen müssen. Damit wurde eine langjährige Forderung der AKNÖ erfüllt. Für eine echte Mietrechtsreform fehlen allerdings weiterhin klare Mietzinsobergrenzen, eine Durchforstung des Betriebskostenkatalogs und Regeln über die Erhaltungspflicht der Vermieter für alle anderen Wohnungsausstattungen, etwa Elektroleitungen oder sanitäre Anlagen. Die AKNÖ fordert hier Klarheit und Entlastungen für die MieterInnen.

Speziell für einkommensschwächere Haushalte hat die AKNÖ außerdem mit der EVN eine Sonderaktion gestartet. GIS-befreite Haushalte im Versorgungsgebiet der EVN erhielten einmalig 1.500 Bonuspunkte, die sie in ein "EVN Effizienzpaket" umwandeln können. Das "EVN Effizienzpaket" mit fünf LED-Lampen und einem Wassersparset wurde kostenlos nach Hause geliefert. Knapp die Hälfte der GIS-befreiten Haushalte hat davon Gebrauch gemacht. Die jährliche Kosteneinsparung durch den Einsatz dieses Paketes beträgt bis zu 126 Euro. Mit Fachleuten aus dem Sozialbereich wird diese Zielgruppe weiter intensiv betreut.

Ausblick auf 2015

Das Thema Kostensenkung bei Finanzdienstleistungen und hier vor allem intransparente und zu hohe Spesen wird aus interessenpolitischer Sicht ein Arbeitsschwerpunkt der AKNÖ im KonsumentInnenschutz sein. Zudem haben sich trotz der allgemeinen Zinssenkungen die sehr hohen Zinsen beim Kontorahmen nicht merklich bewegt. Die AKNÖ fordert gesetzliche Regelungen zur Höhe und Deckelung der Überziehungszinsen. Auch beim Thema Altersvorsorge kassiert die Finanzdienstleistungsbranche über Verkaufsprovisionen kräftig mit. Hier wird die AKNÖ mehr Transparenz etwa durch ein standardisiertes Produktinformationsblatt für alle Versicherungssparten einfordern.



Neue Industriepolitik für mehr Arbeitsplätze in Niederösterreich

Die Industrie ist laut einer Analyse im Auftrag der AKNÖ für fast ein Fünftel der Bruttowertschöpfung in NÖ verantwortlich. Um den Standort abzusichern, ist eine überlegte Industriepolitik nötig.



AKNÖ-Präsident Markus Wieser: "Ein umfassendes industriepolitisches Konzept für Niederösterreich ist dringend notwendig!"

Die gute Nachricht: Österreich gehört laut der Analyse zu den wirtschaftlich erfolgreichsten und sozial stabilsten Ländern innerhalb der EU. Die Industrie ist vielfältig strukturiert, in vielen Branchen tätig und dadurch weniger konjunkturpolitischen Risiken oder Umbrüchen in einzelnen Branchen ausgesetzt. Die schlechte Nachricht: Niederösterreichweit sind seit 2008 mehr als fünf Prozent der Industriearbeitsplätze verloren gegangen, im Industrieviertel sogar acht Prozent. Ein Grund dafür: Die Austeritätspolitik der meisten EU-Mitgliedsstaaten hat wichtige Absatzmärkte wegbrechen lassen. Das kostete Arbeitsplätze, wie etwa bei der Firma KBA Mödling in Maria Enzersdorf, wo 500 Arbeitsplätze verloren gingen. "Das

schmerzt", erklärt AKNÖ-Präsident Markus Wieser und ergänzt: "Arbeitsplätze in der Industrie sind von einem guten Standard geprägt. Sie sind wirtschafts- und sozialpolitisch erstrebenswert." Denn die Löhne und Gehälter in der Industrie sind um 20 Prozent höher als im Durchschnitt. Sie stärken vor allem die regionale Massenkaufkraft.

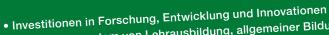
Großer Beitrag zur Wertschöpfung

Das Papier im Auftrag der AKNÖ enthält auch konkrete Forderungen. Und Argumente, warum Industriepolitik den heimischen EntscheidungsträgerInnen besonders am Herzen liegen sollte: Zur Zeit kommen 18,3 Prozent der Wertschöpfung in Niederösterreich aus dem Sektor. Das ist mehr als der EU-Durchschnitt von 15,3 Prozent. Nach den Plänen der EU-Kommission sollte der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in Zukunft auf 20 Prozent steigen.

Investieren, nicht sparen

Dazu seien aber auch heimische Impulse notwendig, sagt die Analyse. "Wir brauchen bis Ende 2015 ein umfassendes industriepolitisches Konzept. CO2-Ziele sind wichtig, reichen jedoch nicht allein. Auch nicht falsches Sparen, sondern Investitionen und Wachstum müssen mehr ins Zentrum der Politik rücken", so Wieser. Innovationen, motivierte ArbeitnehmerInnen und die Vielfalt der Industrien machen für ihn den großen Standortvorteil Österreichs aus. Darauf kann und soll man aufbauen.

Empfehlungen für die Industriepolitik in NÖ



- Topbildungssystem von Lehrausbildung, allgemeiner Bildung bis hin zum Hochschulstudium
- Umbau des Steuersystems mit einer Entlastung des Faktors Arbeit
- Wissenstransfer zwischen älteren und jüngeren ArbeitnehmerInnen fördern (Bonus-Malus-System bei Beschäftigung älterer Menschen)
- Aktive Beschäftigungspolitik
- Zusammenarbeit von Standortagenturen von Wien, NÖ und OÖ
- Optimierte Förderpolitik und gemeinsames Flächenmanagement



Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung

Wirtschaft

Wirtschaft

56 | 57

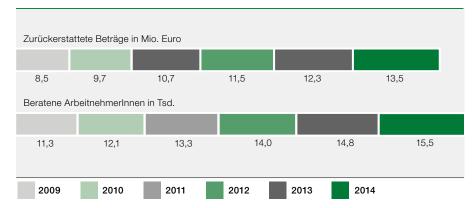
Schwerpunkte

Aus wirtschaftspolitischer Sicht war das Thema Lohnsteuerreform sicherlich das vordringlichste und dominierende Thema für die AKNÖ. Darüber hinaus befasste sich die AKNÖ auch mit den Themen Industriepolitik und Teilzeitarbeit. Gleichzeitig hat die AKNÖ ihre große Steuersparaktion durchgeführt, bei der die ArbeitnehmerInnen bei der Durchführung ihrer Arbeitnehmerveranlagung unterstützt wurden.

Dienstleistungen

Betrachtet man die Entwicklung der Steuerrückholaktion der AKNÖ, dann kann man wohl zu Recht von einem der erfolgreichsten Service-Angebote der AKNÖ sprechen. Denn zum wiederholten Mal wurde sowohl ein Teilnehmerlnnenrekord als auch ein Rekord an vom Finanzamt rückerstatteten Beträgen erreicht. In vier Monaten haben 15.504 NiederösterreicherInnen mithilfe der AKNÖ ihre Arbeitnehmerveranlagung gemacht. Das entspricht einem TeilnehmerInnenzuwachs von fast fünf Prozent gegenüber dem Jahr 2013. Dabei wurden insgesamt 13,54 Millionen Euro an Steuergutschriften erreicht - um über zehn Prozent mehr als 2013. Daran kann man auch ablesen, dass sich diese seit zwölf Jahren durchgeführte Aktion auch weiterhin eines ungebrochenen Zulaufs erfreut. In diesem Zeitraum wurden übrigens schon weit über 90 Millionen Euro an Gutschriften für die Mitglieder zurückgeholt und sehr viele von Ihnen wurden motiviert, sich das ihnen zustehende Geld künftig vom Finanzamt zurückzuholen. Neben der Steuerrückholaktion beraten die AKNÖ-Steuerexpertinnen und -experten die Mitglieder auch im laufenden Betrieb zu verschiedensten Steuerfragen. Auch

Steuerrückholaktion der AKNÖ



Die AKNÖ-Steuersparaktion brach 2014 alle Rekorde - auch in Korneuburg, wo AKNÖ-Vizepräsidentin Brigitte Adler (li.) den AKNÖ-Bezirksstellenleiter Alfred Jordan (re.) bei den Steuerspartagen in der AK-Bezirksstelle besuchte.



hier gab es einen Zuwachs bei den Beratungen um rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei konnten für 15.753 Personen fast 843.000 Euro eingebracht werden. Insgesamt betrugen die mit Unterstützung der AKNÖ erreichten Steuerrückzahlungen seitens des Finanzamts über 14,38 Millionen Euro, was einem Zuwachs von knapp zwölf Prozent entspricht.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Wirtschaft

	Anzahl
Beratungen von Mitgliedern im Rahmen der Steuerrückholaktion	15.504
Beratungen von Mitgliedern in Steuerangelegenheiten	15.753
Gesetzesbegutachtungen	92
Gewerberechtliche Stellungnahmen	378

Interessenvertretung

Im Bereich der Interessenvertretung stand 2014 die Forderung nach einer Senkung der Lohnsteuer im Vordergrund der interessenpolitischen Aktivitäten. Die "kalte" Progression machte in den vergangenen Jahren die guten jährlichen Lohnerhöhungen für die Menschen zunichte, wodurch sich immer mehr Menschen immer weniger leisten können. 2014 haben die Lohnsteuereinnahmen erstmals das Aufkommen aus der Umsatzsteuer überholt. Daher unterstützt die NÖ Arbeiterkammer die Lohnsteuerkampagne "Lohnsteuer runter!" des ÖGB und steigert damit auch das Problembewusstsein in der Bevölkerung. Ziel der gemeinsam durchgeführten Kampagne ist es, die Lohnsteuer in Österreich vor allem für niedrige und mittlere Einkommen zu senken, diese damit zu entlasten und die Wirtschaft durch mehr Konsum wieder anzukurbeln. Neben der hohen Steuerbelastung auf Arbeit und der gleichzeitig niedrigen Steuerbelastung auf Vermögen standen 2014 aber noch weitere Schieflagen auf der wirtschafts- und steuerpolitischen Agenda der AKNÖ.

So ortete die AKNÖ etwa bei dem Pendlerpauschale und bei Hortkosten Ungerechtigkeiten. Hier gibt es etwa bei dem Pendlerpauschale je nach Einkommenshöhe Unterschiede bis zu 700 Euro für die nahezu gleiche Bahnstrecke. PendlerInnen und AlleinerzieherInnen mit geringem Einkommen erhalten wenig oder gar nichts vom Finanzamt zurück, gut Verdienende profitieren hingegen wesentlich mehr. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass die Hälfte der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen täglich pendeln muss, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Die Tendenz ist steigend. Daher forderte die AKNÖ 2014 auch gleiches Pendlergeld für alle. Statt Pendlerpauschale sollte es unabhängig vom Gehalt und



Bei einem niederösterreichweiten "Lohnsteuer senken"-Aktionstag informierte auch AKNÖ-Präsident Markus Wieser gemeinsam mit FunktionärInnen die Menschen über das AKNÖ-ÖGB-Lohnsteuermodell und sammelte Unterstützungsunterschriften dafür.

Betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung ConsumentInnenschutz

Wirtschaft

58 | 59

vom Verkehrsmittel ein kilometerabhängiges Pendlergeld als Steuerabsetzbetrag und nicht als Freibetrag geben, damit auch BezieherInnen von unteren und mittleren Einkommen davon profitieren. Andere politische Schwerpunkte waren zudem Mindestlohn und Arbeitszeiten.

Zahlreiche Studien und Analysen unterstreichen nicht nur die wirtschaftspolitische Kompetenz der NÖ Arbeiterkammer, sondern dienen auch als Grundlage, um Probleme und Fehlentwicklungen öffentlich zu thematisieren. Neben der jährlichen Einkommensanalyse wurden auch die Industriepolitik in Österreich und Niederösterreich und regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in Niederösterreich unter die Lupe genommen. Und die AKNÖ-Teilzeitstudie, deren Ergebnisse medienwirksam öffentlich präsentiert wurden, zeigte auf, dass diese Form der Arbeit kontinuierlich zunimmt. Problematisch dabei: Von den 175.000 Teilzeitbeschäftigten in Niederösterreich sind 85 Prozent bzw. 150.000 Frauen. Weiters wurden zahlreiche "Fact Sheets" zu Überstunden, Einkommen, Landwirtschaft, Arbeitsmarkt, Verbraucherpreisindex und Defizit verfasst und im "Monatsbericht" der AKNÖ wurde die langfristige Entwicklung der Konjunktur, des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich aufgezeigt.

Neben der interessenpolitischen Grundlagenarbeit nahm die AKNÖ im Jahr 2014 auch Mitwirkungspflichten in diversen niederösterreichischen Wirtschaftsgremien wahr. Diese umfassten z. B. gewerberechtliche Stellungnahmen und die Beurteilung von Anträgen zur Bewilligung von Landes- und Bundesfördermitteln. Die bei der ecoplus eingebrachten Anträge für Regionalisierungsprojekte wurden seitens der AKNÖ begutachtet. Zudem wirkten AKNÖ-Expertinnen und -Experten bei der Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik neben dem AMS Landesdirektorium auch im Bereich des Territorialen Beschäftigungspaktes (TEP) und bei Arbeitsstiftungen aktiv mit. Dabei wurden auch Arbeitsmarktprojekte mit über 166.600 Euro gefördert. Neben der Erstellung von 92 Gesetzesbegutachtungen fand eine aktive Teilnahme in den Gremien der Wirtschaftsförderung statt.

Ausblick auf 2015

Im Bereich der Grundlagenarbeit und Interessenvertretung ist 2015 sicherlich die Gründung des Forschungsinstituts für Verteilungsfragen an der Wirtschaftsuniversität Wien hervorzuheben, dessen Basisfinanzierung durch AK Wien, AKNÖ und ÖGB sichergestellt wird. Darüber hinaus wird interessenpolitisch die Umsetzung der Lohnsteuerreform ein wichtiges Thema sein. Im Servicebereich wird die Steuerrückholaktion fortgeführt werden.



Die AKNÖ veröffentlichte 2014 eine Studie zum Thema Teilzeitarbeit in Niederösterreich.



Wirtschaftsexpertin Mag.^a Sylvia Feuchtl und ihre Kolleginnen und Kollegen analysieren laufend die wirtschaftlichen Entwicklungen in Niederösterreich und Österreich.

Gesundheit am Arbeitsplatz: Impfen für den Job

SprengmeisterInnen oder DachdeckerInnen sind täglich sichtbaren Gefahren ausgesetzt, die sie durch Vorsicht minimieren können.

Doch in vielen Berufen lauern auch weniger sichtbare Gefahren, denen man nur mit einer Impfung vorbeugen kann.



Impfen ist für viele Beschäftigte eine wichtige Vorbeugungsmaßnahme, um Risiken von Infektionskrankheiten zu minimieren. "Egal ob jemand Archivar oder Kanalarbeiter ist, auf Keime und Viren trifft man überall", weiß AKNÖ-Gesundheitsexperte Dr. Bernhard Rupp. Auch wenn es keine offizielle Liste mit Impfungen für die unterschiedlichen Branchen gibt, können Empfehlungen ausgesprochen werden. Försterlnnen oder Waldarbeiterlnnen sollten sich gegen Tollwut und FSME impfen lassen. Personal mit viel Publikumsverkehr wie Busfahrerlnnen oder in der Kinderbetreuung Beschäftigte sollten immer gegen Diphterie immunisiert sein. Kanalarbeiterlnnen, Installateurlnnen, aber auch Sozial-

arbeiterInnen dürfen nicht vergessen, ihre Hepatitis-Impfung aufzufrischen. Speziell das Personal im Gesundheitswesen sollte sich jedenfalls impfen lassen.

Impfen ist wirksame Vorbeugung

Impfen gehört zu den wirksamsten Vorbeugemaßnahmen gegen Infektionskrankheiten. Viele dieser Krankheiten werden unterschätzt, obwohl es oft keine wirksame Behandlung gegen sie gibt, sie mit schweren Komplikationen einhergehen, eventuell bleibende Schäden verursachen oder tödlich verlaufen. Impfungen helfen, diese Risiken weitgehend zu vermeiden.

Weigerung kann Folgen haben

Auch wenn es keine Impfpflicht gibt, kann eine beharrliche Weigerung Folgen haben. So können in manchen Fällen nicht geimpfte ArbeitnehmerInnen für die bisherige Tätigkeit nicht mehr eingesetzt werden. Es kann zu Vertragsänderungen, Versetzungen oder gar Entlassungen wegen Dienstunfähigkeit kommen. Dabei werden die Kosten für die Impfung im Einzelfall aufgrund der arbeitsrechtlichen Fürsorgepflicht vom Arbeitgeber übernommen. "Dennoch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass nicht gegen alle Risiken in der Arbeitswelt Impfungen verfügbar sind. Hier sollten technische Schutzmaßnahmen oder Schutzkleidung verwendet werden", erklärt Rupp.

Wichtige Impfungen

Schutzimpfungen gehören heute zu den wirksamsten Vorbeugungsmaßnahmen gegen Infektionskrankheiten. Schutzimpfungen schützen sowohl
das Individuum als auch die Gemeinschaft. Für ArbeitnehmerInnen wichtigste Schutzimpfungen sind:

- Tetanus: alle, die mit Tieren oder Erde in Kontakt kommen. GärtnerInnen, WaldarbeiterInnen, Tierärztinne und -ärzte etc.
- Hepatitis A: Kanalisations- und KlärarbeiterInnen, InstallateurInnen, Küchenpersonal etc.

 Personal im
- Hepatitis B: MüllentsorgerInnen, Reinigungspersonal, Personal im Gesundheitswesen etc.



Wirtschaft

Gesundheit

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen Kultur, Freizeit und Sport

Gesundheit

60 | 61

Schwerpunkte

Jeder achte Arbeitsplatz befindet sich im Gesundheitsbereich – Tendenz steigend! Dementsprechend verstärkte die AKNÖ 2014 dort ihre Aktivitäten. Im Fokus standen sowohl die berufliche Situation der ArbeitnehmerInnen in Gesundheits- und Sozialberufen als auch die Gesundheitsreform mit ihren Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Niederösterreich. Im Zentrum standen die Versorgungssituation im stationären und mobilen Bereich, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Analyse, Kritik und Kommunikation von Neuerungen im Berufsrecht der medizinischen Assistenzberufe und die Analyse und Fachinformation zur geplanten Akademisierung ausgewählter Gesundheitsberufe. Des Weiteren befasste sich die AKNÖ auch mit den arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen einer alternden Gesellschaft.

Besonderer Wert wurde auf die Verstärkung und Fortsetzung von Kooperationen gelegt. Die Zusammenarbeit mit der PatientInnenanwaltschaft, der Caritas Wien, der Ärztekammer NÖ, der ARGE Chance, den NÖ Fachhochschulen sowie der Donau-Universität Krems wurde ebenso weitergeführt wie mit der ÖGB-ARGE-Fachgruppenvereinigung der Gesundheitsund Sozialberufe, dem Arbeitsinspektorat, der Wirtschaftskammer, den Krankenversicherungsträgern und internationalen wissenschaftlichen gesundheitspolitischen Initiativen.

Dienstleistungen

Das Aus- und Weiterbildungsangebot im Bereich des Gesundheitswesen und des ArbeitnehmerInnenschutzes ist auch im Jahr 2014 qualitativ ausgebaut worden. Die AKNÖ-Sicherheits- und -Gesundheitsakademie (SIGE) bot im Rahmen von 20 Veranstaltungen insgesamt 298 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, ihr Wissen in den verschiedenen Disziplinen,

Leistungen im Bereich Gesundheit

	Anzahl
Gesundheitsberatungen	553
Veranstaltungen Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)	20
Gesetzesbegutachtungen	21
Auflage Zeitung AM PULS (5/Jahr)	198.446
Sonstige Veranstaltungen	9
BesucherInnen bei sonstigen Veranstaltungen	294

SPEZIALSEMINARE DER SIGE FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALBETREUUNGSBERUFE

- Aktiv altern
- Aktiv gesund:
 Balance im Leben und am
 Arbeitsplatz
- Berufsrecht und Haftung
- Ergonomie:
- Umgang mit körperlichen Belastungen
- Heben und Tragen in der Pflege
- Psychische Belastungen am Arbeitsplatz (Stress)
- Teamcoaching und Fallbesprechungen
- Mobile Pflege und Betreuung
- Sicher und gesund: praktischer Umgang mit dem Leitfaden – Erfahrungsaustausch
- MAB-Gesetz NEU
- Neues Berufsrecht für die Ordinationsassistenz
- Sag einfach NEIN und fühl dich gut dabei



Die AKNÖ-Sicherheitsakademie bot 298 ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihr Wissen über Psychohygiene, Arbeitsmedizin und –psychologie, Sicherheit am Arbeitsplatz und "gesundes Führen" zu erweitern.



Aufgrund der hohen Nachfrage nach der Zeitschrift AM PULS gab es 2014 eine zusätzliche fünfte Ausgabe.

wie Psychohygiene, Arbeitsmedizin und -psychologie, Sicherheit am Arbeitsplatz und "gesundes Führen", zu erweitern und zu vertiefen. Wesentlich waren hier neue Angebote, in denen mit Theorievielfalt und praktischen Übungen der Blick auf die Wissenserweiterung, Ressourcenstärkung und Förderung der Resilienz gelenkt wurde, z. B. in den Bereichen aktives und gesundes Altern, Supervision und Coachings für Gesundheitsberufe, Abgrenzung und Selbstbestimmung im beruflichen Alltag, Umsetzung des Leitfadens für die mobile Pflege und Rechtsinformationen – etwa zur Novelle des Medizinischen Assistenzberufe-Gesetzes (MABG).

Zusätzlich zum Ausbildungsangebot gehören auch die Beratungen zu den wesentlichen Dienstleistungen, die die AKNÖ ihren Mitgliedern bietet. Zentrale und diffizile Fragestellungen waren hierbei die Änderungen im Berufsrecht, ganz besonders im MABG. Hier sind die größte Gruppe der Anfragenden die in Niederösterreich tätigen Sprechstundenhilfen und OrdinationsassistentInnen und die diplomierten medizinisch-technischen Fachkräfte. Viele Beratungen befassten sich mit Möglichkeiten zur Verringerung der emotionalen Erschöpfung, mit der ergonomisch richtigen Gestaltung von Arbeitsplätzen und mit finanziellen oder zeitlichen Ansprüchen auf Ersatz für Arbeitskleidung oder Fortbildungsaktivitäten. Außerdem sollen drei große Veranstaltungen im Gesundheitsbereich für das Jahr 2014 exemplarisch genannt werden: Der "4. Tag der NÖ Gesundheitsberufe", der gemeinsam mit der NÖ Ärztekammer durchgeführt wurde, weiters die zweitägige Frauenmesse "Gesundheit für Sie", die gemeinsam mit niederösterreichischen Gesundheitspartnern stattfand und die niederösterreichweiten Spezialveranstaltungen in Kooperation mit dem OrdinationsassistentInnenverband für alle von den Änderungen der MABG-Novelle betroffenen Erwerbstätigen.

Die Zeitung für Gesundheitsberufe AM PULS stieß im Jahr 2014 aufgrund der brisanten Themen auf großes Interesse. Im Berichtsjahr wurde erstmals auch eine fünfte Nummer des Blatts herausgegeben. Die Gesamtauflage betrug rund 200.000 Exemplare. Zudem wurden Broschüren – wie etwa der Leitfaden für die mobile Pflege und Betreuung – und Unterlagen zur Gesundheitsförderung an AKNÖ-Mitglieder verschickt. Die Downloads von gesundheitsorientierten Informationsmaterialien von der AKNÖ-Website verzeichneten einen Anstieg.

Interessenvertretung

Die AKNÖ-Gesundheitsexpertinnen und -experten haben 21 Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen unter anderem zur GuKG- und MTD-Novelle, zum Ärztegesetz, zum Fortpflanzungsmedizingesetz und insbesondere auch zur MABG-Novelle durchgeführt. Wei-



Beim "4. Tag der NÖ Gesundheitsberufe" in St. Pölten wurden in Workshops Probleme und Lösungsansätze im Gesundheitsbereich diskutiert.

KonsumentInnenschutz Wirtschaft

Gesundheit

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen Kultur, Freizeit und Sport

62 | 63

ters wurde die AKNÖ auch zu Stellungsnahmen hinsichtlich der Änderung der Apothekenöffnungszeiten eingeladen. Ebenso war die NÖ Arbeiterkammer auch an der Entsendung von PrüfungsbeisitzerInnen für die kommissionellen Abschlussprüfungen, Wiederholungsprüfungen und Aufnahmeprüfungen nach den verschiedenen Berufsgesetzen der nicht ärztlichen Gesundheitsberufe beteiligt. Gemeinsam mit der NÖ Ärztekammer wurde an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des ärztlichen und nicht ärztlichen Personals gearbeitet. Daneben war die AKNÖ an der Entwicklung von Ideen zur Umsetzung des "Nationalen Aktionsplans für Bewegung (NAP.b)" beteiligt.

Weitere interessenpolitische Zusammenarbeiten erfolgten bei den Nachfolgeaktivitäten zum Projekt "Invalidität im Wandel II" des BMASK, beim Projekt "Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen" und auf der Plattform der WKO zum Thema Gesundheitswirtschaft respektive zur Evaluierung der psychischen Belastungen. Zudem beteiligte sich die AKNÖ maßgeblich an der weiteren Etablierung und Erhaltung des Pflegekonsiliums – der Plattform der Berufsverbände für Pflege und der Arbeiterkammern – und auf der niederösterreichischen Plattform für "Betriebliche Intervention und Gesundheitsförderung".

Ausblick auf 2015

Die Arbeitssituation der in den Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen Beschäftigten und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung werden auch 2015 im Mittelpunkt der Aktivitäten der AKNÖ stehen. Dabei werden Fragen des betrieblichen Eingliederungsmanagements, der Barrierefreiheit, die Pflegereform und die alternsgerechte Anpassung der Arbeitswelt im Vordergrund stehen. Ein praxisbezogener Rechtskommentar zum MABG ist unter intensiver Mitarbeit der AKNÖ in Arbeit und wird im ÖGB-Verlag erscheinen.

Weitere Themen für 2015: die Berufsrechte der Gesundheitsberufe, eine Wissenschaftsstrategie für nicht ärztliche Gesundheitsberufe, Barrierefreiheit im Zusammenhang mit Krankenversorgung und Pflege, der konstruktive Umgang mit Gesundheitsbelastungen – insbesondere auch der älteren ArbeitnehmerInnen und besonderer Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche, Kinder und MigrantInnen –, die Chancen und Grenzen der beruflichen Integration nach langen Zeiten von gesundheitsbedingten Berufsunterbrechungen und bei chronischen Krankheiten, Arbeits- und Organisationspsychologie respektive Vorarbeiten und Maßnahmen für den Erhalt der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz, die Umsetzung der Gesundheitsreform und die Analyse des Gesundheitswesens als dominantem Wirtschaftsfaktor in Niederösterreich.

Gemeinsam mit der NÖ Ärztekammer wurde an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des ärztlichen und nicht ärztlichen Personals gearbeitet.



Die Situation der Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind wichtige Anliegen der AKNÖ.

Wertvolle Ressource Boden -Grundlage für Arbeit und Leben

Boden ist die Grundlage für unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften. Grund genug für die AKNÖ-Fachleute, um sich im Rahmen einer Studie mit den Auswirkungen von verschiedensten Flächennutzungen auf die Umwelt, die Wirtschaft und die Menschen zu befassen.



Von 2002 bis 2012 ist die Größe der Bau- und Verkehrsflächen in Niederösterreich von 1.172 auf 1.311 km² gewachsen.

Die für Bau- und Verkehrsflächen in Niederösterreich beanspruchte Fläche wird kontinuierlich größer. Das zeigt die AKNÖ-Studie "Bodenlos?". "Von 2002 bis 2012 ist die Größe der Bau- und Verkehrsflächen in Niederösterreich von 1.172 auf 1.311 km² gestiegen. Das ist eine Zunahme von fünf bis sechs Fußballfeldern täglich," sagt Studienautor Mag. Jürgen Lanegger. Hauptursachen für diese Entwicklung sind der steigende Lebensstandard, der Trend zu Klein- und Singlehaushalten und mehr Ferien- und Zweitwohnsitze. "Die Konkurrenz der Gemeinden um Betriebsansiedelun-

gen und Bevölkerungszuwachs kombiniert mit einem Versagen von Bodenmarkt und Bodenpolitik tragen ihr Übriges bei", erklärt Lanegger.

Folgen für Umwelt und Wirtschaft

Das hat Folgen, wie etwa den Verlust der CO₂- und Wasserspeicherkapazität und der biologischen Vielfalt, Veränderungen im Mikroklima sowie den Entzug von Flächen für die Land- und Forstwirtschaft. Dazu kommen noch die erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten für Infrastrukturinvestitionen und -erhalt und die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den dezentralen Betrieb öffentlicher sozialer Dienste. "Kosten entstehen auch aufgrund höherer Mobilitätserfordernisse, in Form von Gesundheitskosten, durch Verkehr oder etwa den höheren Energiebedarf für Raumwärme", erklärt der AKNÖ-Experte.

Bessere Planung notwendig

Der Schlüssel für eine Verbesserung der Situation liegt in der Raumplanung und -entwicklung. "Dazu zählen etwa auch aktives Baulandmobilisie-Flächenmanagement, rung, nach innen orientierte Siedlungsentwicklung, überregionale Vorrangflächen in Bezug auf andere Bodenfunktionen, eine gesetzliche Verankerung des schonenden Umgangs mit Boden und eine stärkere Berücksichtigung der natürlichen Bodenfunktionen bei UVP-Verfahren", weiß Lanegger.

Zahlen und Fakten



- Davon sind 58 Prozent Siedlungsraum, 42 Prozent Wälder, Gewässer, alpines Grünland, Ödland
- Bau und Verkehrsflächen in NÖ 2002: 1.172 km²
- Bau und Verkehrsflächen in NÖ 2012: 1.311 km
- Gesamtzunahme der verbauten Fläche in NÖ 2002 bis 2012: 139 km² (= tägliche Zunahme von 3,8 ha oder fünf bis sechs Fußballfeldern)
- Folgekosten ungesteuerter Siedlungsentwicklung am Beispiel Investitionsvolumen für Straßenbau, Wasser- und Abwasserversorgung 1991 bis 2010: 19,3 Milliarden Euro



KonsumentInnenschutz Wirtschaft Gesundheit

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

Kultur, Freizeit und Sport

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

64 | 65

Schwerpunkte

Im Rahmen ihrer interessenpolitischen Tätigkeiten setzte sich die AKNÖ für eine umfassende, hochwertige, effiziente, sozial orientierte und für alle leistbare Versorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Dienstleistungen, wie Bahn- und öffentlicher Personennahverkehr, Energie, Wasser, Müllabfuhr und Kindergärten, ein.

Dienstleistungen

Die AKNÖ stellt mit ihrem Bezirksstellennetz und zahlreichen Expertinnen und -Experten eine wesentliche Anlaufstelle dar, wenn es um allgemeine rechtliche Auskünfte oder etwa auch um Anliegen der PendlerInnen oder um Probleme mit Grundwasser und Lebensmitteln geht.

Neben rund 220.000 Kundlnnenkontakten in den 21 Bezirksstellen und den Fachabteilungen der AKNÖ wurden über 560 Fachberatungen zu den Themen "Pendeln", "Umwelt", "Energie", "Verkehr" und "öffentliche Leistungen" durchgeführt. Die Mitglieder informierten sich über die Wasser- und Lebensmittelqualität sowie über das Abfallwirtschaftsgesetz und die Müll-, Kanal- und Wassergebühren. Und wiederholt wurde von AK-Mitgliedern Unmut über die in Niederösterreich eingehobene Seuchenvorsorgegebühr geäußert.

In regelmäßigen Kontakten mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und dem Verkehrsverbund Ostregion (VOR) wurden die Probleme der niederösterreichischen PendlerInnen diskutiert und die NÖ Arbeiterkammer hatte dabei die Möglichkeit, auf Probleme aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern. PendlerInnen, welche keinen Zugang zum Internet hatten, wurden mit Fahrplaninformationen versorgt, die ausgedruckt und per Post übermittelt wurden.

Zusätzlich zu den Beratungen hat die AKNÖ aber auch direkte finanzielle Unterstützung für die Mitglieder geleistet, die unverschuldet, etwa durch Naturereignisse, in eine große Notlage geraten sind. So kam auch 2014 wieder die Direkthilfe für vom Hochwasser betroffene AKNÖ-Mitglieder zum Einsatz. Diese finanzielle Unterstützung kann rasch und unkompliziert über die 21 Bezirksstellen der AKNÖ beantragt werden. Das Hochwasser hat auch 2014 wieder verheerende Schäden in Teilen Niederösterreichs angerichtet. Am schlimmsten betroffen davon war der Bezirk St. Pölten. Die NÖ Arbeiterkammer reagierte rasch und konnte ihren Mitgliedern unbürokratisch mit bis zu 1.000 Euro helfen. So konnten die Betroffenen dringend

560 Mitglieder erkundigten sich bei den AKNÖ-ExpertInnen und -Experten über Umwelt-, Energie- und Verkehrsbelange.



notwendige Haushaltsgeräte ersetzen und notwendige Malerarbeiten oder andere Reparaturen finanzieren. Insgesamt wurden in den Bezirken St. Pölten, Mistelbach, Lilienfeld, Krems, Korneuburg und Hollabrunn 26.200 Euro an 45 Mitglieder ausbezahlt.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Bereich Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

	Anzahl
Auskünfte (Kundenkontakte)	219.798
Beratung sonstige Themen	317
Beratung Umwelt, Energie, Verkehr	197
Beratungen von PendlerInnen	53
Gesetzesbegutachtungen	146
Einsätze als LaienrichterInnen	387
Ehrungen von JubilarInnen	144

Ein weiteres Angebot, das von den Mitgliedern sehr gut in Anspruch genommen wurde, waren die gemeinsam mit der Notariatskammer durchgeführten Informationsveranstaltungen. Dabei erhielten die BesucherInnen gratis Tipps von NotarInnen rund ums Thema Schenken und Vererben, aber auch zu Fragen des Familienrechts. Der Eintritt zu den Informationsveranstaltungen war frei. 2014 haben sieben Kooperationsveranstaltungen mit NotarInnen in den Bezirksstellen Lilienfeld, St. Pölten, Tulln, Hainburg, Korneuburg, Mödling und Neunkirchen stattgefunden. Insgesamt haben 468 Personen die Veranstaltungen besucht.

Interessenvertretung

Das "Dialogforum Hirschwang" hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Fixpunkt für Grundlagenarbeit und Interessenvertretung der AKNÖ entwickelt. Die Veranstaltung ist zu einer fest etablierten Begegnungsstätte von ArbeitnehmervertreterInnen und WissenschaftlerInnen geworden. Unter dem Motto "Mehr von allem – Arbeit, Leben, Geld" wurde im Herbst 2014 die Arbeitswelt im Spannungsfeld zwischen optimistischen Erwartungen und prekären Realitäten diskutiert. In insgesamt fünf Workshops wurden dabei die Themen Flexibilisierung/ Prekarisierung, Berufseinstieg, gute Arbeit, Wert der Arbeit und "neues Arbeiten" von den TeilnehmerInnen beleuchtet. Die Ergebnisse der Workshops wurden Ende des Jahres in einem Tagungsband publiziert.



Das Dialogforum Hirschwang stellt einen Beitrag zur Grundlagenforschung der AKNÖ dar. 2014 wurde die Arbeitswelt im Spannungsfeld zwischen optimistischen Erwartungen und prekären Realitäten diskutiert.

KonsumentInnenschutz

Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen

66 | 67

Ebenso wie die Expertise der AKNÖ-Fachleute von WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen sehr geschätzt wird, so ist sie auch aus dem politischen Diskurs in Niederösterreich nicht mehr wegzudenken. 2014 haben etwa die AKNÖ-Expertinnen und -Experten eine Analyse der Flächeninanspruchnahme in Österreich und Niederösterreich erstellt und Maßnahmen für einen schonenden Umgang mit der endlichen Ressource Boden entwickelt.

Die AKNÖ hat auch im Jahr 2014 die Dokumentation und Analyse des Angebots an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen fortgesetzt. Durch die Darstellung der Kinderbetreuungslandschaft auf Bezirksebene werden regionale Disparitäten und Handlungsfelder für (politische) EntscheidungsträgerInnen und die interessierte Öffentlichkeit thematisiert. Die Analyse zeigte: Handlungsbedarf zeigt sich noch immer bei der Betreuungssituation der unter 2,5-Jährigen und bei den täglichen Öffnungszeiten der Kindergärten und deren Schließtagen in den Ferien. Die AKNÖ fordert hier mehr Engagement des Landes.

Im Verkehrsbereich war die AKNÖ in Begutachtungsverfahren für Konzessionserteilungen und -enthebungen von Kraftfahrlinien eingebunden. Darüber hinaus arbeiteten die ExpertInnen intensiv an der Erstellung der AKNÖ-PendlerInnenstudie 2014, die die aktuellsten PendlerInnenströme in Niederösterreich analysiert und abbildet.

Die AKNÖ-VertreterInnen leisteten bei der Beurteilung von Umweltgütekriterien und Lebensmittelgütezeichen sowie in der Gentechnikkommission wertvolle Arbeit. Darüber hinaus sind AKNÖ-MitarbeiterInnen 387-mal als LaienrichterInnen im Einsatz gewesen und haben im Bereich Gesellschaftspolitik und öffentliche Leistungen 146 Gesetzesbegutachtungen durchgeführt.

Ausblick auf 2015

Für Niederösterreich als Land der PendlerInnen sind aktuelle Daten zu den PendlerInnenströmen eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Im Frühjahr 2015 wird die aktuelle PendlerInnenanalyse 2014 präsentiert werden. Sie wird für die Erarbeitung von verkehrspolitischen Standpunkten und Forderungen für die Ostregion herangezogen werden. Darüber hinaus werden Leuchtturmprojekte gemeinsam mit dem Energiekonzern EVN zum Thema "Energieeffizienz gegen Energiearmut" in St. Pölten, Wiener Neustadt, Krems und Amstetten umgesetzt. In weiteren Kooperationen mit diversen wissenschaftlichen Einrichtungen werden Diplomarbeiten, Bachelor- und Masterarbeiten, die sich mit arbeitnehmerInnenrelevanten Problemen beschäftigen, gefördert.



Die AKNÖ veröffentlichte 2014 eine Studie zur Flächeninanspruchnahme in Österreich.



Die Kinderbetreuungsanalyse 2014 zeigte: Es herrscht Handlungsbedarf bei der Betreuungssituation der unter 2,5-Jährigen.

Splash Hard am Ratzersdorfer See!

Beim großen Open-Air-Sommerevent von AKNÖ und ÖGJ am Ratzersdorfer See in St. Pölten wurde geblobbt, gebaggert, gechillt und gerockt. 1.500 Jugendliche kamen und hatten ihren Spaß.



Viel Spaß hatten die BesucherInnen vor allem bei der Trendsportart Blobbing.

Trendsportangebote, kostenlose Livekonzerte lokaler Bands und die Sängerin und Songwriterin Anna F. lockten 1.500 BesucherInnen zur "Splash Hard"-Party an den Ratzersdorfer See. Für die Organisatoren NÖ Arbeiterkammer und Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) war dieses Sommerevent ein wirklich schöner Erfolg, der 2015 seine Fortsetzung finden wird.

Sport, Spiel und Spaß

Sportbegeisterte konnten Funsportarten wie Blobbing und Bullriding ausprobieren. Blobbing entwickelte sich sogar zum absoluten Publikumsmagneten. Manche Blobber hatten so viel Spaß, dass sie es

mehrfach hintereinander ausprobierten. Es wurde zwar nicht der aktuelle Höhenweltrekord von 22 Meter übertroffen, aber es gab einige beachtlich hohe Sprünge.

Kampfgeist bei Team-Turnieren

Beim Volleyball- und beim Streetball-Turnier wurde von den verschiedenen Teams jede Menge Kampfgeist gezeigt. Das Team "Pink Panther" mit Wolfgang und Claudia Salzlechner, Lisa Lanzenbacher, Barbara Höfner und Hermann Steyrer sicherte sich den Volleyball-Turnier-Sieg. Fair ging es beim Streetball-Turnier zu. Dieses konnte das Team "Ukj St. Pölten" mit Robert Stadler und Florian Ribisch für sich entscheiden. AKNÖ-Präsident Markus Wieser gratulierte den Sieger-Teams persönlich und überreichte die Preise.

Tolle Music Acts

Music Acts lokaler Bands wie Tom Gomez, Harry Stöckl & Georg Gruber, Chill-ill, Monsterheart und Lukascher sorgten am Nachmittag für gute Stimmung. Und am Abend rockte dann Anna F. die Eventbühne am See und verzauberte das Publikum.

Kooperation mit Jugendzentren

Möglich war dieses Event auch dank der vielen Kooperationspartner der AKNÖ, wie etwa der Jugendzentren frei:raum und Steppenwolf sowie der Kinderfreunde und der Stadtgemeinde St. Pölten.

Steckbrief Splash Hard 2014

- Datum: 12. Juli 2014
- Ort: Ratzersdorfer See, St. Pölten
- Zeit: 13 bis 23 Uhr
- 1.500 BesucherInnen
- Music Acts: Anna F., Tom Gomez, Harry Stöckl & Georg Gruber, Monsterheart, Chill-ill, Lukascher
- Teamwettbewerbe: Streetball, Beachvolleyball
- Funsportarten: Blobbing, Bullriding
- Kostenloses Shuttle-Service vom Bahnhof St. Pölten zum See



Gesundheit
Gesellschaft, Politik und öffentliche Leistungen
Kultur. Freizeit und Sport

Kultur, Freizeit und Sport

68 | 69

Schwerpunkte

Im Jahr 2014 hat die AKNÖ die "AKNÖ/ÖGB-Familienfest"-Reihe in allen vier niederösterreichischen Vierteln erfolgreich fortgeführt: 5.500 BesucherInnen kamen zu diesen Events. Ebenfalls fortgeführt wurde der im Jahr 2013 als Pilotprojekt gestartete AKNÖ/ÖGB-Kart-Grand-Prix. Dieser fand 2014 fünfmal in den verschiedenen Regionen Niederösterreichs statt: Dabei nahmen am Bewerb 780 RennfahrerInnen teil! Daneben erfreuten sich die Betriebssportangebote der AKNÖ einer regen Teilnahme.

Wintersporttage

2014 meinte es der Wettergott nicht gut mit den beliebten AKNÖ/ÖGB-Wintersporttagen. Es konnte von den geplanten vier Wintersporttagen wetterbedingt nur einer – in Karlstift – abgehalten werden. Dieser bot aber dann alles, was das Herz begehrt: von Gratis-Skifahren, über -Snowboarden bis hin zu -Langlaufen war alles dabei. 250 Mitglieder nutzten das Angebot.



Am Kart-Grand-Prix von AKNÖ und ÖGB nahmen 780 RennfahrerInnen teil.

Sportbewerbe

Ob beim Betriebsfußballcup oder bei den Kegelmeisterschaften – was bei den Sportbewerben von AKNÖ und ÖGB zählt, sind Spielfreude, Ehrgeiz und Teamplay. Daneben veranstaltete die AKNÖ auch einen Hallenfußballcup für SeniorInnen und eine Stocksportmeisterschaft. Dabei wurden weit über 100 einzelne Sportveranstaltungen organisiert. Insgesamt nahmen an den Sportbewerben inklusive der fünf Wettbewerbe des AKNÖ-Kart-Grand-Prix über 3.800 Personen teil.

Fackelwanderungen und Sportartikelbörse

Als zusätzliche Services in Kooperation mit den AKNÖ-Bezirksstellen standen 2014 am Programm: eine Fackelwanderung in Gmünd mit 170 TeilnehmerInnen und eine Sportartikeltauschbörse, die von rund 500 Personen genutzt wurde.

Kulturveranstaltungen

Im Kulturbereich hat die AKNÖ 2014 das neue, auf Sponsoring basierende Kulturprogramm fortgeführt. Die AKNÖ hat dabei mit zahlreichen Kulturschaffenden in Niederösterreich sowie mit Gemeinden, Kulturvereinen und Wirtshausbühnen Kooperationen vereinbart, die es den AKNÖ-Mitgliedern ermöglichen, Kultur zu einem leistbaren Preis in Anspruch zu nehmen. Insgesamt wurden 534 Veranstaltungen von 29 Partnern mit 59.350 Euro finanziell unterstützt. Das AKNÖ-Kulturangebot nutzten über 130.000 Personen. Davon haben 17.693 Personen den Mitgliedsausweis, die AKNÖ-Servicekarte, eingesetzt, um einen Rabatt von bis zu 20 Prozent beim Kauf der Eintrittskarten zu erhalten.

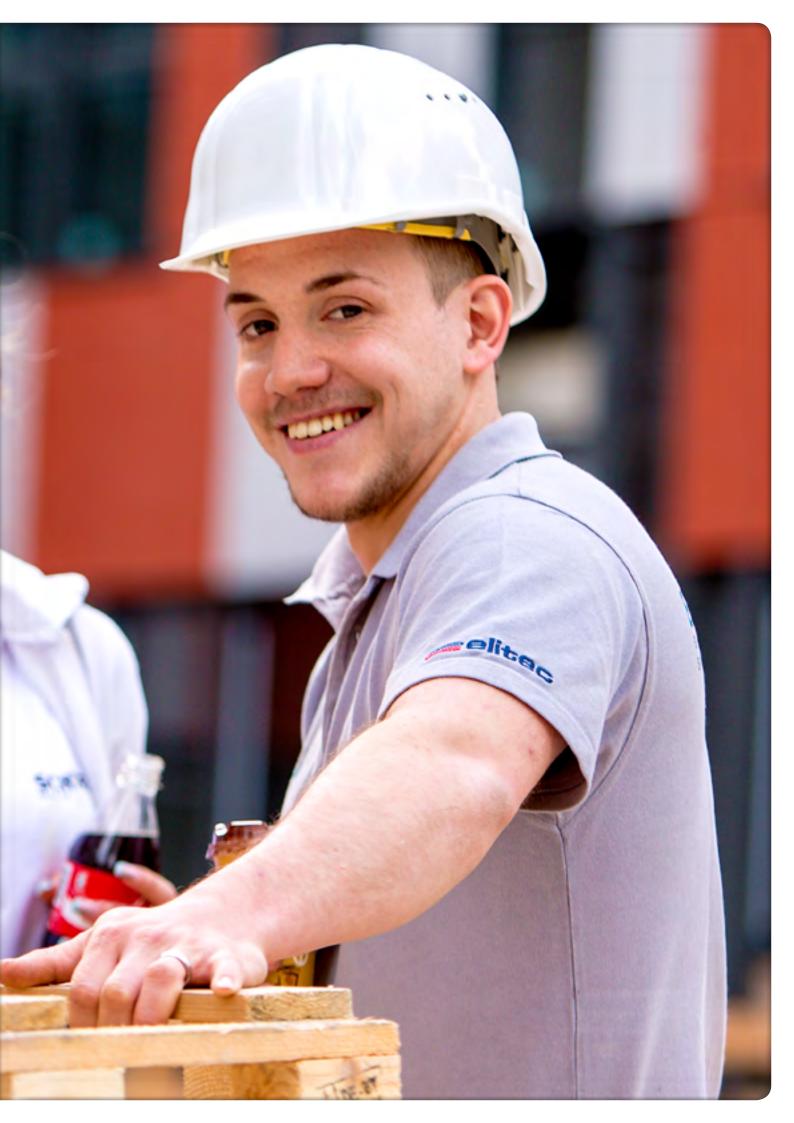


Die AKNÖ sponserte 534 Kulturveranstaltungen in Niederösterreich.

Leistungen im Bereich Kultur, Freizeit und Sport

	Anzahl
TeilnehmerInnen bei vier Veranstaltungen "AKNÖ/ÖGB-Familienfest"	5.500
TeilnehmerInnen Sportwettbewerbe	3.831
TeilnehmerInnen bei einem Wintersporttag	250





Standortentwicklung St. Pölten

Sichtbare Fortschritte

Das Bauprojekt für das ArbeitnehmerInnen-Zentrum (ANZ) in der Herzogenburger Straße in St. Pölten ist 2014 in die finale Phase gelangt. Der Hochbau für das Büro- und Veranstaltungsgebäude konnte am 7. Jänner 2014 starten, schon acht Monate später wurde die Dachgleiche gefeiert. Die am Gelände angesiedelten Einrichtungen Jugendzentrum Steppenwolf und Kulturhalle frei:raum wurden im Frühjahr feierlich eröffnet. Das Parkdeck hat ebenfalls bereits seinen Betrieb aufgenommen. Tag für Tag ist im Jahr 2014 der rasche Fortschritt des Großprojekts sichtbarer geworden.

Von der Grundsteinlegung zur Gleichenfeier

Für den Bau des ArbeitnehmerInnen-Zentrums war die milde Witterung des Winters 2013/14 vorteilhaft. So konnte der österreichische Totalunternehmer, das Baukonsortium Gerstl/Steiner, der sich in einer europaweiten Ausschreibung durchgesetzt hatte, gleich nach der Vertragsunterzeichnung im Jänner 2014 die Arbeit aufnehmen. Gestartet wurde mit den letzten Abrissarbeiten der noch verbliebenen Teile des ehemaligen Schlachthofs und den weiteren Aushubarbeiten am Gelände. Diese Teile des Schlachthofs waren stehen geblieben, um den durchgehenden Betrieb der Jugendeinrichtungen zu gewährleisten. Der Erhalt der Jugendeinrichtungen am Gelände war Bestandteil des Vertrages mit der Stadt St. Pölten, der Abriss und der Neubau wurden nach einer eingehenden Prüfung als beste Lösungen erarbeitet.

Bereits am 6. März 2014 konnte die AK gemeinsam mit den Baufirmen Gerstl und Steiner dann zur feierlichen Grundsteinlegung einladen. Auch wenn die Wände und Decken des neuen Hauses in Stahlbeton-Skelettbauweise geplant wurden, wurde ein einziger klassischer Ziegel, gesponsert von der Firma Wienerberger, im Fundament eingebettet. Der Ziegel symbolisiert die nachhaltige Erinnerung an den denkwürdigen Tag. "Der Grundstein steht für das Fundament, auf dem wir unser Gebäude bauen. Für uns ist er darüber hinaus auch ein Zeichen für die hervorragende Unterstützung, die die Arbeiterkammer bei ihrem Neubau durch



Unterstützt vom jüngsten Lehrling auf der Baustelle, Martin Wegenberger (16), und dem ältesten und erfahrendsten Bauarbeiter, Max Ribic (61), verlegten Bürgermeister Mag. Matthias Stadler, AKNÖ-Präsident Markus Wieser, Direktor Mag. Helmut Guth und Ing. Ferdinand Stadler den Grundstein für das ANZ.

Sichtbare Fortschritte

72 | 73



Im Eiltempo wurde in den Monaten nach der Grundsteinlegung der Hochbau des neuen ArbeitnehmerInnen-Zentrums errichtet.

die Stadt St. Pölten erhält", führte AKNÖ-Präsident Markus Wieser beim Festakt aus. Er freute sich daher, den Grundstein gemeinsam mit dem Bürgermeister Mag. Matthias Stadler zu legen. "Das ist nicht nur die Basis für das Bauvorhaben, sondern auch ein Auftakt für weitere erfolgreiche Kooperationen – im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das neu errichtete Arbeitnehmerlnnen-Zentrum von AK und ÖGB soll ein fester Bestandteil im Leben der St. Pöltner werden," erklärte der Bürgermeister.



Die Kräne waren weithin sichtbares Zeichen der regen Bautätigkeit in der Herzogenburger Straße.

Die feierliche Grundsteinlegung bedeutete allerdings nur ein kurzes Innehalten am Bau, im Eiltempo wurde in den folgenden Monaten der Hochbau errichtet. Drei Kräne waren weithin sichtbare Zeichen der regen Bautätigkeit. Eindrucksvolle 40.000 m³ Schalungen wurden eingesetzt, damit rund 11.550 m³ Beton in die Höhe wachsen konnten. Rund 1.100 Tonnen Stahl wurden für die Bewehrung des Gebäudes verwendet, ein standhafter Bau für viele Jahre.

Das Dach des ANZ ist ein sogenanntes Umkehrdach. Die Isolation liegt oberhalb der Decke und wird zukünftig einer Fotovoltaikanlage und Grünflächen Platz bieten.



Schon im Herbst konnte das Gebäude "dicht" gemacht werden, das Flachdach wurde fertig. Es ist ein sogenanntes Umkehrdach. Bei diesem Verfahren liegen die Isolationen oberhalb der Decke, was sich in der Praxis seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts immer öfter für große Dachflächen durchsetzt. Künftig wird die Fläche, die ca. zwei Fußballfelder groß ist, Platz für eine Fotovoltaikanlage bieten, aber auch extensiv begrünt werden.

Die Hochbauarbeiten wurden vier Wochen vor Plan finalisiert und die Gleichenfeier fand bereits am 15. Oktober 2014 statt. Erstmals konnte der große Saal des Gebäudes für eine Festveranstaltung genutzt werden. Ab 2016 wird dieser Saal die Tagungen des Parlaments der ArbeitnehmerInnen und zahlreiche andere Veranstaltungen beherbergen. Das Besondere



Gleichenfeier nach 212 Tagen

an diesem Saal wurde bereits bei der Gleichenfeier erkennbar: Er wird beste Sichtverhältnisse bieten, weil er stützenfrei mittels Hohldielendecke errichtet wird. Bis zu 450 Personen werden künftig Platz finden, schon bei der Gleichenfeier kamen neben rund 80 Bauarbeitern zahlreiche Kammerrätinnen und Kammerräte, die Verantwortlichen der Stadt und des ÖGB NÖ, dessen Landesorganisation ebenfalls in das Gebäude einzieht. AKNÖ-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser betonte daher in seiner Ansprache, dass das gesamte ArbeitnehmerInnen-Zentrum ein Ort der Begegnung werde. Bürgermeister Mag. Matthias Stadler erinnerte in Anlehnung an ein Zitat von Willy Brandt, dass man am besten die Zukunft vorhersagen könne, wenn man sie selbst gestalte: "AK und ÖGB zeigen ihre starke Gestaltungskraft mit diesem richtungsweisenden Bau." Aber auch wenn der moderne Bau den Expertinnen und Experten die Arbeit von übermorgen ermöglichen wird, Ing. Reinhard Egger erinnerte in seiner Ansprache seitens des Totalunternehmers an die Nachhaltigkeit des Baus: "Wer kann schon von seiner Arbeit sagen, dass sie noch in Jahrzehnten sichtbar ist? Die Bauarbeiter dieses Gebäudes werden ihre Arbeit noch folgenden Generationen zeigen können."



Die Gleichenfeier fand vier Wochen vor Plan am 15. Oktober 2014 statt.

Nachhaltiges Bauen kennzeichnet das Gebäude

Nach der erfolgreichen Gleichenfeier mit dem weithin sichtbaren Rüstbaum am höchsten Punkt des Gebäudes verlagerten sich die Arbeiten an die Fassade und an die Innenausbau-

Sichtbare Fortschritte

74 | 75

ten. Die Fassade wird im Stadtbild markant aufscheinen. Eine moderne Aluminium-Glasfassade wird mit vorgehängten, wärmegedämmten, glasfaserverstärkten Betonplatten kombiniert. Diese Fassade wird hohen Anforderungen an Sonnen- und Wärmeschutz gerecht, ein außenliegender Sonnenschutz kann individuell in den Büroräumen gesteuert werden. Die



Die farbliche Gestaltung der Fassade symbolisiert die Vernetzung der ArbeitnehmerInnenvertretung mit ihrem Umfeld. Es wurde auch eine Musterfassade im Maßstab 1:1 errichtet, um nicht nur die Gestaltung, sondern auch den Sonnenschutz optimal zu entwickeln.

Faserzementplatten für die Fassade sind in drei Farben gewählt und symbolisieren die Vernetzung der Arbeitnehmervertretungen mit ihrem Umfeld. Dieses Bild hat das verantwortliche Architekturbüro Maurer&Partner aus einem sogenannten Moodboard-Prozess abgeleitet. In diesem Prozess hatten sich AKNÖ-MitarbeiterInnen und -FunktionärInnen intensiv mit der Ausgestaltung des Hauses beschäftigt und für den Architekten kreative Inputs geliefert.

Das Klima im Gebäude wird künftig über Heiz-Kühl-Decken reguliert. Diese sorgen gleichermaßen für Kühlung und Heizung, je nach Saison. Das gesamte Gebäude wird mit einer modernen Gebäudesteuerung ausgestattet. Ein sogenanntes KNX-Bussystem sorgt dafür, dass Licht, Klima etc. nicht nur manuell, sondern auch automatisch geregelt werden. Verlässt zum Beispiel jemand sein Büro für längere Zeit, werden Licht und Temperatur ausgestellt bzw. auf Normwerte eingestellt, sodass im Alltag viel Energie gespart werden kann.

All diese Maßnahmen dienen dem vor Baubeginn definierten Ziel des nachhaltigen Bauens. Es wurde explizit festgelegt, dass strenge Umweltstandards zu verwirklichen sind. Daher wird das Bürogebäude als Niedrigst-Energiegebäude errichtet. Eine Grundwasser-Wärmepumpe, eine Solaranlage und die Nutzung von Solarstrom der Fotovoltaikanlage und weitere Maßnahmen werden verwirklicht. Der Pre-Check für das ÖGNI-Zertifikat in Silber, also den beglaubigten Nachweis des verantwortungsvollen Bauens, wurde bereits positiv bestanden.

Wertschöpfung bleibt in Niederösterreich

Mit dem Hochbau wurde das Bieterkonsortium ARGE Gerstl/Steiner nach EU-weiter Ausschreibung als Totalunternehmer beauftragt. Geplant wurde das Gebäude vom Architekturbüro Maurer&Partner aus Hollabrunn. Die Bauherrenbegleitung und die nutzerseitige Projekt-

Beim Bau des ANZ kommt die AKNÖ ihrer Verantwortung nach, das Bauvorhaben auch als Impuls für die heimische Wirtschaft umzusetzen.



steuerung inklusive des technischen Controllings verantwortet das Beratungsunternehmen M.O.O.CON aus Waidhofen/Ybbs. Des Weiteren ist die Firma KWI aus St. Pölten mit dem Baucontrolling vor Ort beauftragt. In der Rohbauphase waren bis zu 80 Arbeiter beschäftigt, in der Ausbauphase sind bis zu 120 ArbeitnehmerInnen tätig. Im Zuge der Innenausbauten hat der Totalunternehmer bisher insgesamt 25 österreichische Lieferanten beauftragt, 13 sind sogar direkt aus Niederösterreich. Die AKNÖ kommt damit ihrer Verantwortung nach, das Bauvorhaben auch als Impuls für die heimische Wirtschaft umzusetzen und auf die Beschäftigung dieser Firmen zu schauen.

Eröffnung Steppenwolf

Der Neubau des Jugendzentrums Steppenwolf konnte bereits Ende 2013 fertiggestellt werden. Das Team vom Steppenwolf organisierte den Umzug und die Einrichtung des neuen Hauses, die Jugendlichen wurden gerade in die Einrichtung aktiv einbezogen und konnten ihr Zentrum selbst ausgestalten. Am 10. Mai 2014 wurde dann zur feierlichen Eröffnung eingeladen, einer der seltenen Tage mit Zutritt für Erwachsene, die im Alltag keinen Zutritt haben. Die Eröffnungsfeier mit zahlreichen Musikangeboten, Hip-Hop-Tanzgruppen und einem Fußball-





Einstimmiger Beschluss zur Übersiedlung der AK-Zentrale nach St. Pölten nach eingehenden Vorstudien über Machbarkeit, Kosten und Effizienzsteigerungen zu

bisherigen Standorten



2011/12



2012



2013

Standortentscheidung: 6 Grundstücke wurden geprüft und Baustudien zu allen Standortvarianten erstellt. Entscheidung für den Standort Herzogenburger Straße 6. 8. Spatenstich für das Gesamtprojekt

Abriss- und Aushubarbeiten

Bau des Jugendzentrums Steppenwolf Bau des Parkdecks und der Jugendkulturhalle frei:raum

Übersiedlung Jugendzentrum Steppenwolf (fast durchgehender Betrieb)

Abriss der letzten Gebäudeteile

Kurzbericht

turnier auf dem nicht nur wiederhergestellten, sondern auch deutlich verbesserten Sportplatz begeisterte jedenfalls Jung und Alt.

Eröffnung frei:raum

Die Kulturhalle frei:raum hat sich in der Musikszene einen guten Ruf erarbeitet. Die Übersiedlung innerhalb des Areals war daher eine besondere Herausforderung für die Planung, hervorragende Akustik und keine Lärmbelästigung für die AnrainerInnen waren nur zwei der wesentlichen Anforderungen. Letztendlich konnte mit der Integration des neuen frei:raum in das Parkdeck der AKNÖ eine optimale Lösung gefunden werden. Allerdings musste das Team vom frei:raum genau in der Weihnachtszeit übersiedeln und mit den Innenausbauten der neuen Musik- und Kulturhalle starten, ein großer Zeitdruck für alle Betroffenen. Aber bereits am 5. April konnte aufgesperrt werden, das Eröffnungskonzert mit lokalen Bandgrößen wurde zum vollen Erfolg - die Halle war bis zum letzten möglichen Platz gefüllt.



Voll im wahrsten Sinne des Wortes war die Kulturhalle frei:raum beim Eröffnungskonzert mit lokalen Bandgrößen.

Parkdeck im Betrieb

Das Parkdeck der AKNÖ wurde 2014 von der Firma Goldberg-Rhomberg gebaut, dabei wurde ein neues Verfahren eingesetzt, dass besonders kostengünstige Parkplätze schafft. Insgesamt wurden rund 270 Parkplätze auf rund 8.000 m² errichtet. Das Parkdeck ist barrierefrei, neben den Behindertenparkplätzen sind Familienparkplätze, Motorrad- und Fahrradparkplätze vorhanden. Mit dem Betrieb des Parkdecks wurde die Firma BOE beauftragt, bis zur Vollübersiedlung der AK-MitarbeiterInnen sollen die Parkflächen nicht ungenutzt bleiben, es gibt Kurzparkmöglichkeiten und einen Kassenautomat. Das Parkdeck kann bei Bedarf noch um 50 weitere Stellplätze erweitert werden. Eine ganz besondere Nutzung erhielten aber die obersten Stockwerke des Parkdecks von Mai bis September 2014. Die Ausstellung "Vom 5-Uhr-Tee zum Frequency" über 60 Jahre St. Pöltner Musikszene konnte auf diesen Flächen optimal umgesetzt werden. Schon lange hatten die Initiatoren Wolfgang Matzl und Didi Prohaska die Idee, die jüngere Musikgeschichte der Stadt aufzuarbeiten, bislang fehlte die Location. Die AKNÖ ermöglichte die einzigartige Ausstellung und die Initiatoren konnten teils einzigartige Sammlerstücke endlich der Öffentlichkeit zugänglich machen. Über 600 Bildtafeln wurden angefertigt, um die lebhafte Musikszene der Stadt zu würdigen. Mehr als 1.500 BesucherInnen haben die einzigartige Schau besucht, ein voller Erfolg für die Verantwortlichen.









Ausblick 2015

7. 1. Baubeginn des Hochbaus für das ArbeitnehmerInnen-Zentrum

6. 3. Grundsteinlegung

2014

5. 4. Eröffnung frei:raum

10. 5. Eröffnung Steppenwolf

14. 10. Gleichenfeier ANZ

Fertigstellung der Innenausbauten

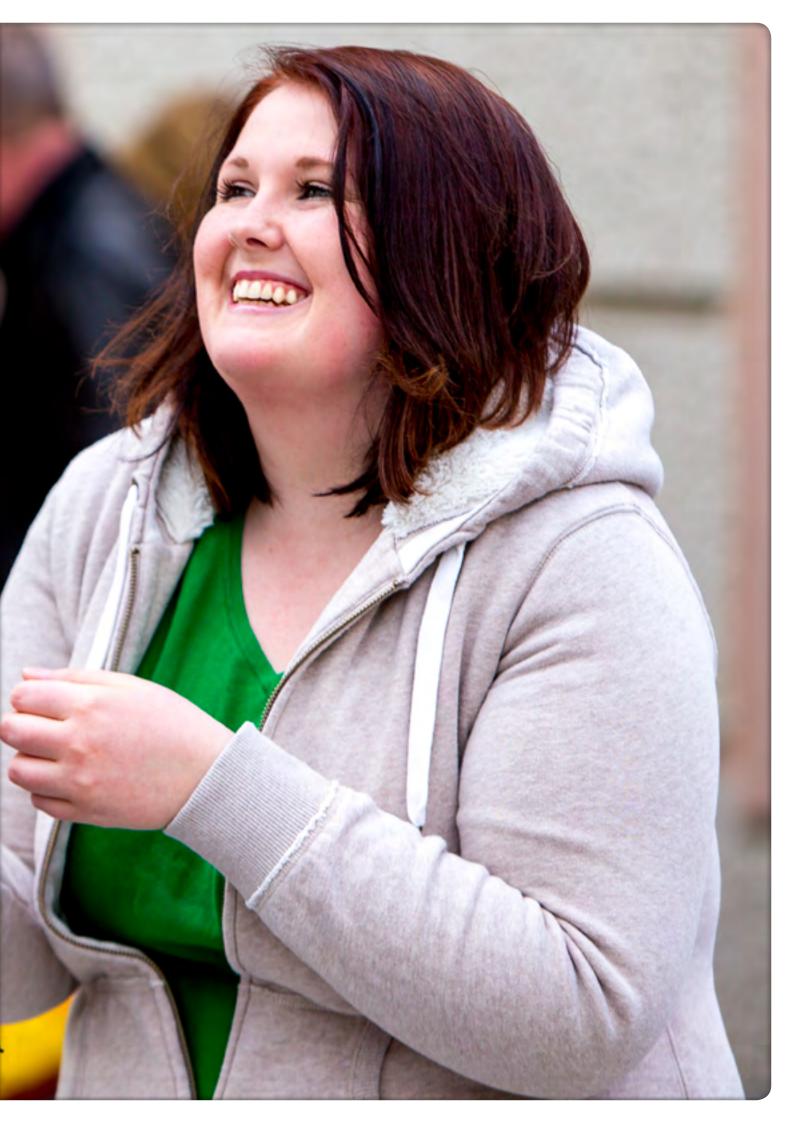
7. 1. Geplante Übernahme durch AKNÖ

Ausblick 2016

Beginn der Inneneinrichtung und IT-Einrichtung

15. 2. Geplanter Einzug





Der AKNÖ-Finanzbericht

Bericht zum Rechnungsabschluss

Rechtsgrundlage

Die Organisation sowie der Aufgabenbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich sind durch das Arbeiterkammergesetz 1992 (BGBI. Nr. 626/1991 in der geltenden Fassung) geregelt. Die Niederösterreichische Arbeiterkammer als Körperschaft öffentlichen Rechts ist zur Vertretung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der niederösterreichischen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer berufen. Gemäß § 10 Abs. 1 AKG gehören der Kammer alle im Bundesland Niederösterreich beschäftigten unselbstständig Erwerbstätigen, mit Ausnahme der im § 10 Abs. 2 AKG angeführten Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, an. Als Aufsichtsbehörde ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zuständig. Der Wirkungsbereich der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich erstreckt sich auf das Bundesland Niederösterreich. Die Arbeiterkammer ist gem. § 1 Körperschaftssteuergesetz in ihrem gesetzlich definierten Aufgabenbereich sowohl von der Körperschaftssteuer als auch von der Gewerbesteuer befreit. Infolge des Fehlens der Unternehmereigenschaft ist sie gemäß § 2 Umsatzsteuergesetz weder umsatzsteuerpflichtig noch vorsteuerabzugsberechtigt. Lediglich mit den von ihr unterhaltenen Betrieben gewerblicher Art unterliegt sie sowohl der Ertragssteuer- als auch der Umsatzsteuerpflicht. Hier ist in erster Linie das in einem gesonderten Abrechnungskreis erfasste und über ein Verrechnungskonto mit der Buchhaltung der Kammer verbundene Seminar-Park-Hotel Hirschwang zu erwähnen.

Die Organe der Kammer, Kammerbüro

Die Organe der Kammer sind gemäß § 46 AKG 1992 die Vollversammlung, der Vorstand, das Präsidium, der Präsident, die Ausschüsse, die Fachausschüsse und der Kontrollausschuss. Die wichtigsten OrganwalterInnen bzw. -mitglieder im Wirtschaftsjahr des Rechnungsabschlusses waren:

Präsident:	Vizepräsidentin und	
	Vizepräsidenten:	
WIESER Markus	ADLER Brigitte	
	HEMM Franz	
	FIALA Michael	
	PAMMER Horst	

¹ bis 17.6.2014 ² bis 11.11.2014

3 18.6.2014–11.11.2014 kooptiert, Vorstandsmitglieder: KUPETSCH Alfred 4

ab 11.11.2014 ordentliches Mitglied (oM) ARTMÄUER Alfred 1 PFEIFER Gottfried

4 bis 17.6.2014 kooptiert ASPERGER Christine PRIESCHING Herta

ab 18.6.2014 oM BUDER Thomas 2 STATTMANN Peter 5

5 bis 17.6.2014 kooptiertFARTHOFER ChristianSTERLE Haraldab 18.6.2014 oMHAGER Josef³STRAUSSBERGER Erwin

⁶ kooptiert KAUER Christian ENGEL Bruno⁶

80 | 81

FIALA Manfred⁷
GRATZER Michaela⁸
HARTMANN Petra⁹
LEIDENFROST Franz¹⁰
MASCHAT Peter¹¹

NIEDERMAIER Reinhard ¹² SLACIK Patrick ¹³ SOMMER Johann ¹⁴ TAIBL Stefan ¹⁵

Die OrganwalterInnen bzw. -mitglieder der anderen Organe der Selbstverwaltung sind im AKNÖ-Jahresbericht 2014 angeführt. Die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendigen fachlichen und administrativen Arbeiten hat das Kammerbüro zu leisten. Das Kammerbüro wird gemäß §§ 76 ff. AKG vom Direktor und den Direktor-StellvertreterInnen geleitet. Die Zeichnung der Geschäftsstücke der Kammer erfolgt durch Präsident und Direktor bzw. Direktor-StellvertreterInnen nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 56 Abs. 1 Ziff. 2 und 77 Abs. 2 Ziff. 5 AKG sowie der Geschäftsordnung der AKNÖ. Zusammensetzung des Direktoriums im Berichtsjahr:

Direktor: Mag. Helmut Guth

Direktor-StellvertreterInnen:

Mag.^a Bettina Heise (Kommunikation und Marketing), Alfred Kermer (Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen), Günter Mayer (Personal und Infrastruktur), Mag. Thomas Wagnsonner (Finanzen, Organisation und Recht)

Die Untergliederung des Kammerbüros ist im Jahresbericht 2014 angeführt. Der Beschäftigtenstand der Arbeiterkammer zum Stichtag exklusive karenzierter und verliehener Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer ist in der Tabelle rechts dargestellt.

Erläuterungen zum Rechnungswerk

Der Vorstand genehmigte in seiner Sitzung am 30. April 2015 gemäß § 54 Abs. 3 Ziff. 2 AKG 1992 und § 8 Abs. 2 HO-AKNÖ den Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014 und legte ihn gemäß § 66 Abs. 1 AKG 1992 und § 15 Ziff. 4 in Verbindung mit § 17 Abs. 5 Ziff. 2 GO-AKNÖ der Vollversammlung für deren Tagung am 8. Mai 2015 zur Beschlussfassung vor. Dem Rechnungsabschluss ist gemäß § 16 HO-AKNÖ ein Bericht zum Rechnungsabschluss anzufügen. In der Vollversammlung am 14. November 2013 wurde der den Rahmen für den vorliegenden Jahresabschluss 2014 bildende Voranschlag 2014 mit einem Ausgabenrahmen von insgesamt 62.576.300,00 Euro beschlossen. In der Vollversammlung am 29. April 2014 wurde der Rechnungsabschluss 2013 mit einem Ausgabevolumen von 67.763.936,69 Euro genehmigt.

Vergleichs- und Ertragsrechnung

Vergleichsrechnung

Die wirtschaftliche Lage der Kammer war 2014 dadurch gekennzeichnet, dass einerseits die tatsächlich erzielten Erlöse bei den Kammerumlagen wieder über den Voranschlagswerten

- ⁷ bis 17.6.2014 oM, ab 18.6.2014 kooptiert
- 8 kooptiert ab 18.6.2014
- 9 kooptiert
- 10 kooptiert bis 17.6.2014
- 11 kooptiert ab 11.11.2014
- 12 kooptiert
- 13 kooptiert ab 18.6.2014
- 14 kooptiert bis 17.6.2014
- 15 kooptiert ab 18.6.2014

Beschäftigungsstand

(Vollzeitäquivalent)	Anzahl
Zentrale (ohne Lehrlinge)	268,56
Lehrlinge Zentrale Wien	2,00
Bezirksstellen	113,13
Lehrlinge Bezirksstellen	1,00
Logistikzentrum Vösendorf	13,51
Rechtsschutzbüros	25,80
Seminar-Park-Hotel	
Hirschwang (SPH)	27,78
Lehrlinge SPH	3,00
PensionistInnen inkl.	
Anwartschaften	118,00

blieben und andererseits auch die sonstigen Erträge und die Zinserträge über den Werten des Voranschlages lagen. Die Mehreinnahmen betrugen bei der Kammerumlage 1,35 Mio. Euro. Die Zinserträge blieben um 0,03 Mio. Euro über dem entsprechenden Voranschlagswert. Aus sonstigen Erträgen betrugen die Mehrerlöse 0,07 Mio. Euro. Die sonstigen Erträge ergaben sich größtenteils durch Förderungen in der Bildungsberatung, Kostenrefundierungen infolge der Verrechnung mit dem Insolvenzschutzverband der ArbeitnehmerInnen, sonstige Personalrefundierungen und den Verkauf einer Immobilie in Gmünd. Der geplante Verkauf eines Grundstücks in Neunkirchen ist noch nicht erfolgt. Hinsichtlich der vom Land Niederösterreich in den vergangenen Jahren regelmäßig gewährten Subventionen für Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen gab es zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechnungsabschlusses keine schriftliche Bestätigung einer Zuwendung für das Kalenderjahr (KJ) 2014, weshalb die entsprechende Forderung in Höhe von 150.000 Euro nicht eingebucht wurde. Die Subvention für das KJ 2013 ist – allerdings nur in Höhe von 120.000 Euro – im Kalenderjahr 2014 eingegangen. Bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen werden jene 365.500 Euro aus der Wahlrückstellung ausgewiesen, die den wahlwerbenden Gruppen in der Position "5.6.7.3. Wahlaufwand" infolge erhöhter Aufwendungen in einem Wahljahr zur Verfügung gestellt wurden.

Die im Wesentlichen der Kostenstruktur eines Dienstleistungsbetriebes entsprechenden Aufwendungen der Arbeiterkammer konnten im KJ 2014 um insgesamt 2,69 Mio. Euro unter den Werten des Voranschlages gehalten werden. In den Aufwendungen sind finanzwirksame Maßnahmen der Bundesarbeitskammer (§ 9 Abs. 2 Ziff. 3 AKG) in den Positionen "5.1.3 Sozialpolitik und Sozialberatung" (19.373,92 Euro), "5.2.1 Wirtschaftspolitik" (25.665,58 Euro), "5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpolitik" (135.108,65 Euro), "5.4.1 Information und Drucklegungen" (93,460,08 Euro), "5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit" (231.475,21 Euro), "5.4.3 Dokumentationen" (14.294,24 Euro), "5.6.1. Mitgliedsbeiträge" (118.164,92 Euro), "5.6.2. Subventionen" (150.688,67 Euro), "5.6.7 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen" (57.030,40 Euro), "6.3.2 Bürobedarf und EDV-Aufwand" (27.400,37 Euro), "6.4.1 Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung" (13.838,67 Euro) und "7.2 Funktionsgebühren" (1.795,99 Euro) enthalten.

Die Liegenschaftsverwaltungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH erbrachte als hundertprozentige Tochter der AKNÖ Leistungen in Form von Personalbereitstellung für Auskunfts- und Bürotätigkeiten in "5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung" in der Arbeitsrechtsberatung Wien (174.132,99 Euro), in "5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz" (29.657,71 Euro), in "5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit und Arbeitnehmerschutz" (14.933,89 Euro), in "5.2.1 Wirtschaftspolitik" (7.385,10 Euro), in "5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpolitik" (132.107,38 Euro), "5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen" (27.861,63 Euro), "5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung" (79.986,98 Euro), "5.3.4 Bibliotheken" (26.780,95 Euro), "5.4.1 Information und Drucklegungen"

Rechtsgrundlage Organe der Kammer

Erläuterungen zum Rechnungswerk

ermögensbilanz rtraasrechnung

82 | 83

(226.034,49 Euro), "6.1.1 Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen" (37.030,79 Euro), in "6.4.4 Mitgliederverwaltung" (83.099,56 EUR) und in "7.5 Aufwand für die Selbstverwaltung – Sonstiges" (53.561,97 Euro), in Form von Bereitstellung von Reinigungspersonal in "6.1.3 Reinigung" (957.554,58 Euro) in der Zentrale und in diversen Bezirksstellen und Außenstellen, sowie in Form von Bereitstellung von Kraftfahrzeugen in "6.1.6 Betriebsaufwand" (196.597,90 Euro) und durch die Einmietungen der AKNÖ-Bezirksstellen in die LIDI-Gebäude in Gmünd, Horn und Lilienfeld in "6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden" (123.940,05 Euro).

Für das Seminar-Park-Hotel Hirschwang wird ein eigener, unabhängiger Rechnungskreis geführt. Der bei Erträgen von 1.479.713,95 Euro und Aufwendungen von 2.063.185,28 Euro entstandene Betriebsabgang wird in der Position "5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen" dargestellt. Die Kantine als Betrieb gewerblicher Art mit Einnahmen in Höhe von 100.427,19 Euro und Ausgaben von 285.284,27 Euro wird saldiert dargestellt und durch entsprechende Verwendung der "Rückstellung für Betriebe der Kammer" abgedeckt. Im Berichtsjahr gab es Überschreitungen in der Positionen "6.3 Büroaufwand" durch höhere Aufwände im IT-Bereich – dieser Überschreitung standen aber entsprechende Mehrerträge durch Weiterverrechnung an andere Länderkammern gegenüber –, in der Position "7.2 Funktionsgebühren" insbesondere durch Kooptierungen in den Vorstand und in der Position "7.5 Sonstiges" durch eine Überschreitung bei den Honoraren. Diese Überschreitungen wurden jedoch durch Beschluss des Vorstandes genehmigt.

Durch die oben genannten Mehreinnahmen bzw. Minderaufwendungen waren im vorliegenden Jahresabschluss zusätzlich zu den von der Vollversammlung im Voranschlag 2014 beschlossenen 4,78 Mio. Euro, Zuweisungen zu "Rücklagen und Rückstellungen" in Höhe von 4,13 Mio. Euro aus dem Jahresergebnis möglich. Demgegenüber standen Aufwendungen für Investitionen in Höhe von 24,16 Mio. Euro, die direkt aus Rücklagen und Rückstellungen abgedeckt wurden. Davon entfielen 17,65 Mio. Euro auf Investitionen und weitere 6,51 Mio. Euro auf sonstige Aufwendungen, wie z. B. die Arbeiterkammerwahl 2014.

Ertragsrechnung

1. Kammerumlagen

60.949.224,52 (2013: 59.389.426,27)

Gegenüber dem Vorjahr war ein Anstieg um 1,56 Mio. Euro, d. s. 2,63 Prozent, zu verzeichnen. Dies war vor allem auf einen Anstieg bei Löhnen und Gehältern der Umlagepflichtigen, aber auch auf einen leichten Anstieg beim Mitgliederstand zurückzuführen.

2. Sonstige Erträge

2.243.024,69 (2013: 7.932.450,47)

Der Rückgang in dieser Position war vor allem auf die im Vorjahr erfolgten Verkäufe von Grundstücken in St. Pölten (Maximilianstraße), Klosterneuburg und Vösendorf (Anton-Benya-Wohnhausanlage und Logistikzentrum) zurückzuführen.

3. Zinsensaldo

464.600,03 (2013: 442.059,95)

Im Berichtsjahr wurden von der AKNÖ an ihre 100-Prozent-Tochter LIDI Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 17,288 Mio. Euro für die Neuerrichtung der Zentrale in St. Pölten

geleistet. Dennoch konnte durch kapitalsteuerfreie Erträge aus Wertpapierveranlagungen ein höherer Zinsensaldo als im Vorjahr erzielt werden. Dies war möglich, obwohl sich der Rückgang des Zinsniveaus vor allem auf den Geschäftskonten der AKNÖ im Berichtsjahr negativ ausgewirkte.

4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen 365.500,00 (2013: 0,00)

Die Auflösung der Wahlrückstellung für die Ausschüttung an die wahlwerbenden Gruppen anlässlich der AK-Wahl in Höhe von 365.500 Euro wurde, wie im Voranschlag geplant, durchgeführt (siehe "5.6.7.3 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen – Wahlaufwand").

5. Sachaufwand 10.683.880,55 (2013: 10.360.759,93)

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beim Sachaufwand war vor allem auf den Bereich Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz zurückzuführen: einerseits durch höhere BAK-Ausgaben im Konsumentenschutz und andererseits durch geplante höhere Ausgaben bei Umweltschutz, Arbeitnehmerveranlagung und Arbeitsmarktprojekten. Im Bildungsbereich infolge einer höheren Ausnützung des Bildungsbonus, der Einführung einer digitalen Bibliothek, von mehr Sportveranstaltungen und einer Anpassung der Position "5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen", in welcher der Abgang des Seminar-Park-Hotels Hirschwang nunmehr zur Gänze dargestellt wird.

5.1 Rechts- und Sozialbereich

2.969.347,82 (2013: 2.976.921,86)

Der Rückgang bei "5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung" basierte auf niedrigeren Rechtsschutzkosten. Bei "5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz" ergab sich der Anstieg durch den Einsatz von Ersatzarbeitskräften (LIDI-MitarbeiterInnen). Bei "5.1.3 Sozialpolitik und Sozialberatung" gab es durch die BAK-Verrechnung für Vorbereitungsarbeiten für die Registrierung der Gesundheitsberufe einen Anstieg bei den Aufwänden. Bei "5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit und ArbeitnehmerInnenschutz" (Gesundheits-Truck und SIGE-Akademie) kam es zu einem Anstieg durch Nachverrechnung von Leistungen aus dem Vorjahr, während bei "5.1.5 Frauen-, Jugend- und Migrationsprojekte" geplante Anstiege durch den Ausbau der "Familienfeste" und "Jugendevents" bei den Veranstaltungskosten zu höheren Ausgaben führten.

5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz 912.725,42 (2013: 778.308,69)

Bei "5.2.1 Wirtschaftspolitik" führten niedrigere Kosten bei den BAK-Aufwendungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem BAK-Büro Brüssel, zu einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg bei "5.2.2 Konsumentenberatung" ergab sich insbesondere durch höhere Kosten, die durch die BAK an die AKNÖ verrechnet wurden. Bei "5.2.3 Umweltschutz" und "5.2.4 Arbeitnehmerveranlagungen" kam es jeweils zu einem Anstieg bei den Honoraren. Bei "5.2.5 Arbeitsmarktprojekte" wurden mehr Projekte umgesetzt.

5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich 3.001.442,41 (2013: 2.799.497,52)

Bei "5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen" gab es einen geringen Rückgang bei den Honoraren. Der Anstieg bei "5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung" ist gegenüber dem Vorjahr mit erhöhten Ausgaben beim Bildungsbonus nach der Umsetzung der Änderung Kurzbericht

84 | 85

Augachan

des Fördersystems zu begründen. Bei "5.3.3 Funktionäre- und Betriebsräteschulung" kam es zu einem Rückgang, da wie immer in einem AK-Wahljahr keine BetriebsRäteAKademie durchgeführt wurde. Bei "5.3.4 Bibliotheken" kam es zu einem Anstieg durch die Einführung der digitalen Bibliothek und dem Mehrbedarf an Fachliteratur, während bei "5.3.5 Sport" die Ausgabenhöhe durch zusätzliche Veranstaltungen anstieg. Die Position "5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen" dient zur Darstellung des Gebarungsabgangs des Seminar-Park-Hotels Hirschwang. Im Rechnungsabschluss 2014 wird erstmalig der gesamte Gebarungsabgang in dieser Position dargestellt. Die Höhe des Gebarungsabganges hat sich im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich um 101.165,58 Euro verbessert.

5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit, Dok. 1.990.126,35 (2013: 2.293.885,49)

Bei "5.4.1 Information und Drucklegungen" kam es einerseits zu einem Rückgang bei den Druckerzeugnissen für Informationsmaßnahmen und andererseits zu einer Verringerung des Aufwandes bei "5.4.2. Öffentlichkeitsarbeit", da auf die Durchführung einer Infotour im KJ 2014 verzichtet wurde.

5.5 Fachausschüsse 148.467,46 (2013: 150.259,57)

Der geringe Rückgang entstand trotz vermehrter Aktivitäten der AKNÖ-Fachausschüsse durch den Wegfall des BAK-Fachausschusses MOBI. Die Zuwendungen und Ausgaben für die Fachausschüsse der AKNÖ sind in der rechten Tabelle ersichtlich.

5.6 Zuwendungen, Unterstützungen

und andere Betreuungskosten 1.661.771,09 (2013: 1.361.886,80)

Fast keine Veränderungen gab es bei "5.6.1 Mitgliedsbeiträge", bei "5.6.2 Subventionen und Förderungsbeiträge", "5.6.5 Hilfsaktionen und Unterstützungen" und bei "5.6.8 Ehrung von Arbeitsjubilaren". Die bis ins Vorjahr für Förderungen angefallenen Aufwendungen bei "5.6.6 Wohnbauförderung" für das "Soziale Bau- und Wohngeld" und die "Hochwasserhilfe" werden seit 2014 aus der "Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen" abgedeckt. Lediglich bei "5.6.7 Unterstützung von wahlwerbenden Gruppen" kam es durch die 50%ige Erhöhung der Mittel anlässlich der AK-Wahl zu einem Anstieg (siehe "4.2 Auflösung von Rückstellungen") und wurde unter "5.6.7.3 Wahlaufwand" dargestellt.

6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand 6.847.700,18 (2013: 6.823.986,93)

6.1 Instandhaltung und Betriebsaufwand 3.066.586,22 (2013: 3.161.312,17)

Durch geplante Instandhaltungsarbeiten in den Bezirksstellen Amstetten und Waidhofen an der Thaya kam es in der Position "6.1.1 Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen" zu einem Anstieg. Die Erhöhung begründet sich bei "6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden" durch die Einmietung der Bezirksstellen Gmünd, Horn (erstmals ganzjährig) und Lilienfeld in Gebäude der LIDI. In "6.1.3 Reinigung" gab es keine Veränderung trotz der Weiterverrechnung der Lohnerhöhungen und des zusätzlichen Reinigungspersonals durch die LIDI, da beim Reinigungsmaterial Einsparungen erzielt wurden. Der Rückgang in der Position "6.1.4 Energieaufwand" ist sowohl bei Strom (um rund 23.900 Euro) und vor

Fachausschüsse

	Ausgaben
Bau-Holz	15.913,89
Angestellte	30.787,56
TRS	11.840,23
Agrar-Nahrung-Genuss	8.079,63
MBE	37.311,94
Soz./pers. Dienste	6.592,29
Textil, Bekleidung, Leder	5.568,96
Grafik-Papier	5.955,04
Verkehr	5.135,30
Gesundheit	20.486,96
Integration	795,66
GESAMT	148.467,46

allem bei den Heizkosten durch Gas und Fernwärme (um rund 89.100 Euro) begründet. Weiters gibt es einen Rückgang bei "6.1.6 Betriebskosten", wobei den höheren Mietkosten für Fahrzeuge infolge der Auslagerung des Fuhrparkmanagements an die LIDI aber Einsparungen beim eigenen Fuhrpark, bei den Gemeindeabgaben und sonstigen Gebäudebetriebskosten durch den Verkauf der Grundstücke im Vorjahr gegenüberstehen. Bei der Position "6.1.7 Versicherungen" stiegen die Prämien für die diversen Sach- und Haftpflichtversicherungen.

6.2 Postgebühren und Fahrtaufwand

2.263.847,79 (2013: 2.310.137,77)

In dieser Position gab es zwar einen Anstieg bei den Postgebühren, dieser konnte allerdings durch Einsparungen bei den Datenleitungskosten und bei den Reisespesen mehr als ausgeglichen werden, weshalb es insgesamt zu einem Rückgang kam.

6.3 Büroaufwand

1.177.317,52 (2013: 1.024.551,51)

In dieser Position gibt es durchwegs Anstiege bei den Aufwendungen. In "6.3.1 Miete und Instandhaltung der Büromaschinen und Einrichtung" stiegen die Mietaufwände der Multifunktionsgeräte insbesondere durch die verstärkte Nutzung der Druckstraße im Logistikzentrum und in "6.3.2 Bürobedarf und EDV-Aufwand" die Aufwände für Papier, IT-Dienstleistungen, Softwarelizenzen und externe Datenbanken. Durch Weiterverrechnungen an Länderkammern kam es allerdings im Zusammenhang mit IT-Dienstleistungen, Softwarelizenzen und externen Datenbanken zu sonstigen Erträgen, die aber laut Haushaltsordnung nicht saldiert werden durften.

6.4 Sonstiger Aufwand

339.948,65 (2013: 327.985,48)

Der Anstieg bei der Position "6.4.1 Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung" ist vor allem für Beratungshonorare im Rahmen der Fremdmittelaufnahme für den Bau des ArbeitnehmerInnenzentrums in Sankt Pölten zurückzuführen. In "6.4.2 Repräsentation" stiegen die Aufwendungen insbesondere durch eine Einladung an eine Betriebsrätedelegation. Die Erhöhung bei "6.4.3 Zinsenaufwand und sonstige Bankspesen" begründet sich auf höhere Depotgebühren durch wieder vermehrte Veranlagungen in Wertpapieren. Der Rückgang in "6.4.4 Mitgliederverwaltung" ergab sich durch geringere Honorarkosten. Die Position "6.4.5 Qualitätsmanagement – OE-Entwicklung" blieb nahezu unverändert.

7. Selbstverwaltung

893.477,19 (2013: 883.633,62)

Der Anstieg in der Position "7.2 Funktionsgebühren" ergab sich, da ein zusätzliches Mitglied in den Vorstand kooptiert wurde und es im Vorjahr bis Juli eine 10%ige Kürzung bei der Funktionsentschädigung des Präsidenten gab. Bei den anderen Positionen gab es kaum Veränderungen.

8. Personalaufwand

33.993.854,49 (2013: 32.607.579,91)

Der Anstieg bei den Personalkosten erklärt sich durch die Gehaltserhöhungen ab Juni und den Zuwachs an Personal im KJ 2014. Durch eine Überschreitung bei "8.5 Abfertigungszahlungen" wurden der "Rückstellung für Abfertigungsansprüche" 24.536,10 Euro entnommen.

9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen 8.911.004,88 (2013: 14.472.081,77)

Unter dieser Position sind die Dotierungen diverser Rücklagen bzw. Rückstellungen ausgewiesen. Um die Finanzierung der neuen AKNÖ-Zentrale in St. Pölten zu sichern, wurden rund 4,24 Mio. Euro der "Bau- und Investitionsrücklage" zugewiesen. In Zukunft werden alle Auslagerungs- und Verkaufserlöse im Zusammenhang mit Grundstücken und Gebäuden im jeweiligen Jahr dieser Rücklage zugeführt. Die "Rücklage für Grundlagenarbeit" wurde mit 0,10 Mio. Euro und die "Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen" mit 0,15 Mio. Euro dotiert, da zukünftig alle Ausgaben für das "Soziale Bau- und Wohngeld" und die "Hochwasserhilfe" aus dieser Rücklage finanziert werden. Die Zuführung zur "Rückstellung zur Pensionsvorsorge" musste mit 2,50 Mio. Euro dotiert werden, da ungefähr dieser Betrag infolge der Performance der Pensionskasse für das KJ 2014 im KJ 2015 entnommen wird. Alle anderen "Personalrückstellungen" wurden gemäß der Haushaltsordnung bzw. den gesetzlichen Vorschriften dotiert.

10. Kosten der Umlageneinhebung

910.749,16 (2013: 886.234,39)

Für die aus der Einhebung der Kammerumlage entstehenden Verwaltungskosten verrechnen die Sozialversicherungsträger den Arbeiterkammern einen pauschalen Aufwandsersatz in Höhe von 1,5 Prozent.

11. Kostenbeitrag für die Führung der

Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer

1.781.682,79 (2013: 1.729.660,14)

Die Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer werden gemäß § 90 AKG von der Arbeiterkammer Wien geführt. Zur Abdeckung der daraus erwachsenden Kosten erhält die Arbeiterkammer Wien von den übrigen Länderkammern eine Vergütung in Höhe von 3 Prozent der Erträge aus Kammerumlagen des jeweils vorangegangenen Jahres.

3.2 Vermögensbilanz

Die Vermögensbilanz zum 31. Dezember 2014 weist im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2013 eine Steigerung der Bilanzsumme um 0,387 Mio. Euro auf 90,233 Mio. Euro aus.

AKTIVA

Das Anlagevermögen stieg um 16,853 Mio. Euro auf 77,538 Mio. Euro in Folge von Zugängen in Höhe von 18,650 Mio. Euro, gegenüber Abschreibungen bzw. Abgängen in Höhe von 1,798 Mio. Euro. Bei den Finanzanlagen ist unter "Beteiligungen an verbundenen Unternehmen" in Höhe von 33.826.605,80 Euro die Beteiligung an der LIDI ausgewiesen. Dieser Betrag setzt sich aus dem zur Gänze einbezahlten Stammkapital von 35.000,00 Euro, Gründungskosten von 2.692,17 Euro, eines Gesellschafterzuschusses in Höhe von 31.897.823,63 Euro und der Sacheinlage in Form der BZST-Liegenschaften in Gmünd, St. Pölten, Horn und Lilienfeld in Höhe von 1.891.090,00 Euro zusammen. Die "Wertpapiere des Anlagevermögens" in Höhe von 11.559.775,88 Euro dienen für zukünftige Pensionsleistungen und sind daher gemäß § 94 EstG von der Kapitalertragsteuer befreit. Unter "Sonstige Beteiligungen" befinden sich Aktienanteile bei niederösterreichischen Kapitalgesellschaften in Höhe von 8.200,87 Euro, die zur Sicherung der Informationsbeschaffung zur Wahrung der Interessen von ArbeitnehmerInnen verwendet werden. Das Umlaufvermögen sank um 16,360 Mio. Euro auf 11,623 Mio. Euro. Die "Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände" blieben mit 6,662 Mio. Euro nahezu unverändert, da die "Forderungen an Sozialversicherungen aus Kammerumlagen" angestiegen sind, aber sowohl die "Forderungen aus Leistungen" als auch die "sonstigen Forderungen" zurückgegangen sind. Der "Kassenbestand" blieb mit 0,0169 Mio. Euro beinahe unverändert, während es bei den "Guthaben bei Banken" zu einem Rückgang um 16,343 Mio. Euro auf nunmehr 4,960 Mio. Euro durch die Gesellschafterzuschüsse an die LIDI kam. Die Rechnungsabgrenzungsposten blieben fast unverändert auf 1,073 Mio. Euro.

PASSIVA

Das "Kapital" stieg um 7,352 Mio. Euro auf 59,554 Mio. Euro, da die Zugänge in Folge von Investitionen in Höhe von 17,650 Mio. Euro die Umbuchung in Höhe von 8,506 Mio. Euro auf die Bau- und Investitionsrücklage und die Abschreibungen und Anlagenabgänge in Höhe von 1,792 Mio. Euro überstiegen haben. Die Verbindlichkeiten sanken um 0,342 Mio. Euro auf 3,018 Mio. Euro. Die Rücklagen sanken um 4,755 Mio. Euro auf 5,555 Mio. Euro, da die Dotierungen in Höhe von 4,237 Mio. Euro und die Umbuchung von Kapital in Höhe von 8,506 Mio. Euro für die "Bau- und Investitionsrücklage" und von 0,150 Mio. Euro für die "Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen" bzw. von 0,100 Mio. Euro für die "Rücklage für Grundlagenarbeit", die Verwendungen für Investitionen aus der "Bau- und Investitionsrücklage" in Höhe von 17,650 Mio. Euro, der "Rücklage für Grundlagenarbeit" in Höhe von 0,058 Mio. Euro und der "Rücklage für Katastrophen und Wohnbaudarlehen" in Höhe von 0,040 Mio. Euro überstiegen haben. Die Rückstellungen sanken um 1,991 Mio. Euro, insbesondere durch die Verwendung der Wahlrückstellung, auf 22,106 Mio. Euro. Der Stand der einzelnen Rückstellungen zum Stichtag 31. Dezember 2014 betrug wie folgt:

1. Abfertigungsrückstellung	4.992.708,54	(2013:	4.908.019,88)
2. Pensionsrückstellung	7.872.200,17	(2013:	7.787.631,83)
3. Reparatur- und Instandhaltungsrückstellung	206.020,34	(2013:	208.922,65)
4. Wahlrückstellung	819.670,52	(2013:	3.538.886,29)
5. Rückstellung für Betriebe der Kammer	424.022,12	(2013:	409.599,99)
6. Sonstige Rückstellungen	7.791.854,39	(2013:	7.244.563,80)
a. JHesoun-Fachausbildung	562.775,89	(2013:	652.811,89)
b. Rechtsschutz	717.854,84	(2013:	717.854,84)
c. Expertenleistungen	161.652,48	(2013:	161.652,48)
d. Jubiläumsgelder	1.564.862,46	(2013:	1.521.505,57)
e. Vorsorge gem. § 27 ALVG	221.007,59	(2013:	243.989,65)
f. Nicht konsumierte Urlaube/Zeitguthaben	4.563.701.13	(2013:	3.946.749.37)

Die Vermögensbilanz in Euro

Mission/Inhalt

		Aktiva
A. Anlagevermögen		
A.1 Immaterielle Vermögenswerte		160.493,70
A.2 Sachanlagen		
A.2.1 Bebaute Grundstücke	31.455.696,60	
A.2.2 Betriebs- und Geschäftsausstattung	526.766,06	
A.2.3 Anlagen in Bau	0,00	31.982.462,66
A.3 Finanzanlagen		
A.3.1 Beteiligung an verbundenen Unternehmen	33.826.605,80	
A.3.2 Wertpapiere des Anlagevermögens	11.559.775,88	
A.3.3 Sonstige Beteiligungen	8.200,87	45.394.582,55
Anlagevermögen		77.537.538,91
B. Umlaufvermögen		
B.1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenst	ände	6.662.273,08
B.2 Wertpapiere und Anteile		0,00
B.3 Kassenbestand und Guthaben bei Banken		4.960.389,48
Umlaufvermögen		11.622.662,56
C. Aktive Rechnungsabgrenzung		1.072.868,14
BILANZSUMME		90.233.069,61
		Passiva
A. Kapital		59.553.741,88
B. Rücklagen		
D. NUCKIAYETI		
•		4.237.198.40
B.1 Bau- und Investitionsrücklage		
· ·		1.317.687,70
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen		1.317.687,70
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen		1.317.687,70 5.554.886,10
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche		1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17
 B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf 	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52
 B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer 	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand	wand	4.237.198,40 1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen Rückstellungen D. Verbindlichkeiten	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen Rückstellungen	wand	1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen Rückstellungen D. Verbindlichkeiten D.1 Verbindlichkeiten aus Darlehen		1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen Rückstellungen D. Verbindlichkeiten D.1 Verbindlichkeiten aus Darlehen D.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung		1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08
B.1 Bau- und Investitionsrücklage B.2 Sonstige Rücklagen Rücklagen C. Rückstellungen C.1 Rückstellung für Abfertigungsansprüche C.2 Rückstellung für Pensionsvorsorge C.3 Rückstellung für Erhaltungs- und Reparaturauf C.4 Rückstellung für Wahlaufwand C.5.1 Rückstellung für Betriebe der Kammer C.5.2 Sonstige Rückstellungen Rückstellungen D. Verbindlichkeiten D.1 Verbindlichkeiten aus Darlehen		1.317.687,70 5.554.886,10 4.992.708,54 7.872.200,17 206.020,34 819.670,52 424.022,12 7.791.854,39 22.106.476,08

Die Bilanzsumme stieg 2014 im Vergleich zu 2013 um rund 0,4 Mio. Euro auf rund 90,2 Mio. Euro.

Die Ertragsrechnung in Euro

Gegenüber 2013 stieg die Kammerumlage um 2,63 Prozent.

	Erträge 2014
1. Kammerumlagen	60.949.224,52
2. Sonstige Erträge	2.243.024,69
3. Zinsensaldo	464.600,03
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	365.500,00
Summe Erträge	64.022.349,24

Der Sachaufwand stieg 2014 im Vergleich zu 2013 um 3,12 Prozent.

	Aufwendungen 2014
5. Sachaufwand	10.683.880,55
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand	6.847.700,18
7. Kosten der Selbstverwaltung	893.477,19
8. Personalaufwand	33.993.854,49
9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	8.911.004,88
10. Kosten der Umlageneinhebung	910.749,16
11. Kostenbeitrag für die Führung der	
Bürogeschäfte der Bundesarbeitskammer	1.781.682,79
Summe Aufwendungen	64.022.349,24

	Erträge und Aufwendun	gen 2014 im Detail
1. Kammerumlagen		60.949.224,52
2. Sonstige Erträge		
2.1 Mieterträge	343.768,57	
2.2 Verkaufserlöse	77.901,00	
2.3 Sonstige Erträge	1.821.355,12	2.243.024,69
3. Zinsensaldo		
3.1 Zinsenerträge	470.363,01	
3.2 Kapitalertragsteuer	-5.762,98	464.600,03
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstel	lungen	
4.1 Auflösung von Rücklagen	0,00	
4.2 Auflösung von Rückstellungen	365.500,00	365.500,00
5. Sachaufwand		
5.1 Rechts- und Sozialbereich		
5.1.1 Rechtsschutz und Rechtsberatung	968.754,72	
5.1.2 Lehrlings- und Jugendschutz	599.386,37	
5.1.3 Sozialpolitik und Sozialberatung	87.430,54	
5.1.4 Berufsfürsorge, Gesundheit u. Arbeitnehmer	rschutz 975.391,53	
5.1.5 Frauen- und Jugendprojekte	338.384,66	2.969.347,82
5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschu	tz	
5.2.1 Wirtschaftspolitik	86.428,48	
5.2.2 Konsumentenberatung – Konsumentenpo	olitik 367.636,16	
5.2.3 Umweltschutz	34.571,82	
5.2.4 Arbeitnehmerveranlagung	388.621,21	
5.2.5 Arbeitsmarktprojekte	35.467,75	912.725,42

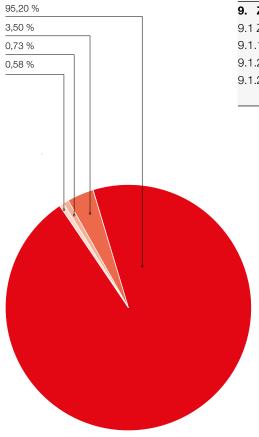
90 | 91

	Erträge und Aufwendung	gen 2014 im Detail
5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich		
5.3.1 Kultur- und Bildungsveranstaltungen	116.298,07	
5.3.2 Berufliche Aus- und Weiterbildung	846.144,71	
5.3.3 Funktionäre- und Betriebsräteschulung	1.106.202,15	
5.3.4 Bibliotheken	183.378,15	
5.3.5 Sport	165.948,00	
5.3.6 Seminar- und Bildungseinrichtungen	583.471,33	3.001.442,41
5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokur	nentation	
5.4.1 Information und Drucklegungen	908.141,34	
5.4.2 Öffentlichkeitsarbeit	970.720,75	
5.4.3 Dokumentationen	111.264,26	1.990.126,35
5.5 Fachausschüsse		148.467,46
5.6 Zuwendungen, Unterstützungen und ander	e Betreuungskosten	
5.6.1 Mitgliedsbeiträge	127.313,47	
5.6.2 Subventionen und Förderungsbeiträge	199.428,67	
5.6.3 Lehrausbildungsbeihilfen	0,00	
5.6.4 Stipendien	0,00	
5.6.5 Hilfsaktionen und Unterstützungen	148.337,53	
5.6.6 Wohnbauförderung	0,00	
5.6.7 Unterstützung der wahlwerbenden Grupp	en	
5.6.7.1 AKNÖ	731.000,00	
5.6.7.2 BAK	57.030,40	
5.6.7.3 Wahlaufwand	365.500,00	
5.6.8 Ehrung von ArbeitsjubilarInnen	33.161,02	1.661.771,09
6. Betriebs- und Verwaltungsaufwand		
6.1 Instandhaltung und Betriebsaufwand		
6.1.1 Instandhaltungen der Gebäude und		
technischen Anlagen	311.108,25	
6.1.2 Mietaufwand von Gebäuden	762.973,70	
6.1.3 Reinigung	987.276,06	
6.1.4 Energieaufwand	439.278,16	
6.1.5 Abgaben und Gebühren	4.632,41	
6.1.6 Betriebsaufwand	421.615,73	
6.1.7 Versicherungen	139.701,91	3.066.586,22
6.2 Postgebühren und Fahrtaufwand		
6.2.1 Porti, Post- und Telefongebühren	1.558.901,45	
6.2.2 Reise- und Fahrtaufwand	704.946,34	2.263.847,79
6.3 Büroaufwand		
6.3.1 Miete und Instandhaltung von		
Büromaschinen und Einrichtungen	422.860,38	
6.3.2 Bürobedarf und EDV-Aufwand	739.307,62	
6.3.3 Sonstiger Büroaufwand	15.149,52	1.177.317,52

Erträge und Aufwendungen 2014 im Detail 6.4 Sonstiger Aufwand 6.4.1 Experten- und Prüfungsaufwand für die Verwaltung 95.735,22 6.4.2 Repräsentation 10.143,61 6.4.3 Zinsenaufwand und sonstige Bankspesen 34.933,24 6.4.4 Mitgliederverwaltung 90.472,85 6.4.5 Qualitätsmanagement - Organisationsentwicklung 108.274,59 6.4.6 Sonstiges 389,14 339.948,65 7. Aufwand für die Selbstverwaltung 7.1 Sitzungen, Versammlungen, Ausschüsse und Delegationen 90.109,20 7.2 Funktionsgebühren 506.245,46 7.3 Aufwandsentschädigungen für Funktionäre 73.153,36 7.4 Repräsentation 83.489,32 7.5 Sonstiges 140.479,85 893.477,19 8. Personalaufwand 8.1 Löhne und Gehälter 23.578.601,29 8.2 Sozialaufwand 6.192.334,17 253.341,00 8.3 Aus- und Fortbildung 8.4 Pensionszahlungen 3.469.578,03 8.5 Abfertigungszahlungen 500.000,00 33.993.854,49 9. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen 9.1 Zuführung zu Rücklagen 9.1.1 Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage 4.237.198,40 9.1.2 Zuführung zu sonstigen Rücklagen 9.1.2.1 Zuführung zur Rücklage für finanzwirksame Maßnahmen der BAK 0,00

Ertragsstruktur 2014





Die Einnahmen aus der Kammerumlage machten 2014 rund 95 Prozent der Erträge der AKNÖ aus.

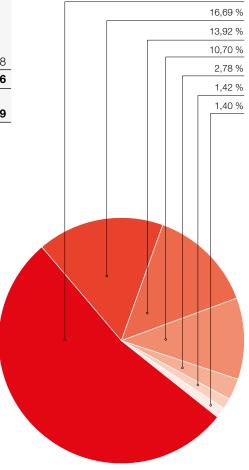
Leistungsübersicht Kontrollbericht

92 | 93

Е	rträge und Aufwendu	ıngen 2014 im Detail
9.1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarb	eit 100.000,00	
9.1.2.3 Zuführung zur Rücklage für Katastrophen		
und Wohnbaudarlehen	150.000,00	4.487.198,40
9.2 Zuführung zu Rückstellungen		
9.2.1 Zuführung zur Pensionsvorsorge	2.500.000,00	
9.2.2 Zuführung zur Abfertigungsrückstellung	109.224,76	
9.2.3 Zuführung zur Reparatur- und		
Instandhaltungsrückstellung	50.000,00	
9.2.4 Zuführung zur Wahlrückstellung	600.000,00	
9.2.5 Zuführung zu sonstigen Rückstellungen		
9.2.5.1 Zuführung zur Rückstellung für		
Betriebe der Kammer	200.000,00	
9.2.5.2 Zuführung zur Rechts- und		
Beratungsrückstellung	0,00	
9.2.5.3 Zuführung zur JHesoun-		
Fachausbildung-Rückstellung	0,00	
9.2.5.4 Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung	0,00	
9.2.5.5 Zuführung zur Rückstellung		
gem. § 19 (2) DBPO u. § 12 (5) RILAK	230.000,00	
9.2.5.6 Zuführung zur Rückstellung gem. § 27 AlV	G 117.629,96	
9.2.5.7 Zuführung zur Rückstellung für nicht		
konsumierte Urlaube/Zeitguthaben	616.951,76	4.423.806,48
10. Kosten der Umlageneinhebung		910.749,16
11. Kostenbeitrag für die Führung der Büroge	schäfte	
der Bundesarbeitskammer		1.781.682,79

Aufwandsstruktur 2014





Personal-, Sachaufwand sowie Betriebsund Verwaltungsaufwand stellen mit zusammen rund 80 Prozent die größten Aufwandsposten der AKNÖ dar.

Die Leistungsübersicht in Euro

	Erträge 2014
1. Kammerumlagen	60.949.224,52
2. Sonstige Erträge	2.243.024,69
3. Zinsensaldo	464.600,03
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	365.500,00
Summe Erträge	64.022.349,24

Summe Aufwendungen	64.022.349,24
der Bundesarbeitskammer	1.781.682,79
10. Kostenbeitrag für die Führung der Bürogeschäfte	
9. Kosten der Umlageneinhebung	910.749,16
8. Vorsorge für Leistungen	8.911.004,88
7. Selbstverwaltung	893.477,19
6. Zuwendungen	2.102.103,41
5. Dienstleistungen	49.423.331,81
	Aufwendungen 2014

		Erträge und Aufwendungen 2014 im Detail		
1.	Kammerumlagen		60.949.224,52	
2.	Sonstige Erträge			
2.1	Mieterträge	343.768,57		
2.2	Verkaufserlöse	77.901,00		
2.3	Sonstige Erträge	1.821.355,12	2.243.024,69	
3.	Zinsensaldo			
3.1	Zinsenerträge	470.363,01		
3.2	Kapitalertragsteuer	-5.762,98	464.600,03	
4. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen				
4.1	Auflösung von Rücklagen	0,00		
4.2	Auflösung von Rückstellungen	365.500,00	365.500,00	
5.	Dienstleistungen der Arbeiterkammer			
5.1	Rechts- und Sozialbereich			
	Sachaufwand	2.969.347,82		
	Betriebs- und Verwaltungsaufwand	4.389.941,31		
	Personalaufwand	22.073.201,36	29.432.490,49	
5.2 Wirtschaft, Umwelt- und Konsumentenschutz				
	Sachaufwand	912.725,42		
	Betriebs- und Verwaltungsaufwand	1.216.524,11		
	Personalaufwand	6.130.192,16	8.259.441,69	
5.3 Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich				
	Sachaufwand	3.001.442,41		
	Betriebs- und Verwaltungsaufwand	741.319,38		
	Personalaufwand	3.631.335,51	7.374.097,30	

	räge und Aufwendun	gen 2014 im Detail
5.4 Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokument		
Sachaufwand	1.990.126,35	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	423.882,62	
Personalaufwand	1.794.825,90	4.208.834,87
5.5 Fachausschüsse		148.467,46
6. Zuwendungen, Unterstützungen und		
andere Betreuungskosten		
Sachaufwand	1.661.771,09	
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	76.032,76	
Personalaufwand	364.299,56	2.102.103,41
7. Aufwand für die Selbstverwaltung		893.477,19
8. Vorsorge für Leistungen		
8.1 Zuführung zu Rücklagen		
8.1.1 Zuführung zur Bau- und Investitionsrücklage	4.237.198,40	
8.1.2 Zuführung zu sonstigen Rücklagen		
8.1.2.1 Zuführung zur Rücklage für		
finanzwirksame Maßnahmen der BAK	0,00	
8.1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Grundlagenarbe	eit 100.000,00	
8.1.2.3 Zuführung zur Rücklage für Katastrophen		
und Wohnbaudarlehen	150.000,00	4.487.198,40
8.2 Zuführung zu Rückstellungen		
8.2.1 Zuführung zur Pensionsrückstellung	2.500.000,00	
8.2.2 Zuführung zur Abfertigungsrückstellung	109.224,76	
8.2.3 Zuführung zur Reparatur- und		
Instandhaltungsrückstellung	50.000,00	
8.2.4 Zuführung zur Wahlrückstellung	600.000,00	
8.2.5 Zuführung zu sonstigen Rückstellungen		
8.2.5.1 Zuführung zur Rückstellung für		
Betriebe der Kammer	200.000,00	
8.2.5.2 Zuführung zur Expertenrückstellung	0,00	
8.2.5.3 Zuführung zur		
JHesoun-Fachausbildung-Rückstellung	0,00	
8.2.5.4 Zuführung zur Rechtsschutzrückstellung	0,00	
8.2.5.5 Zuführung zur Rückstellung		
gem. § 19 (2) DBPO und § 12 (5) RILAK	230.000,00	
8.2.5.6 Zuführung zur Rückstellung gem. § 27 AIVG	117.629,96	
8.2.5.7 Zuführung zur Rückstellung für		
nicht konsumierte Urlaube/Zeitguthaben	616.951,76	4.423.806,48
9. Kosten der Umlageneinhebung		910.749,16
10. Kostenbeitrag für die Führung der		
Bürogeschäfte der BAK		1.781.682,79

Das Prüfungsergebnis

BESTÄTIGUNGSVERMERK

"Wir haben den beigefügten Rechnungsabschluss der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich (AKNO), mit Sitz in Wien, für das Geschäftsjähr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung gerprüf. Dieser Rechnungsabschluss umfasst die Vermögensbilanz zum 31. Dezember 2014 und die Erfranssrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjähr

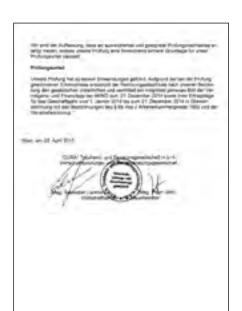
Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Rechnungsabschluss und fü die Buchführung

Die gestrichen Vertreter der AKNO sind für die Buchtführung sowie für die Aufstellunen Rechungsabenblusses verantwordlich, der ein möglichst gefreuse Sild der Vermögens. Finanz- und Ertragslage der AKNO in Übereinstimmung mit den gesetzliche Vorschriften sowie der Haushaltsorfung vermittell. Diese Verantwortung beinhaltet. Gestaltung. Umsetzung und Aufrechtenhaltung eines intenen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Rechungsabschlusses und die Vermittigen gines möglichts getreuen Bildes der Vermögens. Finanz- und Ertragslage der AKNO von Bedeut behaber der Vermögens. Finanz- und Ertragslage der AKNO von Bedeut behaber der Vermögens. Finanz- und Ertragslage der AKNO von Bedeut behaber der unbeabschligtigen Feihern; die Ausstalt und Anwendung geleigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unte Berückschligung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Unsere Verantwortung als Abschlussprüfer und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurleils zu diesem Rechnungsabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordrungsgemäßer Abschlussprüfung untregleitht. Diese Grundsätze erfordern, dass wir uns die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hirreichender Scherheit ein Utzelf darüber bilden Können, ob der Rechungsab-

En Politup beihaltel die Durchfürung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichlich der Betrage und sonstigen Angaben im Bechnungssaberbluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen leigt mit pflictigensfälles Ermessen des Abschlussgrüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftreitens wesenlicher Fehlderstellungen, sei es aufgrund von beabschätigten oder unbeabschätigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoerinschätzung berücksichtigt der Abschlussgrüfer des interne Kontrolisystens, owerte set für de Aufstellung des Hermensen eine Prüfungstelle der ARKO von Bedestung ist, um unter Berücksichtigung der Albennebendingungen ergerinset Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurfeil über die Wirksamskeit der internen Kontrollen der ARKO augeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurtellung der Angemessenheit der angewandten Blänzierungs- und Erwertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertenn vorgenommeinen wessenlichen Schatzungen sowei einer Würüngung der Ge-



Kontrollbericht des Kontrollausschusses zum Rechnungsabschluss 2014

Der Kontrollausschuss hat sich in seiner Sitzung am 4. Mai 2015 mit dem vom Vorstand der AKNÖ am 30. April 2015 genehmigten Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014 befasst und erstattet nach eingehender Behandlung des Rechnungsabschlusses 2014 der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich folgenden Kontrollbericht.

Rechtsgrundlage

Der Kontrollausschuss ist gemäß § 59 Abs. 5 AKG 1992 i. d. g. F. verpflichtet, einen Kontrollbericht über den Rechnungsabschluss der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich zu erstellen. Nach den Bestimmungen des § 59 Abs. 5 AKG und § 22 Abs. 8 der Geschäftsordnung der AKNÖ hat der Kontrollausschuss diesen Kontrollbericht der Vollversammlung vorzulegen. Die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014 erfolgte gemäß § 59 Abs. 1 und § 62 AKG.

Unterlagen

- 1. Rechnungsabschluss
- 1.1 Zahlenwerke des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014 (einschließlich der Aufklärungen und Erläuterungen des Direktors Mag. Guth zu den Zahlenwerken)
 - a. Vermögensbilanz
 - b. Vergleichsrechnung
 - c. Ertragsrechnung
 - d. Leistungsübersicht zur Ertragsrechnung
- 1.2 Bericht zum Rechnungsabschluss 2014 gemäß § 16 der Haushaltsordnung der AKNÖ
- Bericht des vom Vorstand gemäß § 70 Abs 1 AKG bestellten Abschlussprüfers ("CURA" Treuhand- und Revisionsgesellschaft m.b.H.) über die Prüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014
- 3. Beschlüsse, Prüfungsergebnisse und Protokolle der
 - konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses vom 18. Juni 2014
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 3. September 2014
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 14. Oktober 2014
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 10. November 2014
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 10. Dezember 2014
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 28. Jänner 2015
 - Sitzung des Kontrollausschusses vom 18. März 2015

Erläuterungen zum Rechnungswerk Vermögensbilanz Ertragsrechnung Leistungsübersicht

Kontrollbericht

96 | 97

Vom Kontrollausschuss wurde zur Kenntnis genommen, dass im Vorstand der AKNÖ in seiner Sitzung am 30. April 2015 der Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2014 unter Anwesenheit aller im Vorstand vertretenen Fraktionen einstimmig genehmigt wurde.

Ergebnis

Der Kontrollausschuss stellt fest, dass die gebarungsrelevanten gesetzlichen Vorschriften, die Vorschriften der Haushaltsordnung, der Geschäftsordnung sowie die Organbeschlüsse eingehalten wurden. Weiters stellt der Kontrollausschuss fest, dass die einschlägigen kaufmännischen Bewertungsvorschriften im Rechnungsabschluss für das Jahr 2014 beachtet wurden. Die erforderlichen Nachweise und Aufgliederungen zu den einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses wurden vorgelegt.

Zur form- und fristgerechten Behandlung durch die übrigen Organe der Kammer stellt der Kontrollausschuss fest, dass die Behandlung durch den Vorstand der Kammer sowie die Beschlussfassung des Vorstandes auf Vorlage des Rechnungsabschlusses 2014 an die Vollversammlung zur Beschlussfassung in deren Tagung am 8. Mai 2015 den Bestimmungen des Arbeiterkammergesetzes entspricht.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2014 ist hinreichend erläutert, die finanzielle Lage der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich ist im Rechnungsabschluss für das Jahr 2014 ordnungsgemäß dargestellt.

Aufgrund der vom Kontrollausschuss gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse erfolgte die Führung der Geschäfte der Kammer im Jahre 2014 nach den Grundsätzen kaufmännischer Sorgfalt und Vorsicht und unter Einhaltung des von der Vollversammlung beschlossenen Voranschlages.



ACNO

Was im Sport gilt, gilt auch im Arbeitsleben: Herausforderungen lassen sich in einem guten Team leichter bewältigen.
Mit der AKNÖ und dem ÖGB habe ich als Betriebsrat immer ein starkes und zuverlässiges Team an meiner Seite.

Thomas Rauch, Betriebsrat und Fußballtrainer



Die Organisation

Die Struktur

Die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen können sich auf ihre Interessenvertretung verlassen: Tausende engagierte Betriebsrätinnen und Betriebsräte, PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen leisten täglich einen ausgezeichneten Job.

Die niederösterreichischen Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 110 Kammerrätinnen und Kammerräte in die Gremien der Selbstverwaltung der NÖ Arbeiterkammer. Sie bilden gemeinsam das "ArbeitnehmerInnenparlament". Die Kammerrätinnen und Kammerräte werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der Expertinnen und Experten der AKNÖ unterstützt.

Die AKNÖ-Expertinnen und -Experten bringen ihre praktische Erfahrung aus Tausenden Beratungen, gerichtlichen Vertretungen und Serviceleistungen ein und verbessern damit die Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen. Darüber hinaus arbeitet die Arbeiterkammer eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen zusammen. Für die Interessen aller ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich.

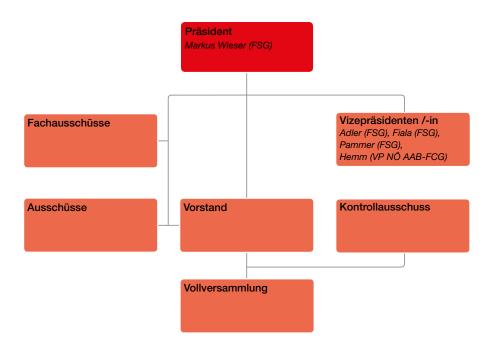
Die Kammerrätinnen und -räte sowie Fachleute der AKNÖ arbeiten Hand in Hand mit den Gewerkschaften und Betriebsrätinnen und Betriebsräten für die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten.



Struktur

100 | 101

Die Selbstverwaltung



Die Selbstverwaltung

Der bzw. die PräsidentIn ist gemäß § 56 AKG der/die gesetzliche VertreterIn der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und wird von den 110 Kammerrätinnen und Kammerräten in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen zudem in der konstituierenden Vollversammlung aus ihren Reihen das Präsidium. Nach der AK-Wahl 2014 wurde am 17. Juni 2014 Markus Wieser bei der AKNÖ-Vollversammlung in St. Pölten erneut zum Präsidenten der AKNÖ gewählt. Die bisherige Vizepräsidentin und die drei Vizepräsidenten wurden nach der AK-Wahl 2014 ebenfalls erneut in ihren Funktionen gewählt.

Der Präsident

Wieser Markus, FSG

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten

Adler Brigitte, FSG Fiala Michael, FSG Hemm Franz, Volkspartei NÖ AAB-FCG Pammer Horst, FSG



Das Präsidium (v. l. n. r.): Franz Hemm, Michael Fiala, Brigitte Adler, Markus Wieser, Horst Pammer

Der Vorstand

Der AKNÖ-Vorstand ist ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung.

Er besteht aus dem Präsidium und

zehn weiteren Mitgliedern.

Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Kammerrätinnen und Kammerräten der AKNÖ in der konstituierenden Vollversammlung gewählt.

Im Vorstand werden unter anderem die Vollversammlungen vorbereitet, der Jahresvoranschlag und der Rechnungsabschluss genehmigt sowie die Durchführung größerer Vorhaben der Arbeiterkammer beschlossen.

Der AKNÖ-Vorstand ist gemäß Arbeiterkammergesetz ein wichtiges Beschlussorgan der Selbstverwaltung. Grundlagen dieser Beschlüsse sind Berichte von Expertinnen und Experten aus dem Kammerbüro und die Tätigkeit der Ausschüsse, die der Vorstand zur Unterstützung seiner Arbeit einsetzt.

Die Ausschüsse ihrerseits beschließen Stellungnahmen und Gutachten zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Die Arbeit des AKNÖ-Vorstandes bildet neben den Präsidentenentscheidungen und dem laufenden Geschäfts- und Budgetvollzug des Kammerbüros die Grundlage für die Tätigkeiten der NÖ Arbeiterkammer.

Im Jahr 2014 trat der Vorstand der NÖ Arbeiterkammer auf Basis der Geschäfts- und Haushaltsordnung zehnmal zu ordentlichen Sitzungen zusammen. Dabei wurden unter anderem Entscheidungen z. B. im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Dienstleistungen der AKNÖ und bezüglich des Baues der AKNÖ-Zentrale in St. Pölten getroffen.

Der AKNÖ-Vorstand besteht aus insgesamt 15 Mitgliedern, und zwar aus dem Präsidenten, einer Vizepräsidentin und drei Vizepräsidenten sowie zehn weiteren Mitgliedern.

AK-Vorstandmitglieder

Asperger Christine, FSG Farthofer Christian, FSG

Hager Josef, Volkspartei NÖ AAB-FCG

Kauer Christian, FSG
Kupetsch Alfred, FSG
Pfeifer Gottfried, FA
Priesching Herta, FSG
Stattmann Peter, FSG

Sterle Harald, Volkspartei NÖ AAB-FCG

Straussberger Erwin, FSG

In den AK-Vorstand kooptiert:

Engel Bruno, Volkspartei NÖ AAB-FCG

Hartmann Petra, FSG Fiala Manfred, FSG Gratzer Michaela, FSG

Maschat Peter, Volkspartei NÖ AAB-FCG

Niedermaier Reinhard, FSG

Slacik Patrick, FSG Taibl Stefan, AUGE/UG

Stand: Mai 2015

102 | 103

Die Vollversammlung

Die Vollversammlung der NÖ Arbeiterkammer besteht aus 110 Kammerrätinnen und Kammerräten, die von den Beschäftigten in Niederösterreich gewählt werden.



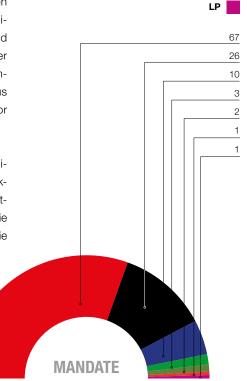
Bei der konstituierenden Vollversammlung am 17. Juni 2014 in St. Pölten wurde Markus Wieser (FSG) von Bundesminister Hundstorfer als AKNÖ-Präsident angelobt.

Mandate

FSG VP NÖAAB-FCG FA AUGE/UG GGN KOM intern LP

Das Parlament der ArbeitnehmerInnen tagt zumindest zweimal im Jahr. Einmal jährlich treten die Kammerrätinnen und Kammerräte in St. Pölten zusammen, weitere Sitzungen finden in anderen Regionen statt. In der Vollversammlung werden die interessenpolitischen Vorgaben für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben beschlossen. 2014 tagte die AKNÖ-Vollversammlung dreimal. Einmal vor der AK-Wahl 2014 am 29. April in Wien und danach am 17. Juni in St. Pölten und 11. November in Stockerau. Bei der konstituierenden Vollversammlung am 17. Juni wurde Markus Wieser von Bundesminister Hundstorfer als AKNÖ-Präsident angelobt. Je einen Tag vor den Vollversammlungen fanden die fraktionellen Versammlungen statt.

Auf Basis der Arbeiterkammerwahl im Jahr 2014 verfügt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) über 67 Mandate, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (Volkspartei NÖ AAB-FCG) hält bei 26 Mandaten und die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) verfügen über zehn Sitze. Weiters sind die AUGE/UG mit drei Mandaten, die Grüne GewerkschafterInnen NÖ (GGN) mit zwei Mandaten, und die Liste KOMintern sowie die LISTE PERSPEKTIVE – Ing. Yusuf Avci (LP) mit jeweils einem Mandat vertreten.



Kammerrätinnen und Kammerräte

FSG

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG)



Alfred

Lachmayr

Leidenfrost

Daniel

Franz

Hermann

Gratzer

Greis

Alfred

Michaela



Lindner

Herbert

Mezera

Andrea

Müller

Werner

Niedermaier

Reinhard

Pammer

Pernsteiner

Hermann

Pfister

Rene

Preis

Herta

Raidl

Franz

Riedl

Andreas

Rotter

Walter

Savic-Cergic Ranka

Priesching

Horst

Pap Michael

Ausschüsse AKNÖ-Büro

104 | 105



Schaludek Peter



Schilcher Gerda



Schremser Andrea



Schubert Mag.^a Elisabeth



Schwingenschlögl Susanne



Seban Gerhard



Siedl Brigitte



Silvan Rudolf



Slacik Patrick



Stattmann Peter



Steinböck Josef



Stöllner Günter



Straußberger Erwin



Tauchner Gerhard



Vihan Adolf



Votava Karl



Weidinger Johannes



Weingartner Christa



Weninger Franz



Wieser Markus



Wiesinger Josef



Woisetschläger Angelika



Die 110 Kammerrätinnen und Kammerräte vertreten die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen in der AKNÖ-Vollversammlung.

Volkspartei NÖAAB-FCG



Ableidinger Gregor



Brandstätter Alfred



Brandweiner Lukas



Brunner Ingrid



Bruny Thomas



Buder Thomas



Dammerer Silke



Engel Bruno



Faulhuber Thomas



Gruber Christian



Gumprecht Ing. Christian



Hager Josef



Hemm Franz



Höllerschmid Martina



Litschauer Michael



Maierhofer Doris



Maschat, MAS Peter



Pannagl Werner

Volkspartei Niederösterreich (NÖAAB-FCG)



Pohnitzer Mag. Martin



Schützenhofer Karl



Soretz Andreas



Reitmayer Ing. Roman



Seiser Friedrich



Sterle Harald



Schauer Andreas



Sommer Johann

FA

Freiheitliche Arbeitnehmer (FA)



Jägerbauer Ing. Mag. Daniel



Richard



Zeimke Thomas



Latsch Hermann



Schatzl Wolfgang





Zellhofer Erwin



Pfeifer Gottfried

Pfeifer

Monika



Gerhard

Weber Bruno

AUGE/UG

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)



Partei Renate



Taibl



Werilly

GGN

Grüne GewerkschafterInnen Niederösterreich (GGN)



Kommunistische Gewerkschaftsinitiative - International (KOMintern)

> Liste Perspektive -Ing. Yusuf Avci (LP)



Kesetovic Samir



Wopinski Barbara

KOMINTERN





LP

Toraman

Stand: Mai 2015

106 | 107

Die Ausschüsse und Fachausschüsse

Die nach Themenbereichen organisierten Ausschüsse erstellen und beraten unter anderem Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungen. Sie bestehen aus Kammerrätinnen und Kammerräten und werden von den Expertinnen und Experten des Kammerbüros unterstützt. 2014 traten die Ausschüsse (inkl. Kontrollausschuss) zu insgesamt 33 Sitzungen zusammen.

Ausschüsse (Stand: Mai 2015)

	Vorsitz
Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik	Gerhard Tauchner
Sozialpolitik und Arbeitsrecht	Johannes Weidinger
KonsumentInnenpolitik	Kremser Martina
Gesundheitspolitik und ArbeitnehmerInnenschutz	Silvan Rudolf
Jugendpolitik und Zentraler Fachausschuss	Slacik Patrick
Bildung, Kultur und Freizeit	Pap Michael
Frauenpolitik	Petra Hartmann
Kontrollausschuss	Bruno Weber
Bauausschuss (Vorstandsausschuss)	Markus Wieser

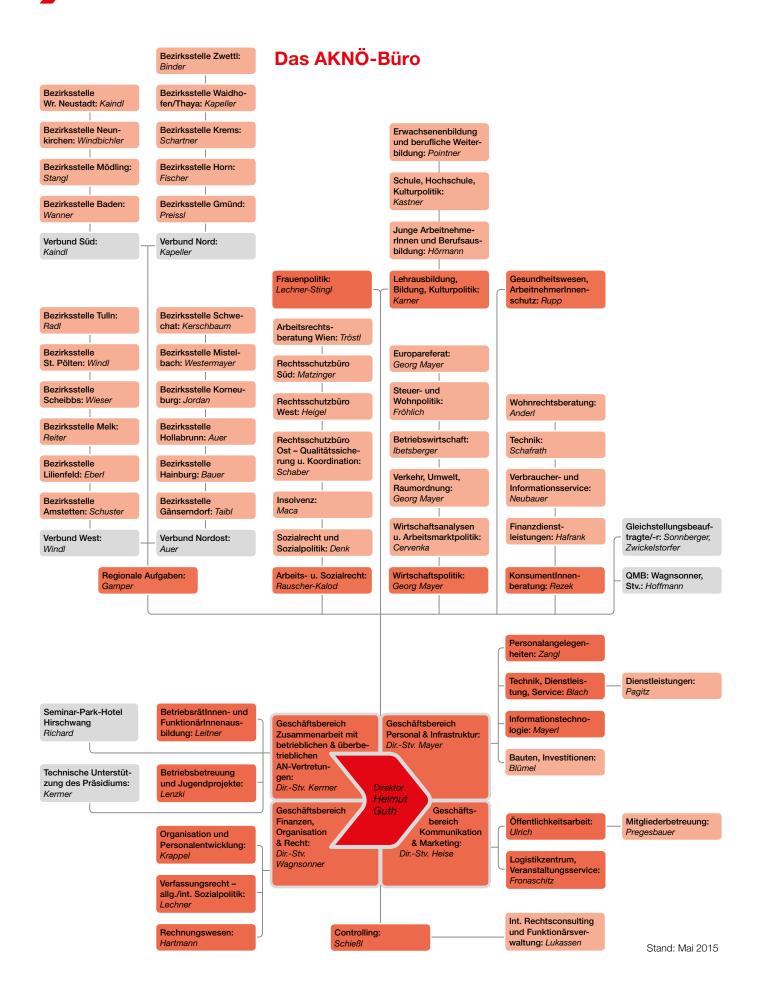
Die Ausschüsse werden in ihrer Arbeit von Expertinnen und Experten der AKNÖ betreut und unterstützt.

Im Gegensatz zu den Ausschüssen sind die Fachausschüsse nach bestimmten ArbeitnehmerInnen-Gruppen gegliedert. In Fachausschüssen können auch ArbeitnehmerInnen mitarbeiten, die kein Mandat als Kammerrätin oder Kammerrat ausüben. Die Fachausschüsse arbeiten als Organe sehr eng mit den einzelnen Fachgewerkschaften zusammen. Sie nehmen die fachlichen und beruflichen Interessen der Beschäftigten wahr. Insbesondere in Fragen der Aus- und Weiterbildung kommt den Fachausschüssen besondere Bedeutung zu. Im Jahr 2014 gab es insgesamt 32 Fachausschusssitzungen.

Fachausschüsse (Stand: April 2015)

	Vorsitz			
Fachausschuss Bau-Holz	Manfred Fiala			
Fachausschuss Textil, Bekleidung, Leder	Erwin Straussberger			
Fachausschuss Verkehr	Hubert Patzl			
Fachausschuss für das Druck- und Papier verarbeitende Gewerbe	Adolf Vihan			
Fachausschuss soziale und persönliche Dienste	Jürgen Kremsner			
Fachausschuss Metall, Bergbau, Energie	Helmut Pilwarsch			
Fachausschuss Agrar, Nahrung, Genuss	Johannes Weidinger			
Fachausschuss der Angestellten im Handel und Gewerbe	Alfred Greis			
Fachausschuss Tourismus, Reinigung und Sicherheitsdienste	Harald Frimmel			
Fachausschuss Gesundheit	Brigitte Adler			
Integrationsfachausschuss	Ali Akyildiz			

Betreuung der Fachausschüsse als Geschäftsstelle: Referat "Junge ArbeitnehmerInnen und Berufsausbildung" (Abteilung Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik)



108 | 109

Das AKNÖ-Büro

Um die hohen Qualitätsstandards der Dienstleistungen nachhaltig gewährleisten zu können, müssen der organisatorische Aufbau und die Arbeitsabläufe des Büros der AKNÖ laufend an das sich rasch verändernde gesellschaftliche und soziale Umfeld angepasst werden. Nur so können Expertinnen und Experten, die landesweit in 21 Bezirksstellen, zwei Servicestellen und in der Zentrale der AKNÖ arbeiten, garantieren, dass die Beschäftigten rasch und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen. Auf Basis des AK-Gesetzes betreuen die AKNÖ-BeraterInnen die Ratsuchenden, versuchen, offene Ansprüche zu regeln, und vertreten Anliegen vor Gericht. Diese tägliche Beratungspraxis fließt in die interessenpolitische Grundlagenarbeit ein. Daraus leiten sich die Forderungen der Arbeiterkammer ab, die sie zielgerichtet in der Gremien- und Vertretungsarbeit, aber auch in öffentlichen Auseinandersetzungen einbringt.

Strategische Vorgaben

Der Geschäftsprozess des Kammerbüros bildet sich im sogenannten Jahreszyklus-Modell ab. Die dort festgehaltene strategische Ausrichtung und die Schwerpunktprogramme stellen Orientierung und Zielvorgabe für die MitarbeiterInnen dar. Im Rahmen einer Strategiekonferenz aller Führungskräfte der AKNÖ werden Schwerpunkte für die Arbeit der einzelnen Abteilungen festgelegt. So wird etwa 2015 aus organisatorisch-strategischer Sicht der Aufbau von strategischen Netzwerken fortgesetzt und die Position der AKNÖ als Kompetenzzentrum für arbeitnehmerInnenrelevante Themen und Expertisen ausgebaut.

2014 wird die Vernetzung mit Partnerorganisationen und innerbetrieblichen Interessenvertretungen ausgebaut.

Wirkungsbereiche

Das Büro der AKNÖ baut auf einem prozessorientierten Organisationsmodell auf. Fokus der Arbeit sind die Bedürfnisse der Mitglieder, für welche die – direkt dem Direktor unterstellten – Wirkungsbereiche (Fachabteilungen) ihre Leistungsangebote erstellen:

- Arbeits- und Sozialrecht
- Frauenpolitik
- Gesundheitswesen und ArbeitnehmerInnenschutz
- Konsumentenberatung
- Lehrausbildung, Bildung und Kulturpolitik
- regionale Aufgaben
- Wirtschaftspolitik

Die Wirkungsbereiche werden in ihrer Tätigkeit von vier Geschäftsbereichen unterstützt. 2014 wurden in der Organisationsstruktur der AKNÖ kleinere Änderungen umgesetzt, die eine effektivere und effizientere Aufgabenerfüllung ermöglichen. Der Aufbau der Abteilung "BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung" im Geschäftsbereich "Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen" wurde abgeschlossen, die Wohnbau- und Steuerpolitik in einem Referat zusammengefasst. Weiters wurde das Referat "Internes Rechtsconsulting" in die Abteilung Controlling eingegliedert.



Die sieben Fachabteilungen (Wirkungsbereiche) der AKNÖ unterstehen direkt AKNÖ-Direktor Mag. Helmut Guth.

Geschäftsbereich "Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen"

Der Geschäftsbereich "Zusammenarbeit mit betrieblichen und überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen" betreut Betriebsrätinnen und Betriebsräte und FunktionärInnen, initiiert und pflegt interessenpolitische Netzwerke und Plattformen. Darüber hinaus obliegen dem Geschäftsbereich die Ausbildung von Betriebsrätinnen und Betriebräten und FunktionärInnen, das Betriebsratsfondsservice sowie die Entwicklung spezifischer Projekte aus den Themenfeldern Politik, Jugendkultur und Freizeit.

Alle Angebote des Geschäftsbereichs wurden im Jahr 2014 in den Fokus der AKNÖ-Wahl gestellt: Beispielsweise wurden die Wahlschulungen für Funktionärlnnen, Betriebsrätinnen und Betriebsräte unter dem Titel "GISA" ("Gut informiert, sicher argumentiert") neu aufgesetzt und den aktuellen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen für diese Zielgruppen angepasst. Auch im Freizeit- und Sportbereich wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, um die ArbeitnehmerInnen über dieses Angebot zu erreichen und für die interessenpolitische Ausrichtung der AKNÖ zu sensibilisieren: Mit dem neu ins Leben gerufenen Kart-Bewerb konnte ein Volltreffer gelandet werden, waren doch alle Runden im Rekordtempo von motorsportbegeisterten Betriebsratsteams ausgebucht.

Der Geschäftsbereich unterliegt anhand der strategischen Vorgaben der AKNÖ grundsätzlich einem permanenten Entwicklungsprozess: Die Abteilung "BetriebsrätInnen- und FunktionärInnenausbildung" hat 2014 ihr Angebot auch mit dem Relaunch der "Sicherheits- und Gesundheitsakademie (SIGE)" um hochkarätige Ausbildungen im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung oder auch der persönlichen Gesundheit für Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Sicherheitsvertrauenspersonen erweitert. Die Abteilung "Betriebsbetreuung und Jugendprojekte" forciert den Ausbau interessenpolitischer Netzwerke und arbeitet an einem modernen Format für eine junge Zielgruppe, die nicht in einem Lehrverhältnis steht. Mit dem Seminar-Park-Hotel Hirschwang als Bildungshaus der AKNÖ bietet der Geschäftsbereich die Voraussetzungen für eine zeitgemäße Ausbildung.

Mit dem "Großen Preis für Betriebsrätlnnen und PersonalvertreterInnen" wurde auch 2014 ein starkes Signal für eine bessere Positionierung der ArbeitnehmerInnenvertretungen gesetzt. Die gemeinsame Arbeitsklausur mit den AKNÖ-BezirksstellenleiterInnen und den RegionalsekretärInnen des ÖGB NÖ hat sich als ergebnisorientierter Fixpunkt etabliert.



Die Betriebsbesuche des AKNÖ-Präsidenten Markus Wieser dienen dazu, um von den Beschäftigten Informationen aus erster Hand zu erhalten und sich auch mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten zu vernetzen.

110 111

Geschäftsbereich "Kommunikation und Marketing"

Dieser zeichnet für den öffentlichen Auftritt der AKNÖ sowie das Veranstaltungsservice verantwortlich und spricht die Beschäftigten zielgruppengerecht an. Der Geschäftsbereich erarbeitet dafür die strategischen Vorgaben und ist für Medienarbeit und Marketing zuständig. So wurden 450 Presseaussendungen veröffentlicht, 48 Pressekonferenzen veranstaltet und weit über 2.400 überwiegend positive Medienberichte über die AKNÖ registriert.

2014 war durch zwei Arbeitsschwerpunkte gekennzeichnet. Im ersten Halbjahr 2014 oblag dem Geschäftsbereich vor allem die Unterstützung des AKNÖ-Wahlbüros bei der Kommunikation rund um die AK-Wahl 2014. Dabei wurde das Wahlbüro bei der Produktion und der Organisation von postalischen Massensendungen (Mailings) zur Information der AK-Mitglieder unterstützt und die AK-Wahl wurde ganz allgemein beworben. Neben der AK-Wahl stellte die bundesweite AKNÖ-ÖGB-Kampagne zur Lohnsteuersenkung den Arbeitsschwerpunkt im zweiten Halbjahr dar. Die AKNÖ hat diese Kampagne durch verschiedene Werbemaßnahmen unterstützt und nicht zuletzt über alle AKNÖ-Medienkanäle ihren Beitrag geleistet. Darüber hinaus wurde Ende September 2014 ein niederösterreichweiter Aktionstag veranstaltet, bei dem an Bahnhöfen und belebten Plätzen Unterschriften für die AK-ÖGB-Lohnsteuerkampagne gesammelt wurden.

Neben der Mitgliederzeitung "treffpunkt", die 2014 sechsmal mit einer Gesamtauflage von knapp 2,43 Millionen Stück erschien, waren die MitarbeiterInnen des Geschäftsbereichs auch für die Redaktion der Zielgruppen-Medien "BR-News" für Betriebsrätinnen und Betriebsräte, "AM Puls" für ArbeitnehmerInnen in Gesundheitsberufen, "SVP-News" für Sicherheitsvertrauenspersonen sowie "Standpunkt" für MeinungsführerInnen in Niederösterreich verantwortlich. Der AKNÖ-Internet-Auftritt wurde optimiert und die Präsenz in sozialen Medien wie Facebook und YouTube verstärkt, z. B. durch die Produktion von Kurzfilmen, in denen AKNÖ-Expertinnen und -Experten arbeitsrechtliche Fragestellungen beantworten.

Im Frühjahr 2014 wurde der AKNÖ-Mitgliedsausweis, die AKNÖ-Service-Karte, neu gestaltet und an die Mitglieder verschickt. Über die App "mobile-pocket" wurde für die Mitglieder die Möglichkeit geschaffen, die Service-Karte auf Smartphones zu laden und damit aktuelle Informationen, Tipps und Angebote der AKNÖ zu erhalten. Seit Herbst 2014 arbeitet der Geschäftsbereich aktiv an der Gestaltung der Marke "AK Young" mit, die alle Aktivitäten und Angebote für junge Menschen unter einem Dach bündelt.



Die Bewerbung der AK-Wahl in Niederösterreich stand im Frühjahr 2014 im Mittelpunkt der Kommunikationsaktivitäten.



Im Herbst 2014 wurde gemeinsam mit dem ÖGB eine Kampagne zur Senkung der Lohnsteuer durchgeführt.

Geschäftsbereich "Personal und Infrastruktur"

Der Geschäftsbereich stellt mit den Aufgabenfeldern Personal, Hausverwaltung, Bauten, EDV und Kommunikationstechnologie die Infrastruktur für die Serviceleistungen der NÖ Arbeiterkammer sicher.

Auf längere Sicht soll die Verteilung des geschlechtsspezifischen Anteils der AKNÖ-Beschäftigten in allen Verwendungsgruppen ausgewogen sein.

Die AKNÖ verfolgt im Rahmen der Besetzung von Dienstposten das Ziel, auf längere Sicht eine ausgewogene zahlenmäßige Verteilung des geschlechtsspezifischen Anteils der Beschäftigten in allen Verwendungsgruppen zu erreichen. So wurde seit 2002 der Anteil der Frauen in Führungspositionen konsequent erhöht. Gab es noch 2002 beispielsweise keine Bezirksstellenleiterinnen in der AKNÖ, so betrug 2014 dieser Anteil schon rund 24 Prozent. Und bei den Abteilungsleiterinnen wurde im gleichen Zeitraum der Anteil von acht auf fast 17 Prozent erhöht. Dazu beigetragen haben auch Fördermaßnahmen, wie etwa ein eigenes Mentoring-Programm für Frauen, das bisher dreimal durchgeführt wurde.

2014 wurden die Planungen für die Adaptierungen weiterer Bezirksstellen in Angriff genommen.

Im Bereich der Bauten und der Infrastruktur der AKNÖ läuft bereits seit den 90er-Jahren ein Modernisierungsprogramm für die 21 Bezirksstellen. 2014 wurden die Planungen für die Modernisierung weiterer Bezirksstellen in Angriff genommen. Dabei gilt es, ältere Bezirksstellen so umzubauen, dass sie den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes genügen. Von den Adaptierungen werden im Jahr 2015 die Bezirksstellen in Neunkirchen, Waidhofen/Thaya und in Mistelbach betroffen sein. Dabei werden unter anderem die Sanitäranlagen behindertengerecht umgebaut.

Der Geschäftsbereich "Personal und Infrastruktur" war auch für die IT-Unterstützung der AK-Wahl 2014 in Niederösterreich zuständig und hat in diesem Zusammenhang die technische Infrastruktur zur Verfügung gestellt und betreut. Darüber hinaus wurde die Installation neuer E-Mail- und Webfilter für die Server der AKNÖ umgesetzt. Die hauseigenen IT-Techniker und Programmierer haben diese Maßnahmen aber nicht nur bei der AKNÖ, sondern auch bei den folgenden Länderkammern durchgeführt: AK Kärnten, AK Burgenland, AK Steiermark und AK Tirol. Ein anderer Arbeitsschwerpunkt 2014 betraf die Planung der IT-Infrastruktur für das neue Arbeitnehmerlnnen-Zentrum der AKNÖ in St. Pölten und das neue Servicecenter, das in Wien in Zusammenarbeit mit der AK Wien entsteht. Hier war der Geschäftsbereich auch für die inhaltliche Vorbereitung der dafür notwendigen Ausschreibungen zuständig. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich "Finanzen, Organisation und Recht" wurde zudem ein elektronischer Rechnungslauf umgesetzt.



Die IT-MitarbeiterInnen der AKNÖ betreuen zuverlässig die komplette IT-Struktur und unterstützen bei Bedarf auch ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Arbeiterkammern.

112 | 113

Geschäftsbereich "Finanzen, Organisation und Recht"

Diesem Geschäftsbereich obliegt die wirtschaftliche Mittelverwendung, die Weiterentwicklung der Organisation, z. B. der Arbeitsprozesse, die Personalentwicklung sowie die Klärung von verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Rechtsfragen der AKNÖ.

Im Bereich Finanzen wurde 2014 an der Einführung eines elektronischen Rechnungslaufs gearbeitet, der es der AKNÖ ab 2015 ermöglicht, alle Rechnungen in elektronischer Form zu dokumentieren, abzuspeichern (abzulegen) und bei Bedarf sehr schnell zu finden. Damit gehören Aktenberge voller Papierrechnungen der Vergangenheit an.

Das Projekt "New World of Work" ist das zukunftsweisende Großprojekt der AKNÖ. Dabei geht es um die optimale Nutzung der Infrastruktur der neuen Zentrale in St. Pölten, um zeitgemäße Arbeitsstile und -formen zu ermöglichen. Eines der Teilprojekte, dessen Konzeptionsphase fast abgeschlossen ist, ist das "e-Service-Center". Ziel ist es, sämtliche Service- und Beratungsleistungen via Internet für unsere Mitglieder zugänglich zu machen. In anderen Projekten geht es darum, den MitarbeiterInnen der AKNÖ ein effizientes ortsungebundenes Arbeiten zu ermöglichen. Hier wird etwa an einem digitalen Dokumentenarchivierungssystem und an der Verfügbarkeit von Fachliteratur in digitaler Form gearbeitet. Neue Kommunikationsmedien und -techniken bewirken große Kulturveränderungen bei der Führung – weg von der Handlungs- hin zu Ergebnisorientierung. Führungskräfte und MitarbeiterInnen erarbeiteten deshalb gemeinsam ein neues Führungsleitbild 2020. Eine Professionalisierung des Performancemanagements soll durch die Schärfung und Fokussierung der Zielvereinbarungsprozesse geleistet werden.

Im Rechtsbereich galt es, durch Mitwirkung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss die europäische Gesetzgebung auf soziale Auswirkungen hin zu beobachten
und durch Stellungnahmen und Begutachtungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen mitzugestalten. Zwei Fachtagungen zu den Themen "Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung
zu den östlichen EU-Mitgliedsstaaten auf die niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen"
und "Klagemöglichkeiten von Konzernen im Rahmen von Freihandelsabkommen (TTIP
und CETA)" dienten der Sensibilisierung von Expertinnen und Experten, Betriebsrätinnen
und Betriebsräten sowie GewerkschafterInnen für diese beiden Probleme. Neben der
Beratung und Schulung von BetriebsrätInnen wurden auch Expertisen im Bereich des
Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie zum Datenschutz erstellt.

Führungskräfte und MitarbeiterInnen erarbeiten im Rahmen des Projekts "New World of Work" gemeinsam ein neues Führungsleitbild für die AKNÖ.



Mit dem neuen, vollkommen elektronischen Rechnungslauf gehören Papierrechnungen in der AKNÖ der Vergangenheit an.

Einrichtungen der AKNÖ

Seminar-Park-Hotel Hirschwang das Seminarhotel der AKNÖ

Seminar-Park-Hotel Hirschwang

Das Hotel ist das zentrale Seminarhotel und Bildungshaus der AKNÖ. Es ist auch bei zahlreichen Urlaubsgästen aus dem In- und Ausland beliebt und verzeichnete im Jahr 2014 17.500 Nächtigungen. Der Anteil der Seminarbuchungen ist leicht angestiegen und betrug rund 52 Prozent. Das Seminarhotel wird auch für private Veranstaltungen wie Hochzeiten, Taufen oder Geburtstage gebucht. Im kulturellen Bereich wurden Vernissagen und Kabarettvorführungen organisiert und durchgeführt. Im September 2014 zeichnete das Hotelteam für das Catering beim Dialogforum Hirschwang verantwortlich.

Arbeitsmedizinisches Zentrum Mödling

Dieses Zentrum, das im Eigentum der NÖ Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer Niederösterreich steht, ist Partner der AKNÖ, wenn es um Fragen der Arbeitsmedizin, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheitsförderung und Arbeitspsychologie geht.

Mit dem Gesundheits-Truck des AMZ Mödling werden den Beschäftigten in den Betrieben modernste Methoden der Gesundheitsvorsorge und Früherkennung direkt an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. Im Gesundheits-Truck können ArbeitnehmerInnen die wichtigsten Frühindikatoren für berufsbedingte Erkrankungen (psychische Gesundheit, Wirbelsäule, Rückenmuskulatur, Gehör, Blut) untersuchen lassen. Der mobile Gesundheitscheck kann von Betriebsrätinnen und Betriebsräte angefordert werden. Für viele Beschäftigte ist dieses Angebot der erste Kontakt mit der Gesundheitsvorsorge überhaupt.



Der sogenannte AKNÖ-Gesundheits-Truck – ein voll ausgestattetes medizinisches Untersuchungszimmer auf Rädern

Gremien

Die Gremien und Institutionen

Gremien, Organisationen, Vereine

Die NÖ Arbeiterkammer vertritt mit ihren Expertinnen und Experten die Interessen der niederösterreichischen Beschäftigten in verschiedenen Kommissionen, Beiräten, Ausschüssen und Vereinen. Hier eine kurze Übersicht über die wichtigsten in alphabetischer Reihenfolge:

- Agrarmarkt Austria
- Arbeitsmarktservice NÖ
- Arbeitsstiftung NÖ
- Arbeits- und sozialmedizinisches
 Zentrum Mödling
- Arbeitsausschuss für wirtschaftliche Landesverteidigung
- Arbeitsgruppe NATURA 2000
- Ausgleichstaxfonds gem. § 10.2
 BehEinstG
- Ausländergrundverkehrskommission
- Behindertenausschuss gemäß § 12 BehEinstG
- Beirat der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
- Beirat des Bereiches
 Basisprogramme der Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG)
- Beirat gemäß § 7
 Richtwertgesetz
- Bezirksschulräte
- Berufsförderungsinstitut NÖ
- Bundesberufsausbildungsbeirat
- Bundeseinigungsamt
- diverse Kurkommissionen

- diverse Tourismuskommissionen
- diverse Prüfungskommissionen
- ecoplus-Fachbeirat
- Gentechnik-Kommission
- Gewerblicher Berufsschulrat für NÖ
- Gleichbehandlungskommission
- Industrieviertelmuseum
- Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz – Landesprojektgruppe
- Jugend und Arbeit, Verein zur Schaffung vorübergehender Beschäftigungsmöglichkeiten
- Kommission zur Beratung des Berichtes über die Lage der Landund Forstwirtschaft in NÖ
- Krisenstab des Landes NÖ
- Kuratorium des NÖ
 Wirtschafts- und Tourismusfonds
- Landesberufsausbildungsbeirat
- Landeslenkungsausschuss NÖ
- Landesschulrat f

 ür N

 Ö
- Landesversorgungssicherungsausschuss NÖ
- NÖ Beschäftigungspakt
- NÖ Bewilligungsbeirat

- NÖ Elektrizitätsbeirat
- NÖ Landesverein Handicap
- NÖ Raumordnungsbeirat
- NÖ Spielautomatenbeirat
- NÖ Tiergesundheitsdienst
- Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin
- Schlichtungsstelle für Rauchfangkehrer
- Sozialhilfebeirat
- Staatsschuldenausschuss
- Tonkünstler-Orchester NÖ
- Unabhängiger Finanzsenat
- Verband Österreichischer Sicherheits-Experten
- Verband Österreichischer
 Schulungs- und Bildungshäuser
- Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung
- Verein für Konsumenteninformation
- Verein "Pro Konsument"
- Verein "Startbahn"
- Zahnärztliche Honorarschlichtungsstelle
- Zivildienstbeschwerderat

Die Adressen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

Windmühlgasse 28, 1060 Wien Servicehotline: 05 7171 http://noe.arbeiterkammer.at

Öffnungszeiten der Bezirksstellen: Montag bis Donnerstag: 8 bis 16 Uhr, Freitag: 8 bis 12 Uhr **Bezirksstelle Amstetten** 3300 Amstetten, Wiener Straße 55

Bezirksstelle Baden 2500 Baden, Elisabethstraße 38

Bezirksstelle Gänserndorf 2230 Gänserndorf, Wiener Straße 7a

Bezirksstelle Gmünd 3950 Gmünd, Weitraer Straße 19

Bezirksstelle Hainburg 2410 Hainburg, Oppitzgasse 1

Bezirksstelle Hollabrunn 2020 Hollabrunn, Brunnthalgasse 30

Bezirksstelle Horn 3580 Horn, Spitalgasse 25

Bezirksstelle Korneuburg 2100 Korneuburg, Gärtnergasse 1

Bezirksstelle Krems 3500 Krems, Wiener Straße 24

Bezirksstelle Lilienfeld 3180 Lilienfeld, Pyrkerstraße 3

Bezirksstelle Melk 3390 Melk, Hummelstraße 1

Bezirksstelle Mistelbach 2130 Mistelbach, Josef-Dunkl-Straße 2

Bezirksstelle Mödling 2340 Mödling, Franz-Skribany-Gasse 6

Servicestelle Shopping City Süd 2334 Vösendorf, SCS-Bürocenter B1/1A

Bezirksstelle Neunkirchen 2620 Neunkirchen, Würflacher Straße 1

Bezirksstelle St. Pölten 3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 2

Bezirksstelle Scheibbs 3270 Scheibbs, Burgerhofstraße 5

Bezirksstelle Schwechat 2320 Schwechat, Sendnergasse 7

Bezirksstelle Tulln 3430 Tulln, Rudolf-Buchinger-Straße 27–29

Bezirksstelle Waidhofen 3830 Waidhofen/Thaya, Thayastraße 5

Bezirksstelle Wr. Neustadt 2700 Wr. Neustadt, Babenbergerring 9b

Servicestelle Flughafen Objekt 103, Top A325, vis à vis Ruefa-Reisebüro

vor Bordkartenkontrolle 1, Stiege rechts

Bezirksstelle Zwettl 3910 Zwettl, Gerungser Straße 31

